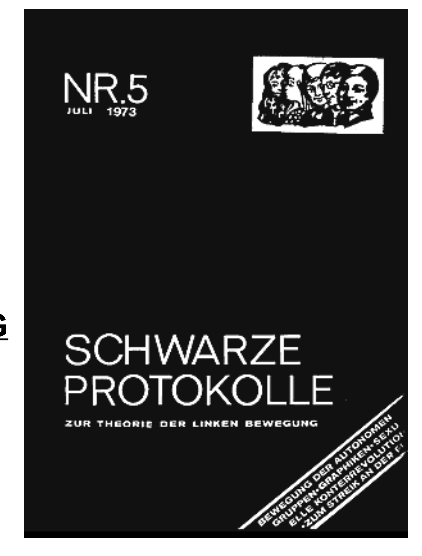
SCHWARZE PROTOKOLLE



Nr. 5

Inhalt:

Die SCHWARZEN PROTOKOLLE erscheinen vierteljährlich
NR. 5 1.Juli 1973
Preis des Einzelbeftes: 2.50 DM
Bestellungen nimmt die Redaktion entgegen.
Anschrift der Redaktion:
Peter Ober 1 Berlin 30 Welserstr.3
Tel.: 0311/ 24 22 o6
Postscheckkonto: Berlin-West Nr. 33 25 25 - 104
Presserechtlich verantwortlich für diese Nummer:
Peter Ober
Nicht namentlich gezeichnete Artikel sind Arbeiten des Redaktionskollektivs der SCHWARZEN PROTOKOLLE.
Unterzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigendruck im Selbstverlag

Gesellschaftliche Vermittlung und Bewegung der autonomen Gruppen

I.

Der klassische bürgerliche Liberalismus unterstellte das Individuum als frei gegen die Gesellschaft und die Gesellschaft als das zufällige Produkt der Bewegung vieler freier Individuen: indem die Individuen ihren eigenen Nutzen suchen, befördern sie den der ganzen Gesellschaft, ohne dies insbesondere zu wollen. Die Gesellschaft sollte dem Individuum gegenüber keine besonderen Ansprüche geltend machen, sie war - in dieser Vorstellung - nichts als das Aktionsfeld, auf dem der einzelne sein einzigartiges Glück zu verwirklichen suchte.

Die Theorie des Sozialismus entband die Gesellschaft aus der passiv-untertänigen Rolle, die ihr der Liberalismus gegenüber dem Individuum zugewiesen hatte, indem sie die Gesellschaft als Einheit begriff und dadurch imstande war, ihre innere Zerrissenheit wahrzunehmen. Das Phänomen der Klassen, die a priori - Unmöglichkeit für große Massen der Gesellschaft, in die Himmel des irdischen individuellen Glücks einzugehen, führte zur Hinwendung der Aufmerksamkeit auf das Resultat der vielen Einzelbewegungen als selbst besondere Bewegung Die Gesellschaft, vom Liberalismus aufgefaßt bloß als Umgebung und Feld für die Selbstverwirklichung des einzelnen Individuums, wurde nun ihrerseits zu einem Individuum, zu einem widersprüchlichen Organismus mit bestimmter und zu bestimmender Struktur, Funktion und Entwicklungsrichtung. Damit wurden die vielen Individuen nicht mehr bloß als selbstbestimmt und die Gesellschaft bestimmend, sondern viel mehr als selbst durch die Gesellschaft bestimmt begriffen. [1]

Sie wurden schließlich - und dies ist eine entscheidende Differenz zu Marx, die die Marxisten selber aber nicht als solche sahen - in der staatssozialistischen Theorie nur noch als dem gesellschaftlichen Gesamtwesen unterworfen dargestellt. Die Totalität hatte - im Verständnis - die Selbstherrlichkeit des Einzelnen gestürzt und begann ihre theoretische Geschichte als Herrscherin über die Einzelheit, die als Geschichte des Marxismus inzwischen hundert Jahre alt ist. [2]

Die Auffassung von der Herrschaft des gesellschaftlichen Gesamtwesens, des Ganzen über die Teile impliziert, daß "das Ganze" außerhalb der Teile eine besondere, eigenständige Gestalt annimmt. Die Gesellschaft wird in der staatssozialistischen Theorie nur insoweit als eine Einheit begriffen, die mehr als-die Summe der Teile ist, als sich die Vermittlung der Teile über eine hierarchische Struktur herstellt. Dann nämlich kann die Spitze der Hierarchie mit „dem Ganzen“ identifiziert werden, insofern nur über sie die Teile sich zu einem Ganzen konstituieren. Die spezifische Vermittlungsform der bürgerlichen Gesellschaft, die über den Warentausch hergestellte (nicht hierarchische) Kommunikation, wird von der staatssozialistischen Theorie nur als Abwesenheit von gesellschaftlicher Einheit wahrgenommen.

Marx setzte, um die Gesellschaft als organisches Ganzes zu begreifen, nicht eine besondere, herrschende „Allgemeinheit“ voraus. Ausgangspunkt seiner Betrachtung war das die bürgerliche Gesellschaft konstituierende Element, das Ding, in dem die Linien der gesellschaftlichen Vermittlung sich überschneiden, durch dessen

Bewegung sich die Individuen zur Gesellschaft und zwar zur besonderen Gesellschaft zusammenwerfen: die Ware. In der Sicht von Marx weicht nun der über den Warentausch vermittelte Zusammenhang der Individuen perspektivisch, vorbereitet durch das Aufkommen des industriellen Kapitalismus und der „großen Fabriken“, ihrem direkten gesellschaftlichen Zusammenhang.

Die moderne marxistische Ökonomie, sofern sie nicht damit beschäftigt ist, Legitimationslegenden für „Übergangsgesellschaften“ zu stricken, zeigt die Überlebtheit des Marktes, die Grenzen der staatlichen Koordinationsversuche und die aus den gleichwohl immer noch herrschenden Wertbeziehungen der Weltwirtschaft resultierenden Katastrophen. [3] Daß aber und wie die Menschen die gesellschaftliche Produktion und Verwaltung als Grundlage ihrer Vergesellschaftung selbst schon im Käfig des Kapitals proben, - dies im einzelnen zu zeigen, war und ist nicht der Inhalt der Kritik der politischen Ökonomie. Marx selbst nahm nur allgemein Stellung zu diesen Fragen. [4] Die Parteisozialisten, die sich auf Marx beriefen, meinten (und meinen) sogar, aus Gründen wissenschaftlicher Integrität auf die "Entdeckung" neuer Lebens- und Arbeitsformen verzichten zu müssen. Besser gesagt: sie nahmen solche Keime außerhalb des durch sie selbst gesteckten organisatorischen Rahmens (Partei bzw. Gewerkschaft) höchstens negativ wahr: als „Abweichung“ und Verirrung. [5]

Seine anarchistischen Gegner unterstellten Marx jedoch durchaus detaillierte Vorstellungen von der zu erreichenden Vergesellschaftung. Sie nannten ihn einen „Etatisten“, d.h. sie warfen ihm vor, er wolle die sozialistischen Revolution staatlichen Instanzen anvertrauen und damit die gesellschaftliche Emanzipation hintertreiben. Es stimmt, daß Marx sich Sozialismus als zunächst durch eine radikale plebejische Demokratie garantiert vorstellte, die Gesetzgebung und Regierung in ein Organ ständig abberufbarer Volksvertreter vereinen und deren erstes Dekret die Aufhebung des Privateigentums an den großen gesellschaftlich genutzten Produktionsmitteln sein würde. Wenn Marx so als Politiker auch „Etatist“ war, schleppte er doch zugleich als Wissenschaftler die Tradition des antipolitischen Sozialismus mit. Die kommunistische Gesellschaft war in seiner Vorstellung vom staatlichen Vermittler befreit und kommunizierte unmittelbar - nicht mehr über ein institutionalisiertes besonders geformtes Gemeininteresse. Der Staat war für Marx Resultat des Privatismus der Individuen in der Produktion. Er war als nationale Vermittlungsinstitution ebensowohl wie der universelle Markt tendenziell überwindbar durch direkte gesellschaftliche Organisation der Produktion. Indem Marx seiner Analyse die Frage nach der Form der Vermittlung, die die Gesellschaft bildet, zugrundelegte und die soziale Revolution als Umorganisation des gesellschaftlichen Zusammenhangs begriff, ist in seiner Theorie der Bogen von den allgemein herrschenden Instanzen: Ware, Kapital, Staat, immer wieder zurückgeschlagen zu den gesellschaftlichen Menschen, wenn auch selbst bloß wieder ganz allgemein. Die Kritik der Vermittlungsform (hier muß man Marx gegen seine anarchistischen Widersacher verteidigen) behält notwendig die sich vermittelnden Glieder, die besonderen Individuen, im Blick. [6]

Die frühen Sozialdemokraten begriffen und kritisierten den Markt nicht als spezifische Vermittlungsform - sondern im Gegenteil als Institution, die die Vermittlung gerade nicht zu leisten imstande sei, als Chaos und Anarchie. Sie kritisierten nicht die bestimmte Weise, in der der Markt die Gesellschaft verband, sondern sie richteten ihr Augenmerk einseitig auf die durch die Konkurrenz erzeugte Desintegration der Gesellschaft. Angesichts des globalen Mangels an Vermittlung,

den sie konstatierten, konnten sie nur sich selbst als funktionsfähiges Vermittlungsorgan (sozialdemokratischer Staat) anbieten. Die Sozialdemokraten waren so begeistert von ihrer Vorstellung, daß die Gesellschaft als ganze selbst ein von dem der Individuen verschiedenes eigenes Interesse besäße, daß sie den realen Quell jedes Allgemeininteresses, die gesellschaftlichen Individuen, aus dem Blick verloren. Für sie entbehrten weniger die Arbeiter der Selbstbestimmung, als das gesellschaftliche Allgemeininteresse (das sie mit dem „objektiven Interesse der Arbeiterklasse" identifizierten) eines Anwalts. Während Marx die private Produktion als spezifische Form gesellschaftlicher Produktion kritisiert hatte (vgl. Fußnote 1) ebenso wie er die bürgerlich-liberalistische Vorstellung vom unabhängigen Individuum verstanden hatte als Ergebnis entwickelter gesellschaftlicher Arbeitsteilung - die Sozialdemokraten nahmen die bürgerliche Ideologie beim Wort, sahen in der privaten Arbeit der Gesellschaftsglieder nur die private Arbeit ohne die ihr implizite gesellschaftliche Dimension und suchten daher die Gesellschaftlichkeit außerhalb der Arbeit, dort, wo sie (von der bürgerlichen Ideologie) anerkanntermaßen durchbrach: im Staat. Um die Gesellschaftlichkeit der Arbeit erst herzustellen, sollte die Arbeit dem „Allgemeininteresse", das sich im neuen, sozialdemokratischen Staat konzentriert, untergeordnet werden. Die Produktion sollte von der Privatsphäre in die öffentliche als staatliche versetzt werden.

So siegte mit dem sozialdemokratischen Marxismus die Allgemeinheit über den Einzelnen. Die Frage der Vermittlung war für die Sozialdemokraten von vorneherein entschieden: Der Markt mußte verschwinden und der Staat, neu geboren unter ihrer Ägide, alles organisieren. Ihr Konzept lief darauf hinaus, die Ersetzung einer Form der abstrakten zwangsweisen Vermittlung, der dinglichen im Geld, durch ihr Komplement: die persönliche im Staat, zu fordern.

Sie konzipierten damit etwas Unmögliches. Der Staat basiert auf dem Mangel an direkter Verständigung zwischen den Produzenten, die durch den allseitigen Verkehr der Sachen verbunden sind. Er stellt die persönliche Kommunikation der warenproduzierenden Gesellschaft über eine hierarchische Struktur her. Die Vermittlung der Gesellschaft über die staatliche Hierarchie funktioniert nur, so lange die Beziehungen der Menschen verdinglicht bleiben, sie könnte neben der allseitigen direkten Kommunikation der Menschen miteinander nicht bestehen.

Die Sozialdemokraten beabsichtigten nun, das Netz der Warenkommunikation zu beseitigen und dessen Funktion einer Staatsmacht zu übertragen, die das Privateigentum monopolisiert hätte. Die hierarchische Struktur der Staatsmacht ist jedoch außerstande jene Aufgabe zu erfüllen, die das horizontal ausgespannte Netz der Warenkommunikation wahrzunehmen hat. Sie kann auf dieses Netz nicht verzichten. Denn die Stärkung der Staatshierarchie impliziert zugleich die Beschränkung der direkten Verständigung der Menschen miteinander und versperrt damit den einzigen Weg, die Verdinglichung der Beziehungen zwischen den Menschen aufzuheben. Die allseitige Vermittlung der Gesellschaft über das Geld kann nicht aufgehoben werden, wenn zugleich die direkte Kommunikation der gesellschaftlichen Individuen verhindert wird. Der Plan der Sozialdemokratie, die eine Seite (Geld, Markt) durch die andere (Staat) zu ersetzen, war daher in der Tat utopisch.

II.

Die westlichen Sozialdemokraten waren nicht imstande, den Markt als Ort der gesellschaftlichen Vermittlung zu beseitigen. Sie begnügten sich damit, seine Funktion durch staatliche Aktivität zu stützen, sein Versagen aufzuhalten. Der Grund für diesen scheinbaren Wandel ist im Programm ablesbar: Das Interesse der Allgemeinheit, das die Sozialdemokraten im „ökonomischen Fortschritt“ als Kapitalakkumulation sahen, ließ sich durchaus mit dem Fortbestehen eines „regulierten“ Marktes vereinbaren, ja die Produktivkräfte des reifen Kapitalismus schienen schwerlich subsumierbar unter das Patronat eines totalen Dirigismus.

Die SPD und ihre Bruderparteien waren niemals den Kapitalismus gefährdende revolutionäre Organisationen, weil sie die Herstellung der direkten gesellschaftlichen Kommunikation der Produzenten nicht zum Ziel und Inhalt ihrer Aktionen hatten. Zwar wollten die Sozialdemokraten den Markt ausschalten, aber ihre theoretische Alternative: totaler ökonomischer Dirigismus, stellte für die in der voll ausgebildeten und vitalen Marktkommunikation aufgewachsenen Produktivkräfte keinesfalls eine notwendige Bedingung des weiteren Wachstums dar. Die „Revisionisten“ ahnten dies als erste, und sie versuchten, das sozialdemokratische Programm entsprechend zu modifizieren, vor allem die mit der Verstaatlichung verbundene Perspektive der politischen Diktatur aus dem Programm zu entfernen.

In Rußland blieb das sozialdemokratische Programm in seiner klassischen Form aktuell. Das russische Dorf produzierte zur Zeit der Entstehung der Sozialdemokratie im Westen noch überwiegend autark und kollektiv. Die russi,-ehe Gesellschaft wurde zusammengehalten durch die zugleich brutale und lockere Vermittlung des absoluten Herrschers. Sie hatte sich noch nicht zur Gleichheit des Marktes und des Rechts emanzipiert und kannte so neben der Willkür der zarischen Schergen auch noch die Geborgenheit der alten patriarchalischen Gemeinde. Indessen brach das westliche Kapital ins Reich und begann, die Russen und die übrigen Völker ökonomisch zu kolonisieren. So wuchs das russiche Proletariat buchstäblich in Front zur Weltbourgeoisie auf - ein Umstand, der sein revolutionäres Pathos in paradoxer Weise zugleich patriotisch und internationalistisch färbte.

Mit dem fremden Kapital kam auch die theoretische Kritik an ihm nach Rußland. Die russischen Marxisten haben sich in einer der Warenanalyse bei Marx vergleichbaren Weise um die Frage der Vermittlungsform ihrer Gesellschaft nicht gekümmert - sie hielten das Reich für ein, wenn auch relativ rückständiges, kapitalistisches Land mit den zusätzlichen Makeln einer überlebten politischen Struktur, starker „feudaler Reste“ und einer inaktiven Bourgeoisie.

So schien für sie, die ihre eigene Gesellschaft nur quantitativ zu unterscheiden wußten von der, deren Produktionsweise Marx analysiert hatte, die Marx'sche Kapitalismus-Kritik als theoretische Operationsbasis günstig für die politische und ökonomische Befreiung ihres Landes. [7]

Den bemerkenswerten Versuch russischer Intellektueller, bei der Entwicklung einer Revolutionsstrategie gerade von den „asiatischen“ Spezifika der russischen Gesellschaftsform auszugehen (von der Dorfgemeinde), erstickten die russischen Marxisten wütend in ihrem ideologischen Kampf gegen das „Volkstümlertum“.[8]

Indessen: die russische Gesellschaft kommunizierte nicht vorwiegend über den Warentausch. Zwar zerfiel die Autarkie der dörflichen Gemeinden und wuchs die Industrie in den Städten - aber es gab keinen entwickelten Markt als allgemeinen gesellschaftlichen Umschlagplatz.

Das ausländische und das staatliche russische Kapital zauberten Riesenbetriebe hervor, die in den ökonomischen Organismus des Landes kaum integriert waren; die Gesellschaft wurde aus dem "asiatischen" Gleichgewicht geschleudert, ohne daß ihr Zeit und Mittel gegeben wäre, ein "europäisches" dafür allmählich wiederzugewinnen. [9]

Im Westen war das staatssozialistische Programm in seiner radikalen Form gescheitert, weil die Gesellschaft schon zu mannigfach kommunizierte, als daß sie eine politische Zentralgewalt als Diktator ihrer produktiven Bewegung hätte gebrauchen können. Sie benötigte das Staatsorgan vielmehr als qualifizierten Koordinator und Garanten ihres Tauschzusammenhanges. Im Osten siegte das staatssozialistische Programm, weil die gesellschaftliche Kommunikation gestört war, die Möglichkeit zu raschem Austausch von Dingen und Informationen beschränkt, die Verbindung zwischen den Produzenten, insbesondere zwischen Arbeitern und Bauern und unter den Bauern selbst lose und heterogen.

Daß das russische Volk einen Versuch gemacht hat, die Selbstvermittlung der Produzenten herzustellen, beweisen die Betriebsrätebewegung und die autonome Bauernbewegung, die sich 1917/18 entfalteten. Man darf annehmen, daß es in erster Linie die Kluft zwischen den hochentwickelten Industriezentren einerseits und der alten Gesellschaft, die numerisch überwog, andererseits war, vor der diese Bewegung versagt hat. Die bolschewistische Partei selbst hatte genau begriffen, welcher fundamentalen gesellschaftlichen Schwäche sie ihre außergewöhnliche Macht verdankte: Als ihr eigentliches Verdienst sah sie an, daß sie ein „Bündnis“ zwischen Arbeiter- und Bauernschaft gestiftet habe. [10]

Die gesellschaftliche Vermittlung, die nie über den Tausch allgemein geworden war, sollte nach dem bolschewistischen Programm eine solche Entwicklung gar nicht erst beginnen, sie sollte über den Staat und dessen Wirtschaftsplan allgemein werden. (Auch als die Bolschewiki mit der NEP von dem extremen Dirigismus des sogenannten Kriegskommunismus abgingen, nahmen sie sich doch vor, Markt nur "begrenzt" zuzulassen und langfristig wieder zu liquidieren.) Die großen weißen Flächen, die die Landkarte der gesellschaftlichen Kommunikation aufwies, besiedelte die neue Staatsmacht. Sie erzwang rücksichtslos und diktatorisch eine industrielle Strukturrevolution. Der Stalinismus war die Kolonisierung des russischen Landes durch den Staat. Aber je mehr die Produktivkräfte wuchsen, desto stärker wehrte sich die russische Gesellschaft gegen die Beschränkung auf eine <u>einzige zentrale Achse</u> ihrer Kommunikation, desto dringlicher wurde die Notwendigkeit der Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnis, einer weiteren Freigabe des Marktes. Mit jedem Machttitel, den die Zentrale an die Betriebsverwalter abgab, mit jeder Einschränkung ihres Monopols fürchtete sie - mit Recht - um ihr Programm: den (schwer)industriellen Aufbau in kürzester Frist bzw. später die maximale Verwertung des Nationalkapitals. Andererseits aber wurde mit dem Voranschreiten dieses Aufbaus, mit dem allmählichen Aufstieg der Nation zum aussichtsreichen Konkurrenten am Weltmarkt das Staatsmonopol mehr und mehr zum Hemmschuh der produktiven Phantasie der Gesellschaft. So baute die Gesellschaft gleichsam im Windschatten der staatlichen Kontrolle den Tauschzusammenhang weiter aus.

Dieser Kampf der Gesellschaft gegen die Allmacht der staatlichen Zwangsvermittlung ist verfolgbar am Rhythmus der ökonomischen Reformen des Ostblocks. Im Resultat ergab sich (wie im Westen) eine doppelte Vermittlungsform: eine Kreuzung von staatlichem Diktat und Tausch: aufgeweichter Dirigismus bzw. gemaßregelter Tausch. (In der staatssozialistischen Ideologie wird dieser Prozeß „Ausnutzung des Wertgesetzes“ genannt.)

Die Kommunistischen Parteien geben sich aus als Garanten "des Sozialismus“ und als Vertreter der Arbeiterschaft. Sie sind dies in einem bestimmten Sinn: nämlich als nationale Eliteorganisation die unter Zuhilfenahme „außerökonomischer Mittel“ in einer im historischen Maßstab sehr kurzen Zeit die nationale Kapitalbildung organisierte. Inhalt und Triebfeder ihrer Politik ist die Herstellung solider Konkurrenzfähigkeit ihres jeweiligen Landes am Weltmarkt, bis hin zu imperialistischen Konsequenzen. Sozialismus ist so nichts anderes als größtmögliche Rentabilitat des nationalen Gesamtkapitals. Es ist klar, daß diese Präferenz schärfste Ausbeutung und politische Disziplinierung der arbeitenden Bevölkerung einschließt. Der Weltzusammenhang als Wert- und Tauschzusammenhang wird von den Kommunistischen Parteien nicht revolutioniert.

Viele westliche Sozialisten, die durchaus kritisch den östlichen Parteidiktaturen gegenüberstehen, zögern, diese Unterdrückungsmaschinen und ihre Ideologie von Sozialismus, Freundschaft Arbeiterklasse usw. uneingeschränkt zu verurteilen. Sie vermuten, daß, wenn Partei und Staatsplan abgeschafft würden, sich umgehend „das Privateigentum“ und „der Kapitalismus“ aus den Trümmern der „Übergangsgesellschaft“ erheben würden, daß das Zurückweichen des Staates ein Totalwerden des Tausches zur Konsequenz hätte. Deshalb halten sie, wenn auch mit Zähneknirschen, lieber einer KP die Stange, als sich dem Verdacht auszusetzen, implizit eine Solidaritätserklärung "für den Kapitalismus" abzugeben. Indem sie aber des Staatsmonopol als "ersten Schritt" über den Kapitalismus hinaus rechtfertigen, verweigern sie denen die Solidarität, in deren Namen sie für "den Sozialismus" sich einsetzen: den um die Wiederaneignung der ihnen entfremdeten gesellschaftlichen Macht kämpfenden Produzenten. D.h. kapitalistisches Privateigentum ist keineswegs die einzige Alternative zu Parteidiktatur und Staatsverfügung. Das Lebensinteresse der Arbeiter und die Notwendigkeiten einer auf hochentwickelter Industrie gegründeten Wirtschaft weisen eine andere Perspektive: Eine Revolution, die die Parteimacht bricht und zum positiven Programm die unmittelbare Organisation der Ökonomie durch die Produzenten selbst haben wird, die also die gesellschaftliche Vermittlung, nachdem sie vom staatlichen Patron befreit ist, nicht dem freien Tausch überläßt, sondern kollektive und unmittelbare Planung und Durchführung von Produktion und Konsumtion organisiert.

III.

Das Zusammenspiel der dinglichen Vermittlung der Gesellschaft über das Netz der Tauschkommunikation mit der persönlichen Vermittlung über die Hierarchien des Staats und der Betriebe ist bedroht durch jeden Ansatz direkter, nicht hierarchischer persönlicher Kommunikation der gesellschaftlichen Individuen. Diese neue Form gesellschaftlicher Vermittlung beschäftigten die Linke seit der Zeit ihres jüngsten Aufbruchs in den 6oer Jahren, waren sie doch selbst wieder Inhalt dieser Bewegung: Kinderläden, Wohnkommunen, Lehrlingskollektive, Betriebsgruppen, Haus- und Betriebsbesetzungen; „Teamwork“, Demokratisierungs- und Mitbestimmungsmodelle in Fabriken und Betrieben der öffentlichen Verwaltung, der Schulen, Universitäten

etc. In vielen Berufszweigen von Pädagogen bis zu Ingenieuren gab es Initiativen, die die spezifische Misere ihrer Profession, die Hierarchie, in die diese gepreßt war, analysierten und Modelle antihierarchischer, kooperativer und solidarischer Praxis entwickelten. Kollektive zur Diskussion der Probleme spezifischer Bevölkerungsgruppen wie Gastarbeiter, Obdachloser, Heimkinder, Homosexueller etc. entstanden. Frauen wurden sich ihrer doppelten Unterdrückung bewußt, Kinder ihrer Entwürdigung. Architekten entwarfen Wohnhäuser für Großfamilien, Künstler zogen mit ihren Ausstellungen in Schulen und Kneipen, Schauspieler und Musiker auf öffentliche Plätze; Psychiater organisierten Gruppentherapie und Lehrer ließen die Kinder unterrichten. Hunderte von mit spezifischen Problemen befaßten Zeitungen entstanden, vom „Roten Walzwerker" über „Frauen gemeinsam sind stark" bis zum „Knast-Info". Im französischen Mai 1968, beispielhaft in Nantes, organisierten Arbeiter, Bauern, Studenten kooperativ ihre Produktion und Versorgung.

Es schien, als seien zu beiden Seiten der alten Heerstraße der Warenkommunikation breite Teile der arbeitenden Gesellschaft in das benachbarte Neuland ausgewichen und hätten in Windeseile ein üppiges Netz von Wegen, Brücke und Tunneln gebaut, um sich selbst untereinander endlich unmittelbar zu begegnen. Der etablierte Vormund der bürgerlichen Gesellschaft, der Staat, sowie die alten zivilen Institutionen, nehmen dieser Bewegung gegenüber eine zwiespältige Haltung ein. Insofern sie den objektiven Bedingungen einer sich wandelnden sozialen Struktur gehorcht, denen die alte Gesellschaft immer schwerfälliger sich anpaßt, muß der Staat, müssen Kirchen, Parteien., Gewerkschaften etc. die Bewegung an der Basis zulassen, aufgreifen, zu integrieren suchen. Präsident Reinemann verleiht Preise an Bürgerinitiativen. Insofern diese Bewegung den bürgerlichen Mächten wichtige Funktionen entreißt, sie in ihren Grundlagen in Frage stellt, Inhalte propagiert, die die tradierten Formen der gesellschaftlichen Vermittlung und ihre Voraussetzung: die bestehenden Produktionsverhältnisse, stören und angreifen - müssen diese Mächte sich wehren und zurückschlagen. Der Berliner Senat versucht, das Georg von Rauch-Haus zu kontrollieren, wiewohl er sich selbst eingesteht, daß er als öffentlicher Erzieher versagt ...

Es besteht für ein Gegenmodell und selbst für eine bloße Gegenkonzeption immer die Möglichkeit, liquidiert oder verfälscht zu werden. Hieraus folgt aber nicht, wie es die Marxisten-Leninisten gerne hinstellen, daß Gegenmodelle entweder als Reformismus oder als Kraftvergeudung abzulehnen wären, sondern es folgt, daß die Praxis des Gegenmodells, der alternativen Konzeption vom Kinderladen bis zum selbstverwalteten Betrieb nur als permanenter Kampf denkbar ist, als Kampf ums Überleben auf der Basis des ursprünglichen eigenen Inhalts des Modells - zugleich gegen die Kräfte, die es auslöschen und die, die es aufsaugen, ihm seine Autonomie rauben wollen: ein Kampf, der letztlich nur gewonnen werden kann, wenn die gesamte Basis: die arbeitenden Gesellschaft, in solche Bewegung gerät. Daß sie ihren subjektiv-kollektiven Zusammenhang aus dem Stadium des Experiments in das der allgemeinen Gültigkeit zu tragen vermag, d.h. wenn die Vollendung der Revolution gelingt. Bis dahin aber ist die Existenz von Gegenmodellen - und damit auch der permanente Konflikt, den ihre Existenz bedeutet – nicht nur Möglichkeit, sondern Notwendigkeit für stets wachsende Teile und immer neue Bereiche der Gesellschaft, die, um überhaupt weiterzuatmen unter den sich verengenden Fesseln der Warenvermittlung, gezwungen sind, neue Formen der Verständigung zu erforschen und zu erproben, für die das Kämpfen zugleich das Lernen ist, wie Selbstverwaltung praktiziert werden kann. [11]

Die Parteiaufbaubewegung ist allgemein-theoretisch und im einzelnen Fall praktisch ein Feind dieser Basisbewegung, wenngleich sie - laut Parole in Front zum gleichen Gegner: „der Kapitalismus“ oder „die Bourgeoisie“ - oft als ihr Bündnispartner, d.h. für sie als Führer, antritt. Ihre Haltung zur militanten alternativen gesellschaftlichen Praxis ist, insofern sie ebenfalls zwiespältig ist, vergleichbar der der herrschenden Staatsmacht: einerseits braucht sie die Mobilisierten, andererseits kann sie den Entwurf direkter Vergesellschaftung nicht dulden. Einerseits muß sie es begrüßen, daß die Ausgebeuteten und Vereinzelten zur Selbsthilfe schreiten, sich zusammenschließen, um Veränderungen durchzudrücken, weil sie ohne eine Basis „Unzufriedener“ („fortschrittlicher Menschen“) als potentieller oder wirklicher Mitglieder und Mitläufer ihrer Organisation nicht existieren kann, andererseits muß sie versuchen, den Initiativen die besonderen Inhalte [12] und die auf Selbstverwaltung zielende Perspektive auszutreiben, stattdessen sie mit Kredit für ihre Organisation aufzupumpen. So kommen den praktischen Ansätzen unmittelbarer gesellschaftlicher Zusammenschlüsse neben den herrschenden Hierarchien auch noch falsche Freunde dazwischen, die zwar abstrakt denselben „Hauptwiderspruch“ nennen, aber eben nur abstrakt, und deshalb ganz andere Methoden der Lösung vorsehen und entsprechend andere positive Vorstellungen von der neuen Gesellschaft haben. [13]

Das wesentliche Argument der Marxisten-Leninisten gegen die Bewegung der autonomen Gruppen ist folgendes: der soziale Kampf um konkrete Verbesserungen am Ort: Schule, Betrieb, Wohnhaus etc. ist - so verständlich und nützlich er auch sein mag - letztlich deshalb nicht-revolutionär, weil er partiell ist, vereinzelt, womöglich auf Sondervorteile vor anderen gesellschaftlichen Gruppen abgestellt etc. Ein solcher Kampf bedürfe der „Verallgemeinerung“, d.h. Verbindung mit anderen Kämpfen, Einbettung in eine Gesamtstrategie, Subsumtion unter eine einheitliche („korrekte“, „proletarische“) Zielrichtung. Dazu seien die vereinzelten Kämpfer selbst nicht in der Lage.

Die Unterstellung, die dieser Argumentation oft genug explizit zugrundeliegt, ist die, daß die sich selbst organisierenden Kollektive - ganz wie in der liberalen ökonomischen Theorie die Kontrahenten des Tauschs - notwendig marktgerecht operierten, daß sie ihren Vorteil suchten auf Kosten anderer in ähnlicher oder schlechterer Lage befindlicher Gruppen - daß sie zu Lasten einer ganzheitlichen Aktivität, einer möglichen gesamtgesellschaftlichen Koordinierung sämtlicher oppositioneller oder revolutionärer Bestrebungen handelten. Erst die Direktive der die Gesamtlage überschauenden Partei sprenge den engen Rahmen der partiellen Aktivität und öffne den Horizont der gesamtgesellschaftlichen Praxis.

Hierbei vergessen die ML-Strategen, daß auch die Aktivität einer politischen Partei, sei selbst die Mitgliederzahl so hoch wie die Führungsqualität ihrer Spitze, partiell ist. Seit dem Kommunistischen Manifest, in dem zu lesen steht, daß „die Kommunisten“ die soziale Bewegung nicht nach besonderen Prinzipien modeln wollten, sondern bloß deren allgemeines Interesse, bloß das „Interesse der Gesamtbewegung“ wahrnähmen, erliegen die Sozialisten in aller Welt der original Marxschen Mystifikation, es sei überhaupt einer nicht mit dem wirklichen Ganzen der die Allgemeinheit bildenden Glieder identischen (also einer besonderen) Organisation möglich, ein bloßes „Allgemeininteresse“ zu konstituieren und zu repräsentieren, das nicht immer zugleich das besondere seiner Vertreter sei. [14]

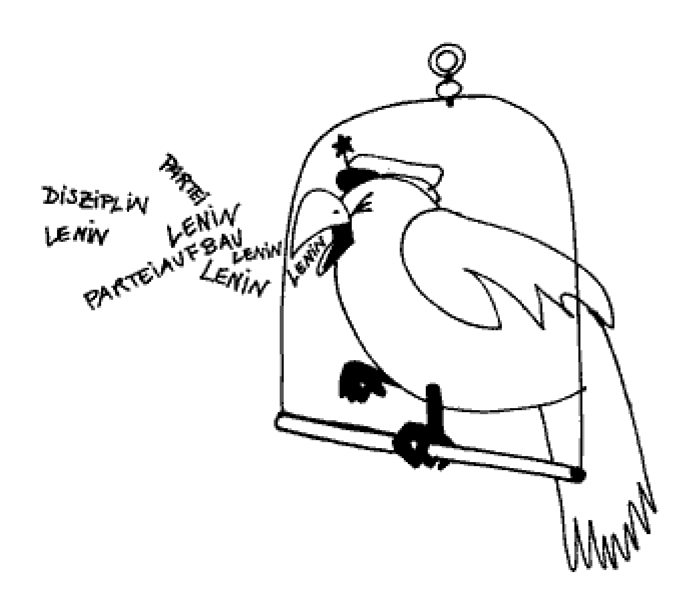
Tatsächlich besteht die aktuelle Revolution in nichts anderem als im Herstellen einer universellen direkten menschlichen Kommunikation. Die einzelnen Konflikte, bzw. deren Träger bedürfen in der Tat des Kontakts, der Mitteilung, der Verbindung untereinander, zunächst einmal mit Leuten, die in einer inhaltlich gleichen oder ähnlichen Situation sich befinden, was letztendlich den persönlichen Zusammenhang der gesamten Gesellschaft herstellt. Diese Notwendigkeit des Sich-in-Verbindung-Setzens muß von den jeweils besonders Betroffenen selbst begriffen werden, ihr muß von den Betroffenen selbst entsprochen werden, die Betroffenen müssen selbst kommunizieren und jeden angeblich selbstlosen Mittelsmann beiseiteschieben. Die Einheitlichkeit der Zielrichtung kann nur wirklich praktisch die Einigung der gesamten arbeitenden Gesellschaft sein, sie läßt sich nicht vorwegnehmen oder konzentrieren im einheitlichen Willen einer Parteizentrale. Ein engmaschiges persönliches Kommunikationsnetz, aus dem die berufsmäßigen Vermittler zunehmend verdrängt würden zugunsten allseitiger Begegnung und Absprache der Produzenten selbst, ist Voraussetzung für gesellschaftlich geplante Produktion. Ohne diese Diskussion und Verständigung ist Produktion entsprechend den Bedürfnissen und ihre Bedingung: die Erkenntnis und Revolutionierung der Bedürfnisse, unmöglich. Was die neue Gesellschaft verlangt, erzwingt und produziert heute schon der Kampf um sie. Überall, wo einer den Aufstand probt, sieht er sich vor die Notwendigkeit gestellt, Bundesgenossen zu suchen, um nicht niedergeschlagen zu werden. Er kann dann seine Interessen an eine der etablierten Organisationen delegieren -oder selbsttätig seine "Basis" verbreitern, sich selbst organisieren, indem er sich unmittelbar an diejenigen wendet, deren Situation mit der seinen übereinstimmt. Überall, wo dies geschieht, kommt die Revolution ein Stück voran. [15]

Während also die Parteien darüber grübeln, wie sie die Gesellschaft der Produzenten durch die Vermittlung ihrer Organisation davor bewahren könnten, in Monaden auseinanderzufliehen und den Frühkapitalismus wiederherzustellen, beginnen Gruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit ihrer eigenen unmittelbar gesellschaftlichen Organisation ernst zu machen. Sie verhöhnen die zentralisierende Partialmacht, indem sie ihre mannigfache Kommunikationsfähigkeit und ihre über differenzierte Arbeitsteilung vermittelte weitgehende Integration praktisch nutzen, kennenlernen und fortbilden. Während die Parteiaufbauer in schnöder Eintracht mit dem bürgerlichen und dem „sozialistischen" Staat darauf pochen, daß Selbstorganisation Egoismus verrate und dem Gesellschaftsganzen schade, beweist die Bewegung der autonomen Gruppen, daß aus dem egoistischen Individuum, das sich gegen alle anderen zu behaupten hätte, eines wird, das sich nur mit allen anderen behaupten will. [16]

Die ML-Ideologie ist anachronistisch, insofern sie sich unter Umständen, in denen die Marktkommunikation schon birst, als Repetitor einer Konzeption aufdrängt, die ihre Rationalität hatte unter Umständen, in denen die Marktkommunikation noch nicht zusammengewachen war: unter denen also eine Zentrale die mangelnde Kommunikation ersetzen konnte. Die ML-Parteiideologie ist praktisch schädlich für die revolutionäre Bewegung, wo sie deren allseitige persönliche Vermittlungstendenz über die Einbauversuche eines einzigen Transformators blockiert. Die Vereinigung der Gesellschaft oder die direkte Verständigung der Gesellschaft über ihre eigene Produktion und Reproduktion selbst ist ein Prozeß, der zu seiner praktischen Verwirklichung vielfacher und anhaltender Versuche der Produzenten (im weitesten Sinn) bedarf, sich miteinander in Verbindung zu setzen und ihr eigenes jeweiliges individuelles Bedürfnis als nicht durch das gesellschaftliche Gesamtbedürfnis eingeschränkt, sondern als mit ihm identisch kennenzulernen. Die ökonomische Seite dieses Prozesses liegt im für jedermann sichtbaren Zusammenbruch des

kapitalistischen Marktes als Schaltstelle der Gesellschaft und im Hinwelken seiner kardinalen Voraussetzung: der privaten individuellen Arbeit. In den "sozialistischen Länderntt leitet die wachsende Differenzierung der Produktion unter dem zunehmend inadäquaten Schirm des bürokratischen Dirigismus einen analogen Prozess ein. Die konkreten Versuche der Gesellschaftsglieder, die Leitung von Produktion und Reproduktion dem Zufall des Marktes und der Willkür des Staates zu entreißen und sich selbst zuzuordnen, werden allen elitären Subordinationsversuchen zum Trotz vorangehen und sich ausweiten.

Der alte Liberalismus, den ja die Parteiaufbauer in der Bewegung der autonomen Gruppen kritisieren, hat insofern Ähnlichkeit mit der Konzeption unmittelbarer Gesellschaftlichkeit, als er die gesellschaftliche Macht nicht an politische Institutionen delegieren wollte und in die Kraft der Gesellschaft vertraute, weitgehend ohne solche Institutionen auszukommen. Der Liberalismus setzte aber dabei Gesellschaftsglieder voraus, die universell über die Ware, also sachlich miteinander umgehen. Einen Zustand, in dem dieses Vermittlungsmodell in reiner Form funktionierte, hat es nie gegeben. Aber auch die „Mischform" der Staatsintervention ist in ihrer Funktionalität bedroht. Die unmittelbare Vergesellschaftung wäre der Zustand nach dem Sturz dieser Form: sie hätte die Warenvermittlung überwunden - zugleich mit der staatlichen - und gründete sich auf die der direkt gesellschaftlichen Produktion und Verteilung.



Die folgenden drei Zeichnungen mit Text sind Teil einer 12 Motive umfassenden Serie mit dem Titel: **TÄGLICHER TERROR**. Die Bilder sind im Original 100 mal 73 cm groß und mit Bleistift gezeichnet. In den nächsten Nummern der Schwarzen Protokolle werden weitere Graphiken erscheinen. Von den hier abgedruckten Zeichnungen sind "Arbeitsverhältnisse" und "Nur Fliegen ist schöner!" als Druck in Originalgröße erhältlich. Preis pro Bogen: gefaltet 9.-. in der Rolle 12.- DM (inkl. Porto). Bitte bestellt beim Verlag der Schwarzen Protokolle und bezahlt im voraus auf das PSK Berlin-W.P.Ober 33 25 25-104.

Anm. 1) „Aber die Epoche, die diesen Standpunkt erzeugt, den des vereinzelten Einzelnen, ist grade die der bisher entwickeltsten gesellschaftlichen (allgemeinen von diesem Standpunkt aus) Verhältnisse. Der Mensch ist im wörtlichsten Sinn ein zoon politikon, nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann." (MEW Bd. 13, S. 616, Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie)

Anm. 2) Typisch für dieses Verständnis ist folgende Äußerung von Lukács., die philosophisch den Führungsanspruch der Partei der Arbeiterklasse ausdrückt:

„Nicht die Vorherrschaft der ökonomischen Motive in der Geschichtserklärung unterscheidet entscheidend den Marxismus von der bürgerlichen Wissenschaft, sondern der Gesichtspunkt der Totalität. Die Kategorie der Totalität, die allseitige, bestimmende Herrschaft des Ganzen über die Teile ist das Wesen der Methode, die Marx von Hegel übernommen und originell zur Grundlage einer ganz neuen Wissenschaft umgestaltet hat." (Lukács, Rosa Luxemburg als Marxist, in: Geschichte und Klassenbewußtsein, Amsterdam 1967, S. 39)

Totalität, begriffen als „Herrschaft des Ganzen über die Teile", bedeutet, daß das "Ganze" selbst sich außerhalb der Teile befindet, ihnen also gegenübertreten kann, d.h. daß "das Ganze" selbst wieder nur ein Teil ist. Bei Marx - anders als bei den meisten Marxisten - drückte der Begriff der Totalität die Wechselwirkung zwischen Teilen aus, die gemeinsam ein „organisches Ganzes" bilden. D.h., daß das Ganze in jedem Teil zu finden ist, also nicht „über die Teile herrscht", sondern in ihnen. Die Teile sind daher nie für sich genommen zu begreifen, sondern nur in ihrer jeweiligen Beziehung zu anderen, als Verhältnisse also... (Vgl. Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, S. 615-642, insbesondere S. 617/618 und S. 630/ 631)

Die organisatorische Wendung des methodologischen Postulats von der „Herrschaft des Ganzen über die Teile" faßt Lukács selbst so: „Das b e w u ß t e Wollen des Reiches der Freiheit kann also nur das bewußte Tun jener Schritte bedeuten, die diesem tatsächlich entgegenführen. ... Es bedeutet das bewußte Sich-unterordnen jenem Gesamtwillen, der die wirkliche Freiheit wirklich ins Leben zu rufen bestimmt ist, der heute die ersten, schweren, unsicheren und tastenden Schritte ihr gegenüber zu tun unternimmt. Dieser bewußte Gesamtwille ist die kommunistische Partei." (Lukács, Methodisches zur Organisationsfrage, a.a.0., S. 318)

Anm. 3) Außerordentlich wichtig für diesen Zusammenhang ist Paul Matticks Buch „Marx und Keynes". (Es gibt inzwischen einen Raubdruck!)

Anm. 4) Etwa in solcher Art: „Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen sich hier, nur gesellschaftlich statt individuell. Alle Produkte Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besondren Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden

geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten.“ (MEW Bd. 23, Das Kapital, Bd. 1, S. 92/93)

Anm. 5) Vgl. z.B. Lenin, Staat und Revolution (Dietz - Broschüre S. 59/60): „Die Utopisten befaßten sich mit der 'Entdeckung' politischer Formen, unter denen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vor sich gehen sollte ... Marx unternahm es aber nicht, die politischen F o r m e n dieser Zukunft zu e n t d e c k e n . Er beschränkte sich auf eine genaue Beobachtung ...“

In unserem Aufsatz: „Rosa Luxemburgs theoretisches Verhalten zur Arbeiterbewegung“, Schwarze Protokolle Nr. 2, S. 44 f., zeigten wir, wie auch für diejenige klassische Exponentin der „alten Arbeiterbewegung“, die ihr Ohr am unbeirrbarsten dem Puls der Massenbewegung zuneigte, die Reflexion oder gar Anteilnahme an der praktischen Umwälzung der gesellschaftlichen Kommunikation ein Tabu gewesen ist. Eine Kritik solcher Auffassung findet sich beiläufig in Otto Rühles Schrift „Brauner und roter Faschismus“: „Ein flach und mechanistisch aufgefaßter Marxismus hatte sie (die Parteikommunisten, d.V) in dieser Unterlassung (des systematischen Studiums der revolutionären Probleme, d.V.) bestärkt. Sozialismus - so meinten seine Apologeten in ihrer Naivität - kommt Von selbst, sobald das Proletariat erst die politische Macht erobert hat. Er beginnt Wirklichkeit zu werden an dem berühmten Tage nach der Revolution. Jeder Versuch, diese Wirklichkeit einmal als das unendlich komplizierte und schwierige Werk von Menschen ins Auge zu fassen, galt als unangebrachte und spielerische Utopie, die man nur verlachen und abweisen konnte.“ (Otto Rühle, Schriften, Reinbek bei Hamburg, 1971)

Anm. 6) „... die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittels derselben die Produzenten versetzt. Den letzteren erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.“ (MEW Bd. 23, Das Kapital, Bd. 1, S. 87)

Anm. 7) Der Marxismus - das war damals vorwiegend die Kautskysche Marx-Rezeption - bot sich für die vom Fortschritt des Westens faszinierten Russen insbesondere deswegen an, weil die Kautskysche Sozialismus-Vorstellung genau das Autarkie-Programm enthielt, das die russischen Sozialdemokraten, die an einer Entwicklung des Kapitalismus in Rußland interessiert waren, brauchten für eine vom Westen ungehinderte Kapitalakkumulation. Die russischen Marxisten verfälschten also nicht, wie die westlichen Sozialdemokraten später hartnäckig behaupteten, den Marxismus, sondern sie übernahmen ihn in seiner „fortschrittlichsten“, nämlich der Kautskyschen Fassung. Siehe z.B. folgende Ausführungen von Kautsky:

„Hört die Ausbeutung auf und tritt anstelle der Produktion für den Verkauf die Produktion für den Selbstverbrauch, so wird die Ausfuhr und ebenso die Einfuhr von Produkten aus einem Staat in den anderen sehr vermindert werden. Völlig wird der Verkehr zwischen den einzelnen Staaten allerdings nicht verschwinden können. ... Eine gewisse Art von Warenaustausch zwischen den einzelnen Genossenschaften wird im Anfang wenigstens fortbestehen müssen. Das gefährdet jedoch nicht deren ökonomische Selbständigkeit und Sicherheit, wenn sie alles N o t w e n d i g e selbst erzeugen und bloß Ü b e r f l ü s s i g e s miteinander austauschen, etwa wie es eine

urwüchsige Bauernfamilie in den Anfängen der Warenproduktion tat. Daß aber jede sozialistische Genossenschaft alles zu ihrer Erhaltung N o t w e n d i g e selbst erzeugt, dazu genügt es vorläufig, wenn sie den Umfang eines modernen Staates annimmt.“ (K. Kautsky, Das Erfurter Programm, Erläuterungen, 1892, S. 120/21)

Anm. 8) Auch die „Volkstümler“ waren von der Richtigkeit der Marx'schen Kapitalanalyse überzeugt. Der Unterschied zwischen den Marxisten und den Marxkennern unter den Volkstümlern bestand darin, daß die Volkstümler nicht zuletzt aufgrund der Marxschen Kritik des Kapitalismus nach einer Möglichkeit suchten, den Kapitalismus zu vermeiden während die Marxisten diese Kritik dazu benutzten, einem russischen Kapitalismus den Weg zu bahnen. Vgl. dazu Lenins Schrift „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ (1899). In dieser Schrift versucht Lenin nachzuweisen, daß der Kapitalismus in Rußland möglich sei, indem er ihn als in jedem Dorf bereits vorhanden darstellt. Dabei mogelt Lenin jeden verarmten Ackerknecht als „Proletarier“ in seine Statistiken hinein. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Lenin nach der Oktoberrevolution (also 20 Jahre später!) in seinem Kampf gegen die "Anarchosyndikalisten" umgekehrt vorgeht und zur Denunziation der proletarischen Bestrebungen, die Leitung der Fabriken zu übernehmen, zu der Behauptung greift, es seien überhaupt keine Proletarier, sondern nur noch „allerlei Elemente“ in den Fabriken tätig. Vor allem bäuerliche Herkunft wird jetzt als unproletarisches Merkmal dargestellt.

Anm. 9) „Das Kapital drang mit der direkten Unterstützung des Absolutismus von Westen her ein und verwandelte in kurzer Zeit eine Reihe alter archaischer Städte in Zentren von Industrie und Handel, ja es schuf solche Handels- und Industriestädte an Stellen, die vorher gänzlich unbewohnt waren. Dies Kapital trat oft ganz plötzlich in der Gestalt großer unpersönlicher Aktiengesellschaften auf.“ (Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven, Frankfurt/Main 1971, S. 51/52)

Anm. 10) In der Praxis hieß das, daß sie beide Klassen gleichmäßig niederhielt. Vgl. hierzu unseren Artikel „Die Befreiung der Arbeit“ in Schwarze Protokolle Nr. 1, insbesondere S. 34 ff.

Anm. 11) „Der proletarische Kampf unterscheidet sich von den Kämpfen der Sklaven oder Leibeigenen. Er läßt sich nicht reduzieren auf die Frage 'Alles oder Nichts', wobei jeweils die Organisation der gesamten Gesellschaft auf dem Spiel steht. Ein unaufhörlicher Guerillakampf in der Produktion erzieht die Arbeiterklasse und läßt sie sich selbst als Klasse bewußt werden. Der Erfolg eines Teilkampfs zeigt den Arbeitern, daß sie ihre Bedingungen durch Aktionen verändern können. So paradox es scheinen mag: gerade weil diese Möglichkeit der Reform besteht, wird die Arbeiterklasse eine revolutionäre Klasse.“ (P. Cardan, Modern Capitalism and Revolution, Group Solidarity, London)

Anm. 12) Vgl. hierzu z.B. den Artikel: „Schülerstreik - Der Kampf an Gabbes Lehranstalten (West Berlin)“ in: Erziehung und Klassenkampf, Nr. 8, 1972, sowie insbesondere den Artikel „Selbstorganisation im Klassenkampf“ in: politikon, Nr. 40, 1972.

Anm. 13) Die Parteien bekämpfen zunächst einmal "den Kapitalismus", als dessen Vertreter dann notgedrungen einen Gegner von Fleisch und Blut, z.B. einen Stadtrat. Die autonomen Gruppen bekämpfen notgedrungen z.B. einen Stadtrat und damit implizit das System, das dieser repräsentiert.

Anm. 14) „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur (!) dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andrerseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten." (Kommunistisches Manifest)

Während die übrigen proletarischen Parteien durch Nationalität und besondere Entwicklungsstufe des Kampfes beschränkt ihre besonderen Kämpfe führen, sind die Kommunisten spezialisiert aufs Allgemeine, auf die Hervorhebung des gemeinsamen Interesses des gesamten Proletariats und auf die Vertretung der Gesamtbewegung. Um die gemeinsamen Interessen des gesamten Proletariats hervorzuheben, bedarf es seit dem Auftauchen der Kommunisten also nicht mehr der Gemeinsamkeit sämtlicher Proletarier. Bevor die Proletarier sich zur Gesamtheit zusammengekämpft haben, bevor sie selbst ihre gemeinsamen Interessen artikuliert haben, sind schon die Kommunisten als Personifikation ihres Gesamtwillens da. Das den Kommunisten gemeinsame Interesse wird es von nun an, die unmittelbare Vereinigung des gesamten Proletariats zu verhindern: die

Interessen, die Proletarier gemeinsam, aber ohne Kommunisten artikulieren, werden als besondere, beschränkte Interessen abgetan, da die gemeinsamen Interessen des gesamten Proletariats ja bereits gebündelt bei den Kommunisten liegen.

Anm. 15) Wir möchten an dieser Stelle auf das Buch „Sich organisieren oder organisiert werden“ von Berni Kelb hinweisen. Es erscheint im Herbst 1973 im Wagenbach-Verlag.

Anm. 16) „Die Assoziation der freien Produzenten, von der Marx sprach, setzt eine neue Gesellschaft voraus, die gerade dadurch gekennzeichnet ist, daß die "Vergesellschaftung" nicht mehr wie in der gesamten bisherigen Geschichte der Klassengesellschaft indirekt hergestellt wird, sondern Gesellschaft und Individuum aufhören, auseinanderstrebende bzw. antagonistische Dinge zu sein. Da in der Klassengesellschaft immer die jeweilige Gesellschafts f o r m, das Individuum dominiert und sich insofern die Theorien der Klassengesellschaften mit dieser Form befassen müssen, erfordert der Sozialismus gerade eine neue Definition des Individuums, das sich im Sozialismus die ihm adäquate Gesellschaft schafft." (Jörg Asseyer, Nachwort in: Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus oder Revolutionäres Subjekt, K. von Kramer Verlag, Berlin, 1973, S. 116/117)

Täglicher Terror

Es fing damit an, daß wir zeichneten, als Kinder grinsende Strichmänner, später Wüstes oder Verträumtes noch später dann Gewalt und Sexualität, und so war das Papier zum Psychiater geworden und ließ gelangweilt unsere gesammelten Ängste und Begierden über sich ergehen. Wir waren allein im Trubel und meinten auch noch, das müßte so sein für Künschtler.

Erst langsam entdeckten wir den Anderen, dann die Anderen und schließlich, daß zwischen dem von uns allen erfahrenen täglichen Terror und der Gesellschaftsform in der wir „leben“, engste Zusammenhänge bestehen.

Heute versuchen wir, gemeinsam Bilder zu machen und mit ihnen die Widersprüche wie die erkannten Zusammenhänge klarzulegen. Dabei entstehen natürlich Spannungen zwischen Inhalt und Form, die im Betrachter Spannungen zwischen Denken und Fühlen als einen dynamischen Bruch hervorrufen.

Die Texte, die zu dem Bild gehören wie das Papierg schalten die Möglichkeit, dem Mitdenken in das Mitleiden zu entfliehen, aus. Sie schaffen eine Distanz, in der die Reflexion über die eigene Lage produktiv sein kann, denn „wenn der totalen Entfaltung der

industriellen Produktivkräfte die völlige Zerstörung der Fähigkeiten und Wünsche im Spätkapitalismus entspricht, dann muß die Kunst die Wünsche gegen den Kapitalismus mobilisieren. Dazu gehört aber beides: daß sie die Wünsche darstellt, und dass sie den Kapitalismus darstellt, - daß sie die konkreten Bilder der Wirklichkeit gegen die konkreten Bilder der Möglichkeiten hält die darin stecken und ersticken." [1]

Die Kunst ist nicht tot! Gestorben ist nur die unsterbliche Seele! Geblieben sind Bilder als interessen- und zeitgebundene Aussagen menschlicher Wesen.

Wir müssen die Tradition der Schrecken schlagen durch die Tradition der Utopien, so daß zwischen den Trümmern des Terrors die heute schon mögliche Wirkung des Traumes greifbar wird.

„Die Phantasie hat insofern erkennende Funktion, als sie die ... Ansprüche des Menschen und der Natur auf vollständige Erfüllung gegen alle unterdrückende Vernunft bewahrt und beschützt. Im Reich der Phantasie werden die unvernünftigen Urbilder der Freiheit vernunftvoll.“ [2]

Alle Macht der Phantasie

„ARBEITSBEWERTUNG VON ANGESTELLTENTÄTIGKEITEN“

„In den kommenden Jahren müssen nun Gehaltsempfänger eines ihrer letzten Privilegien gegenüber dem Arbeiter, nämlich nicht der Zeit- und Leistungskontrolle durch Refa-Kommissare ausgesetzt zu sein, aufgeben. Arbeitsmediziner, Ingenieure und Statistiker werden in Großraumbüros, in Schreibstuben und Vorzimmern erbarmungslos das tägliche ... Pensum analysieren und danach trachten, die Leistung der Angestellten zu steigern.“ (1) „Nun sollen auch im Büro weniger Leute mehr tun.“ (2)

Warum wird Arbeitsbewertung eingeführt? Sie wird dann eingeführt, wenn mithilfe von Rationalisierungsmaßnahmen die Personalkosten gesenkt und Arbeitsleistung und -geschwindigkeit erhöht werden sollen.

Wie wird die Arbeitsbewertung durchgeführt? Die Durchführung ist möglich durch Fremdfirmen oder durch eine eigene Organisationsabteilung. Sie geschieht oft in verschiedenen Stufen: zuerst ist „versuchsweise“ nur die eine oder andere Abteilung betroffen - „damit sich die Kollegen daran gewöhnen können“ - hauptsächlich aber deswegen, damit sie sich nicht geschlossen dagegen wehren können. (4)

Eine Bewertung der Tätigkeiten an den einzelnen Arbeitsplätzen ist nur möglich, wenn die Arbeitsinhalte bekannt sind. Die Arbeitsanforderungen werden durch Beobachtung und Befragung der Angestellten ermittelt. Zuerst ist der Zeitnehmer nur am Arbeitsablauf interessiert und läßt sich alles genau erklären. Auf diese Weise schleicht er sich in das Vertrauen der Angestellten ein. Wenn die dann ohne gebremste Leistung oder andere Tricks. mit denen sie sich die Arbeit erleichtern, arbeiten, wird die Zeit gestoppt. Diese Leistungsbewertungen werden ergänzt durch Fragebögen oder dadurch, daß man über einen längeren Zeitraum Zeitangaben über die ausgeführten Tätigkeiten machen läßt. (Eine Kontrolle darüber, ob die „richtigen“ Zeiten eingetragen werden, ist natürlich dabei kaum möglich!) Die Arbeitsbewertung ist also nur mit der aktiven Mitarbeit der Betroffenen durchführbar!

„Praktisch funktioniert das so: Arbeitsvorgänge werden in einzelne Phasen zerlegt, zu deren Erledigung Zeiteinheiten verordnet (!) werden. (27,8 Zeiteinheiten entsprechen laut Methodenzeitmessung einer Sekunde.) So wurden für das Einschalten der Bürobeleuchtung 42,9 Zeiteinheiten festgelegt: für das Hinlangen zum Schalter 13 Einheiten, für das Ergreifen des Schalterknopfes 2 und für das Zurückziehen der Hand 16,4 Einheiten. Zum Einspannen eines Briefbogens in die Schreibmaschine werden der Tipperin 364 Einheiten zugestanden - das sind 13,1 Sekunden.“ (2) (Diese Normen sind anhand von Filmaufnahmen errechnet, die von allen möglichen Tätigkeiten hergestellt worden sind.)

„Aber nicht nur verhältnismäßig einfache und sich ständig wiederholende Arbeitsvorgänge werden von den Analytikern in Soll-Zeiten gepreßt, auch

qualifiziertere Tätigkeiten können auf eventuellen Leerlauf untersucht werden ... : zwischen 60 und 80% der im Büro auszuführenden Arbeiten sind meßbar." (2)

„Bisher taktieren die Unternehmenschefs bei den Vorbereitungen zur Einführung der Sollziffer für Angestellte äußerst vorsichtig. Sie fürchten, daß ihre Leute aus Protest gegen den neuen Leistungsdruck passiven Widerstand leisten und die Arbeit in den Büros lahmlegen ... Doch die Personalchefs hoffen, die Abneigung der Angestellten gegen Norm und Aufsicht zu überwinden. Ihr Kunstgriff: um ihren Angestellten nicht als lästige Antreiber zu erscheinen, wollen sie den Akkord als erstrebenswertes Ziel höherer Lebensart erscheinen lassen." (1)

Was spricht gegen die Arbeitsbewertung? Bei der Einteilung der Anforderungsarten und Beanspruchungen spielt das Problem der Bewertung (Gewichtung) die Hauptrolle. Es gibt keine wissenschaftliche Methode, die Arbeitsleistung in vers~hiedenen Situationen "objektiv" zu messen. (4) Die verschiedenen Methoden sind unwissenschaftlich, weil es kein

einheitliches Maß für menschliche Leistung gibt. Das wird besonders daran deutlich, daß die Bewertungsergebnisse derselben Tätigkeit nach verschiedenen Methoden bis zu 100% Abweichungen voneinander ergeben! Die Gewichtung ist das Ergebnis von Schätzungen, Übereinkünften und Kompromissen. Sie ist reine Ermessensfrage. (3),(4)

Hinzu kommt noch, daß von der Arbeitsbewertung viele Faktoren gar nicht berücksichtigt werden. So werden z.B. nach dem MTM-System nicht mehr erfaßt: Wartezeiten, Reaktionszeiten auf optische und akustische Signale, Denk- und Entscheidungsvorgänge, Erholzeiten sowie Leistungsabstimmung bei Gruppenarbeit. Solche Faktoren spielen aber bei derartig kleinen Zeiteinheiten schon eine große Rolle! (3) (4)

Was bedeutet das für die Löhne und die Arbeitsbelastung? Die Höhe der Verdienstchancen bleibt völlig offen. Die MTM-Norm z.B. wird erst nach einer Einarbeitung von 1 Million Stück erreicht. D.h., daß die Normen anhand von Arbeitern und Angestellten festgelegt worden sind, die sich jahrelang in ihre Tätigkeit eingearbeitet hatten.

Möglicherweise wird noch eine gewisse Zeit nach neuer Abrechnung der alte Lohn weitergezahlt - zum Einarbeiten. Bei der Übernahme des neuen Entlohnungssystems weiß man aber nicht, wieviel man verdienen wird. - Natürlich verschlechtert man sich, sonst würde ja das neue System nicht eingeführt werden! Selbst wenn der Lohn steigt, muß man

dafür dann härter arbeiten. Sondervergünstigungen, die manchmal für eine Übergangszeit gezahlt werden, entfallen meist nach dem nächsten Tarifabschluß oder werden schon vorher wieder gestrichen mit Begründungen wie "zu hoher Ausschuß", "schlechte Qualität" oder "vorherigen Leistungsstand nicht erreicht".

In Schriften zu dem Thema liest man nur selten etwas von "gerechter Entlohnung" (3) (4). Meistens wird von dem „Gefühl der gerechten Entlohnung" bei den Beschäftigten gesprochen - und das ist ein himmelweiter Unterschied! Daher bleibt zu fragen: wer setzt die Normen in wessen Interesse?

Die Absicht, die Arbeitssituation der Beschäftigten zu verbessern, spielt keine Rolle. (5) Deshalb ist der Satz des DGB "Im Mittelpunkt steht der Mensch" kein geeignetes Mittel, um die Arbeitssituation zu erkennen und zu verbessern. Immer haben sich die Beschäftigten den sogenannten technischen Notwendigkeiten unterzuordnen, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als neue Möglichkeiten, noch höhere Gewinne zu erwirtschaften. (5)

Was kann man dagegen tun? Im §87 des Betriebsverfassungsgesetzes heißt es: „Der Betriebsrat (BR) hat ... in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen: Einführung und und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen; Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung ...“ (6). Die Arbeitsbewertung darf also nur mit der Einwilligung des BR vorgenommen werden. Und wenn der BR nicht von alleine aktiv wird, muß man ihm so lange seine Pflichten laut BVG vorhalten, bis er's wird.

Daß auch ohne den Einsatz des BR eine Arbeitsbewertung verhindert werden kann, zeigt ein Beispiel aus dem Produktionsbereich: als in einer Abteilung von Hanomag-Henschel ein Zeitnehmer erschien, um heimlich mit der Hand in der Hosentasche die Zeiten zu stoppen, hörten die Beschäftigten auf zu arbeiten und riefen im Chor "Hand raus!", bis der sich verdrückte. (7)

Anmerkungen: (1) "Hinter Ihnen steht einer - Leistungssoll für Angestellte", Capital 12/72

(2) „Hinter Ihnen steht einer: Rationalisierungsfachleute wollen Buchhalter und Bürodamen auf Trab bringen“, Der Stern 7/73

(3) Beckerle: „Die Arbeitsbewertung in Kreditinstituten“, Wiesbaden 1966

(4) Bieding/ Wendler, "Analytische Arbeitsplatzbewertung von Angestelltentätigkeiten", Köln 1971

(5) Kern/Schumann: "Der soziale Prozeß bei technischen Umstellungen", herausgegeben vom Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft e.V., Frankfurt 1972

(6) siehe auch: §§ 90, 91, 106, 111

(7) Betriebszeitung, Nov. 1972

„ARBEITSVERHÄLTNISSE"

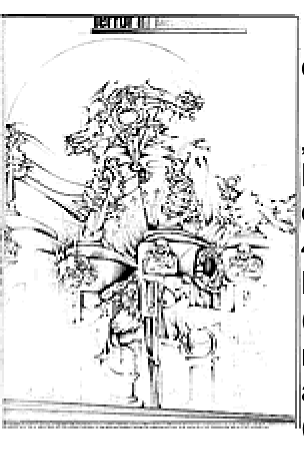
Die Mehrheit der Bevölkerung der BRD (85%) besteht aus Lohnabhängigen. Ihre Arbeitsverhältnisse werden in unserer freiheitlichdemokratischen Gesellschaft nicht von dem Grundsatz bestimmt, den Produktionsprozeß so menschlich wie möglich zu gestalten, sondern von der Notwendigkeit, das eingesetzte Kapital zu vermehren. Das eingesetzte Kapital kann nur vermehrt werden, indem der Warenausstoß gesteigert wird. Das ist durch drei Maßnahmen möglich: 1.Verlängerung des Arbeitstages: Dies ist zwar durch gesetzliche und tarifliche Regelungen eingeschränkt, spielt aber in Form von Überstunden eine große Rolle. 2. Intensivierung der Arbeit: Durch Antreiberei, höhere Bandgeschwindigkeiten, Akkord, Arbeitsplatzgestallung, Prämien usw. werden Arbeiter und Angestellte gezwungen, in gleichen Zeiträumen ständig mehr zu leisten. 3. Erhöhung der Arbeitsproduktivität: Die Automatisierung des Produktionsprozesses erlaubt einerseits in gleichen Zeiträumen mehr zu produzieren, andererseits, Arbeitskräfte einzusparen. Die Folge: der drohende Verlust des Arbeitsplatzes.

Hinzu kommt noch, daß die Nachtarbeit in allen Bereichen für Arbeiter und Angestellte gleichermaßen zunimmt, weil sich der Kauf der immer teureren Maschinen nur dann lohnt wenn diese Tag und Nacht in Betrieb sind.

Wirtschaftliches Wachstum in der freien Marktwirtschaft bedeutet also für die Arbeiter und Angestellten, die ja dieses Wachstum ermöglichen: eine zunehmende Belastung bis an die Grenzen der körperlichen und nervlichen Leistungsfähigkeit. (Körperliche Arbeitserleichterung durch Maschinen wird fast immer durch eine verstärkte nervliche Beanspruchung aufgehoben.) Das Ergebnis ist eine steigende Zahl von Arbeitsunfällen (1971: 1 950 000; davon 2 928 tödlich) sowie von Krankheiten. Letztere - bis hin zu psychischen Leiden - sind in ihrem ganzen Ausmaß noch keineswegs erfaßt. Die Frankfurter Rundschau schrieb am 14.4.70: Fachleute nehmen an, daß 2/3 aller Werktätigen im Bundesgebiet reif für eine Krankenhausbehandlung sind, und daß jeder Fünfte einen Sanatoriumsaufenthalt nötig hat.

(Siehe auch: Forschungsprojekt des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft e.V. "Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD“, Bd.8; Kern/Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt 1970 sowie "Arbeitsbericht zum Experimentseminar: Soziale Auswirkungen bei Einführung von EDV in einem Betrieb", Berlin 1971)

"NUR FLIEGEN IST SCHÖNER!"



1971 wurden bei 1 339 000 Verkehrsunfällen 536 680 Menschen verletzt, davon 18 727 tödlich. (1)

„7 000 Tonnen Blei, 6 Mio. Tonnen Kohlenmonoxyd, 1,2 Mio. Tonnen Kohlenwasserstoff, 12 000 Tonnen Sehwefel - das ist die Jahresleistung deutscher Autos, rund gerechnet etwa 1/3 (nach neueren Untersuchungen 42%(2)) der gesamten Luftverschmutzung. Und während Bonn den Bleiausstoß der Verbrennungsmotoren jetzt wenigstens verringern will (freilich mit einer Rücksicht, als gelte es, einen Tiger zum Vegetarier zu machen, ohne daß sein Verdauungssystem darunter leidet), sind alle anderen Auspuffgifte noch kaum in die Reichweite des Gesetzes geraten.“ (3)

Auch in Bezug auf Verbesserungen, die nachweislich die Sicherheit erhöhen (Sicherheitsgurte, Kopfstützen, Verbundglaswindschutzscheiben usw.) wagt man kaum, der Industrie Auflagen zu machen. Pläne für serienmäßig hergestellte Sicherheitsautos liegen seit langem vor, werden aber nicht verwirklicht, weil solche Autos zu teuer und zu haltbar wären. Der Umsatz würde dadurch zurückgehen. (4) (5)

„Bislang wuchs das Verkehrsaufkommen der BRD doppelt so schnell wie das Straßennetz ... Entsprechend einer Shell-Analyse wird in den nächsten 15 Jahren die Motorisierung fast dreimal so schnell zunehmen wie der Verkehrsraum.“ (6) Immer größere Teile der Landschaft, immer mehr lebensnotwendige Grünanlagen,.Spielplätze usw. fallen Straßen und Parkplätzen zum Opfer. (4) Ein Karikaturist der Süddeutschen Zeitung: "Hier asphaltiert die Bundesrepublik Deutschland den Rest derselben."

„Daß die Volkswirtschaft von der Automobilindustrie abhängig sei,“ („Was schlecht ist für VW ist schlecht für Deutschland“) (7), "weil jeder Siebte von dieser Industrie lebt (8), ist ja in Wahrheit gar kein Argument für ihr Blühen, sondern müßte im Gegenteil der ernste Anlaß sein, auf eine Reduzierung zu drängen denn nichts erscheint gefährlicher, als daß das Wohlergehen der BRD von einer Industrie abhängt.“ (3)

„Im Schlepp der Autokonjunktur expandierte auch die Mineralölwirtschaft zu einer Kernbranche der spätkapitalistischen Gesellschaft: von 1955 an stieg der Strom des in Deutschland verbrauchten Mineralöls von 10 Mio. Tonnen auf derzeit 140 Mio. Tonnen im Jahr ... Ein volles Jahrzehnt investierten die internationalen Öltrusts in Deutschland mehr Geld, als sie im Lande verdienten.“ (8) Das bedeutet: von diesen Trusts aus gesehen muß der Mineralölverbrauch auch in Zukunft weiter steigen, damit sie von diesen Investitionen profitieren können.

Um eine ständig steigende Nachfrage zu erzielen, bedient sich die Industrie der Werbung: schon lange weiß man, „daß das Auto gar nicht nur zur Ortsveränderung taugt, sondern zugleich den Wunsch nach unterscheidendem Luxus erfüllt, daß es Prestigebedürfnis, Eitelkeit und Egoismus befriedigen kann und auch ein ersatzweises Machterlebnis ermöglicht, welches als 'Sportlichkeit' verkleidet und entsprechend idealisiert wird." Eine clevere Industrie stellte diese Erkenntnis unbedenklich "in den Dienst höherer wirtschaftlicher Weisheit und machte sie zur Grundlage ihrer Werbung." (3)

(1) Bundesminister für Verkehr 1972

(2) Aktion Gemeinsinn: Planet in der Krise, Bonn 1972

(3) Die Zeit 28/71

(4) Der Spiegel 27/71

(5) Der Spiegel 20/72

(6) Der Spiegel 27/70

(7) Capital 10/71

(8) Der Spiegel 19/73

(Siehe auch: Badini/Grymer/Rodenstein: Zur sozioökonomischen Bedeutung des Automobils, Frankfurt/M. 1971)

Anm. 1) Peter Schneider: Die Phantasie im Spätkapitalismus und die Kulturrevolution, in Kursbuch 16/69, Frankfurt S.29

Anm. 2) Herbert Marcuse: Triebstruktur und Gesellschaft, Frankfurt 1970, S. 159

Die sexuelle Konterrevolution: Rußland

v. Maurice Brinton



Der Originaltext ist unter dem Titel „The Russian Experience“ im Pamphlet Nr. 33 der Group Solidarity („The Irrational in Politics") 1970 in London erschienen. Die Übersetzung hat die Redaktion der Schwarzen Protokolle besorgt.

Vorbemerkung der Herausgeber

Der folgende Aufsatz von Maurice Brinton scheint uns wertvoll wegen des Materials und der Sammlung von Fakten über die „sexuelle Konterrevolution“ in der SU. Die Verarbeitung des Materials aber hat u.E. grundsätzliche Schwächen. Der Autor sucht die Gründe bzw. „Schuld“ für das Mißlingen einer Kulturrevolution einseitig bei der "Avantgarde" - er wirft den Bolschewiki vor, sich nicht ausreichend Gedanken über neue Formen des menschlichen Zusammenlebens gemacht zu haben. [+)]Hinter diesem Vorwurf steht unausgesprochen die Vorstellung, eine besser aufgeklärte Avantgarde hätte das Unheil wenden können. U.E. hätte die russische Revolution in sämtlichen Bereichen nur gegen die Parteidiktatur fortgesetzt werden können - die Möglichkeit sexueller Freiheit also hätte nicht im fortschrittlicheren Auftreten der Parteileute, sondern nur in Kräften, die zu deren Kritik und Entmachtung aufgestanden sind, beschlossen gelegen. Eine prinzipielle Kritik der sowjetischen Sexualmoral und -gesetzgebung also müßte die Partei- (auch die vorrevolutionäre) und Staatsstruktur als Konstituens dieser Moral und Gesetzgebung auffassen, anstatt als möglichen Motor ihrer Aufhebung.

In den Jahren, die auf die Revolution folgten, wurden die "offiziellen" Gedanken und Handlungen, die sexuelle Fragen betrafen, durch 4 hauptsächliche Punkte bestimmt:

a) Die große Zahl neuer und ungewohnter Probleme, die den Bolschewiki überlassen worden waren, mußten zu einer Zeit bewältigt werden, in der auch unzählige andere Probleme zu einer schnellen Lösung drängten. Im Kampf um sexuelle Freiheit gab es in der klassischen marxistischen Theorie keine Patentrezepte auf die Frage „was tun?“. Trotz der großen sozialen, intellektuellen und kulturellen Unruhe, trotz weitgehender Auflösung der Familie und trotz des Abbaus vieler traditioneller Werte, wußte man,nicht, wie es weiter gehen sollte.

b) Dieser Mangel an klaren Zielen war verbunden mit einem weitverbreiteten und recht naiven Glauben daran, daß die Abschaffung der wirtschaftlichen Ausbeutung zusammen mit einer neuen, fortschrittlichen Gesetzgebung schon ausreichen würde, um die Befreiung der Frau zu gewährleisten. Man dachte, daß diese Befreiung (die man sich meist in ungenügender Weise lediglich als rechtliche Gleichstellung vorstellte) automatisch dem Wechsel der Besitzverhältnisse folgen würde. Man nahm an, daß diese Befreiung durch die neuen Gesetze und Institutionen des „Arbeiterstaates“ gewährleistet werden würde.

c) Es bestand eine tiefe Unkenntnis über die Bedeutung sexueller Unterdrückung - und der traditionellen Moral, die auf ihr aufbaute - als eines zentralen Faktors der Sozialisation. Nur eine kleine Minderheit von Revolutionären betrachtete eine bewußte sexuelle Revolution als eine unerläßliche Komponente eines totalen gesellschaftlichen Umschwungs. Und noch weniger sahen in der sexuellen Revolution ein unerläßliches Mittel, den angestrebten Wechsel dadurch zu vertiefen

und zu vervollständigen, daß sich die geistige Struktur des Massenindividuums änderte.

d) Vielen bolschewistischen Führern war sowohl ihre eigene repressive Sexualerziehung, als auch der Einfluß, den sie auf ihr Denken und Handeln hatte, völlig unklar. Die meisten hatten eine typisch autoritäre Erziehung genossen. Später hatten Verbannung, Gefangenschaft und der Kampf unter den Bedingungen der Verfolgung und Illegalität die meisten der Alten Garde daran gehindert, ein normales Sexualleben zu führen. Nach der Revolution wurde aus dieser Not eine Tugend gemacht und diese Selbstaufopferung wurde nicht nur zu einem Ideal der „Avantgarde“, sondern zu dem der Massen selbst. Viele führende Bolschewiki betrachteten die Propagierung sexueller Freiheit als „Ablenkung vom wahren Kampf“. (Das tun ja auch heute noch viele Möchte-gerne-Bolschewiki!) Einige von ihnen waren sogar ausdrücklich dagegen.

Diese verschiedenen Faktoren spielten ihre Rolle in einer Reihe innerer Niederlagen, die auf die Ereignisse von 1917 folgten. Sie sollten wichtige Bereiche menschlicher Freiheit untergraben, die in den ersten wenigen Monaten nach der Revolution erobert worden waren. Das Scheitern der sexuellen Revolution in Rußland sollte mit anderen Niederlagen zusammenfallen (die an anderer Stelle ausführlich beschrieben sind [1]), um den ganzen Prozeß der Bürokratisierung weiter zu verstärken.

Der klassische Marxismus enthält nur wenige Hinweise, denen die Bolschewiki eine praktische Anleitung hätten entnehmen können. Sicher hatte Engels Sätze geschrieben, über die kein libertärer Sozialist streiten würde [2]. Aber es gab auch andere Passagen von ihm, die mehr doktrinärer Natur waren [3]. Darüberhinaus hatte Engels in der historischen Analyse immer mehr den gesellschaftlichen Hintergrund betont, auf dem eine sexuelle Revolution stattfinden müßte, hatte sich aber nur selten damit beschäftigt, wie dieser Prozeß vor sich gehen sollte. Was Marx betrifft, so hatte er natürlich die bürgerliche Ehe und Familie gegeißelt. Rücksichtslos hatte er die Verlogenheit bürgerlicher Moral bloßgestellt. Aber er hatte auch die Bewegung kritisiert, „dem Privateigentum das allgemeine Privateigentum entgegenzustellen“, eine Bewegung, die sich "in der tierischen Form aus(spricht), daß der E h e (welche allerdings eine F o r m des e x k l u s i v e n P r i v a t e i g e n t u m s ist) die W e i b e r g e m e i n s c h a f t , wo also das Weib zu einem g e m e i n s c h a f t l i c h e n und g e m e i n e n Eigentum wird, entgegengestellt wird“. Wenn sich so eine Bewegung durchsetzen würde, würde das Weib „aus der Ehe in die allgemeine Prostitution“ treten, „aus dem Verhältnis der exklusiven Ehe mit dem Privateigentümer in das Verhältnis der universellen Prostitution mit der Gemeinschaft“ [4]. Die Begriffe sind gefühlsüberladen und die angedeutete Antithese ist falsch. (Marx formuliert die Alternative zum Privateigentum immer noch in Begriffen des Eigentums - anstatt in Begriffen der freien Selbstbestimmung sowohl der Männer als auch der Frauen. Wenn Engels immer noch von 'Preisgebung' spricht, liegt das auf derselben Ebene.) [++)]

Aber wie verschwommen und unklar diese "Richtlinien" 1917 auch gewesen sein mögen, die Probleme, die eine Lösung verlangten, waren real und praktisch genug. Es galt, das kulturelle Erbe des Zarismus zu entwurzeln. Das war eine riesige Aufgabe. Die zaristischen Gesetze hatten selbstverständlich die Familie „geschützt“. Sie befahlen, daß der Ehemann seine Frau „wie seinen eigenen Körper zu lieben habe“. Die Frau schuldete ihrem Gatten 'unbegrenzten Gehorsam". Ehemänner konnten sich an die Polizei wenden, wenn sie ihre Frauen zwingen wollten, wieder

nach Hause zurückzukehren. Eltern konnten Kinder beiderlei Geschlechts ins Gefängnis werfen lassen wegen „eigensinnigen Ungehorsams gegenüber der elterlichen Gewalt“. Junge Leute, die ohne die Zustimmung ihrer Eltern heirateten, konnten dafür mit Gefängnis bestraft werden. Nur kirchliche Eheschließungen wurden legal anerkannt. Scheidungen, die nur die Kirche aussprechen konnte, waren teuer und nur den Reichen möglich.

Diese ganze reaktionäre Gesetzgebung wurde durch die neuen Eherechte vom 19. und 20. Dezember 1917 beiseitegefegt. Diese proklamierten völlige Gleichberechtigung der beteiligten Partner, ein Ende der gesetzlichen Benachteiligung der Frauen und ein Ende der „Unlösbarkeit“ der Ehe, indem die Scheidung allen ermöglicht wurde. Der Ehemann wurde seines Vorrechts, die Familie zu beherrschen, beraubt. Frauen wurde erlaubt, frei ihren Namen und ihren Wohnsitz zu wählen. Jeder Mann über 18 (und jede Frau über 16) durften heiraten. Was die Nachkommen betraf, wurde kein Unterschied gemacht zwischen ehelichen und unehelichen Kindern. Die Scheidung wurde stark erleichtert: die einzige Bedingung war die beiderseitige Zustimmung der Partner. Wenn einer der Partner ein Verhältnis lösen wollte, brauchte er dafür keine Gründe anzugeben. Ehe und Scheidung wurden zu rein persönlichen Angelegenheiten. Nicht einmal die amtliche Registrierung war mehr erforderlich. Aber auch wenn eine Verbindung registriert war, wurden Liebesverhältnisse nebenher nicht mehr gerichtlich verfolgt. (Es galt aber als 'unanständig', dem Partner nichts davon zu erzählen.) Der Zwang, Alimente zu zahlen, bestand nur bis zu 6 Monaten nach der Trennung und wurde nur angewandt, wenn einer der Partner arbeitslos oder sonstwie unfähig war, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Ein Gesetz von 1919 legalisierte die Abtreibung während der ersten drei Schwangerschaftsmonate. Sämtliche alten Gesetze gegen Homosexualität unter Erwachsenen wurden abgeschafft. Die Bemühungen auf diesen Gebieten persönlicher Freiheit faßte der Jurist Hoichbarg zusammen, der im Vorwort zum bolschewistischen Eherecht 1919 schrieb, Maß die Institution der Ehe in sich schon den Samen ihrer eigenen Zerstörung trug“ und daß „die Familie nur deshalb weiterhin beibehalten wird, weil wir es mit einem sozialistischen Staat zu tun haben, der erst im Entstehen begriffen ist“.

Die neu proklamierten Gesetze waren in der Tat radikal. Mit Recht konnte Lenin am 15. September 1919 in der Prawda schreiben, daß „in der Sowjetrepublik kein Stückchen von den alten Gesetzen übrigbleibt, die die Frauen zur Unterordnung verurteilten“. Besonders degradierend waren diejenigen Gesetze gewesen, „die sie ihrer Rechte beraubt und sie oftmals erniedrigt haben - d.h. die Scheidungsgesetze, die Gesetze, die uneheliche Kinder von ehelichen unterschieden, die Gesetze, die einen Vaterschaftsnachweis verlangten, bevor der Unterhalt des Kindes in Betracht gezogen werden konnte“. Auch Lenin scheint sich der Tatsache bewußt gewesen zu sein, daß „Gesetze nicht ausreichen“ und daß „selbst wenn rechtlich eine volle Gleichberechtigung erreicht ist, die Unterdrückung der Frau weiterbestehen“ würde. Aber er sah das Weiterbestehen der Unterdrückung lediglich in Begriffen häuslicher Aufgaben, die auch weiterhin der Bereich der Frau bleiben würden.

„In den meisten Fällen handelt es sich dabei um die unproduktivsten, die barbarischsten und schwersten Aufgaben, die auf ihren Schultern lasten. Um die Frau vollständig zu befreien und dem Mann gleichzustellen, müssen Haushaltsbelange der öffentlichen Hand übergeben werden und Frauen müssen an der allgemeinen Produktion beteiligt werden.“ [5]

Gemeinschaftsküchen, Krippen und Kindergärten - zusammen mit dem Zugang zu allen Berufen - wurden als das A und 0 der Befreiung der Frau angesehen. „Allein die Abschaffung des Privateigentums an Boden und Fabriken öffnet den Weg zur totalen und wirklichen Befreiung der Frau“, schrieb Lenin. Auf diesem Weg würde „der kleine Privathaushalt in den großen sozialistischen Haushalt umgewandelt werden“ [6]

Zweifelsohne teilten die meisten der führenden Bolschewiki diese Ansichten. Sie sahen die Befreiung der Frau in der doppelten Befreiung von wirtschaftlicher Ausbeutung und häuslichen Pflichten. Die repressiven Mechanismen, durch die die Unterdrückung im Denken von Millionen von Frauen verinnerlicht war, wurden' nicht einmal geahnt.

Es stimmt, daß die neuen Gesetze einen Rahmen schufen, innerhalb dessen weitere Anstrengungen unternommen werden konnten, um frei von äußeren Zwängen eine neue Art menschlichen Zusammenlebens zu schaffen. Es stimmt auch, daß die Bolschewik! Die patriarchalische Macht brechen wollten. Aber sie waren sich nur verschwommen der Rolle der patriarchalischen Familie als „strukturbildender Zelle der Klassengesellschaft“ [7] bewußt – als „die strukturelle und ideologische Reproduktionsstätte aller gesellschaftlichen Ordnungen, die auf dem Autoritätsprinzip beruhen" [8]. Noch weniger erkannten sie die Rolle, die die Sexualunterdrückung in solch wichtigen Bereichen der herrschenden Ideologie wie Autoritätshörigkeit und Angst vor Freiheit spielte. Wenn sich die Bolschewiki dieser Tatsachen bewußt gewesen wären, hätten sie viele praktische Fragen ganz anders behandelt, hätten sie viele ergebnislose Diskussionen, rückschrittliche Feststellungen und Handlungen vermieden. Dann wären die Revolutionäre auch den Fürsprechern der alten Ideologie gegenüber nicht so tolerant gewesen, von denen sie viele in hohen Stellungen gelassen hatten und die von dort aus der sich entwickelnden Kultur unermeßlichen Schaden zufügten. Die Bolschewiki betonten immer wieder, daß die neuen Gesetze "nur ein Anfang" seien. Ein Anfang wovon aber?

Wilhelm Reich schreibt, daß in den hitzigen Diskussionen jener Zeit „die Konservativen über den ganzen Schatz an alten Argumenten und 'Beweisen' verfügten“ [9]. Die Revolutionäre aber waren „auf die Schwierigkeiten., die der Umbau des kulturellen Lebens mit sich brachte, weder theoretisch noch praktisch vorbereitet“ [10]. Sie wußten nur wenig über die psychische Struktur der Leute, die sie aus der ideologischen Gewalt des zaristischen Patriarchats befreien wollten. Sicher, sie versuchten neue Wege zu gehen, sie „fühlten (genau), daß an die Stelle des 'Alten' etwas 'Neues' treten müßte; aber sie wußten diesem

'Neuen' keine Worte zu verleihen, vermochten ihm nicht den richtigen Ausdruck zu geben. Sie kämpften tapfer und unermüdlich, aber sie erlahmten schließlich und versagten in der Diskussion ... weil sie schließlich selber zum Teil in alten Begriffen befangen waren, die sie wie Schlinggewächse den Schwimmenden umklammerten“ [11].

Ungeheure Probleme türmten sich vor der Revolution auf. Die Zwangsfamilie war nur dem Gesetz nach abgeschafft. Die Einstellung, auf der sie basierte, existierte aber weiter. Und "solange die Gesellschaft nicht allen Erwachsenen und Heranwachsenden die Versorgung sichern kann, bleibt die Funktion der Familie, soziale Sicherheit der Familienmitglieder zu gewährleisten, als Vertreterin der

Gesellschaft bestehen" [12]. Deshalb bestand die Institution der Familie weiter. Mehr und mehr "entstand eine K o n k u r r e n z z w i s c h e n d e n f a m i l i ä r e n u n d d e n g e s e l l s c h a f t l i c h e n B i n d u n g e n. Doch die gesellschaftlichen Bindungen waren neu, jung, kaum geboren, die familiären hingegen saßen in jeder Ritze und Fuge des Alltagslebens, in jeder Äußerung der psychischen Struktur" [13]. Z.B. „Eltern, auch proletarische, sehen es nicht gerne, wenn die heranwachsenden Töchter in die Organisationen gehen. Sie fürchten, sie könnten 'verwildern', d.h. sexuell zu leben anfangen. Kinder sollen zu den Pionieren oder ins Kollektiv; doch die Eltern erheben den alten Anspruch auf sie; sie sind entsetzt, wenn das Kind auch seine Eltern mit kritischen Augen zu sehen beginnt“ [14]. Selbst in den radikalsten Zirkeln konnten Mädchen noch als "promisk“ bezeichnet werden, wodurch entgegen aller "revolutionären" Phrasendrescherei tiefsitzende Reste einer moralischen Verdammung der weiblichen Sexualität enthüllt wurden.

Sicher wurde der wirtschaftliche Würgegriff des patriarchalischen Vaters über Frau und Kinder gelockert. Aber die größer werdenden Möglichkeiten, sexuelles Glück zu genießen, waren nicht gleichbedeutend mit den psychischen Fähigkeiten dazu. Die verinnerlichten Hemmungen waren noch kaum angekratzt. Immernoch war alles durch die Gesetzgebung der Vergangenheit verdreht. „Säuglingshafte Abhängigkeiten“ und „krankhafte Sexualgewohnheiten“ bestanden weiterhin.



„Die Familienmitglieder haßten einander bewußt oder unbewußt und übertönten den Haß mit einer krampfhaften Liebe und mit einer klebrigen Abhängigkeit, die ihre Herkunft aus verhülltem Haß schlecht verbarg. Im Vordergrunde der Schwierigkeiten stand die Unfähigkeit der genital-sexuell verkrüppelten und für wirtschaftliche Selbständigkeit unvorbereiteten Frauen zum Verzicht auf den familiären Sklavenschutz und auf die Ersatzbefriedigung in der Herrschaft über die Kinder. Die Frau, deren ganzes Leben sexuell öde und wirtschaftlich abhängig war, hatte in der Aufzucht ihrer Kinder den Sinn ihres Lebens gesehen. Jede, auch die für die Kinder günstige Einschränkung dieser Beziehung, empfand sie als eine schwere Beeinträchtigung, und sie verstand es, sich kräftig dagegen zu wehren.“ [15]

Es war sehr schwierig, gegen diese besitzergreifende Haltung und gegen den Machtmißbrauch von Seiten der Mutter anzukämpfen, da man nicht genau deren Ursachen kannte. Und die Mütter bekämpften erbittert jede Einschränkung ihrer Machtbefugnisse.

Es zeigte sich, daß das Alltagsleben viel mehr von konservativen Ideen als von wirtschaftlichen Faktoren bestimmt war, weil es sich dabei um einen weitgehend unbewußten Prozeß handelt. Die Revolutionäre waren weder ideologisch noch von ihrer eigenen Erziehung her dazu ausgerüstet, wirksam in die erhitzten Diskussionen einzugreifen, die landauf landab über die "sexuelle Frage" geführt wurden. Eine Theorie der „sexuellen Revolution" ab es nicht. Trotzkis Broschüre "Fragen des Alltagslebens" [16] erwähnt nicht einmal die Frage der Sexualität. Viele bolschewistische Führer verschanzten sich hinter der Anschauung „Sexualität Ist Privatangelegenheit“. Das war nachteilig und letztlich Ausdruck der Unfähigkeit der „Mitglieder der Kommunistischen Partei ... mit dieser Revolution im persönlichen Leben fertigzuwerden“. [17]

Es war schon eine ganz schöne Scheiße, wenn man das mal so sagen kann. Viele junge Leute fühlten, daß es sich um wichtige Fragen handelte, über die offen und ehrlich gesprochen werden müßte, Alexandra Kollontai [18] gibt von den Diskussionen

einen kleinen Eindruck. Der Funktionär Koljzow warnte: „Diese Fragen werden niemals besprochen, es ist als vermeide man sie aus irgendeinem Grunde. Bis jetzt habe ich sie niemals durchdacht ... Gegenwärtig sind das für mich neue Fragen. Ich betrachte sie als im höchsten Grade wichtig. Man sollte über sie nachdenken. Ich meine, daß sie aus ebendenselben, allerdings unbestimmten Gründen nicht in die Spalten der Presse gelangen.“ [19]

Ein anderer Funktionär, Finkowski, erkannte früh ein Stück Wesen der Sexualscheu: „... Gespräche über dieses Thema werden deshalb selten begonnen, weil sie alle zu nahe angehen ... Man hat sie bisher meiner Ansicht nach deshalb nicht begonnen, um sich nicht zu ärgern ... Alle verstehen, daß ein Ausweg aus der Lüge dadurch geschaffen werden könnte, daß der Staat die Erziehung und den Unterhalt aller Arbeiterkinder vollständig auf sich nimmt, daß die Frau von der Küche befreit wird usw. Die Kommunisten berufen sich gewöhnlich auf die schöne Zukunft und entziehen dadurch die akute Frage der Besprechung ... Die Arbeiter wissen, daß es mit dieser Frage in der Familie des Kommunisten noch schlimmer steht als bei ihnen selbst.“ [20]

Noch ein anderer, Zeitlin, betont: „Indessen sind gerade dies die Fragen, die die Arbeiterinnen und Arbeiter interessieren. Wenn wir solche Fragen zum Gegenstande unserer Versammlungen machen, so wissen die Arbeiterinnen und Arbeiter davon und füllen unsere Versammlungen ... Und die Arbeiterinnen und Arbeiter stellen diese Fragen oftmals und finden keine Antwort auf sie.“ [21]

Dazu bemerkt Reich: „Zeitlin wußte nichts von der Sexualökonomie und beschrieb doch genau, was sie behauptet: Das Interesse der durchschnittlichen Masse ist nicht staatspolitisch, sondern sexualpolitisch gerichtet." [22]

Tatsächlich wurden Antworten gegeben, aber sie waren unangemessen, unvollkommen und manchmal regelrecht schädlich. „Sexualerziehung“ ging über in die Hände von staatlichen Hygienikern, Biologen, Urologen und Professoren der Philosophie, Ethik und Soziologie. Dieser Rückfall machte sich schnell bemerkbar – die Grundfesten der Kulturrevolution wurden erschüttert. Auch die erhitzten Diskussionen hörten langsam auf. Der Anstoß, der von der neuen Gesetzgebung ausgegangen war, wurde schwächer. Dabei wurde ganz offensichtlich, daß eine sexuelle Revolution nicht - wie vielleicht eine wirtschaftliche - durch Pläne und Gesetze gemacht werden konnte. Um erfolgreich zu sein, hätte die Revolution in alle Einzelheiten des Lebens eingeführt werden müssen. [+++)] Genau dort aber traf die sexuelle Revolution auf unüberwindbare Schranken. "Die Umwälzung im Überbau bleibt aus, weil der Träger und Pfleger dieser Umwälzung, die psychische Struktur des Menschen nicht qualitativ mit verändert wurde." [23]

Aber auch ohne die verinnerlichten Hemmungen der Massenindividuen - ein Erbe der Vergangenheit - wurden Veränderungen verhindert (und zwar als Ergebnis der verinnerlichten Hemmungen derer, die nun an der Macht waren). Lenin beschuldigte die Jugendbewegung, sie „kranke an der 'Modernität' der Einstellung zur sexuellen Frage und an der überwuchernden Beschäftigung mit ihr ... In der Jugendbewegung ist dieser Unfug besonders gefährlich. Er kann sehr leicht bei den einzelnen zur

Übersteigerung und Überhitzung des sexuellen Lebens beitragen, zur Verwüstung jugendlicher Gesundheit und Kraft“. [24]

"Mir scheint, daß dieses Überwuchern sexueller Theorien, die zum größten Teile Hypothesen sind, oft recht willkürliche Hypothesen, aus einem persönlichen Bedürfnis hervorgeht, nämlich das eigene anormale oder hypertrophische Sexualleben vor der bürgerlichen Moral zu rechtfertigen und von ihr Duldsamkeit zu erbitten. Dieser vermummte Respekt vor der bürgerlichen Moral ist mir ebenso zuwider wie das Herumwühlen im Sexuellen." [25]



„Die kaum aus dem Ei bürgerlicher Anschauungen geschlüpften Vögelchen mit den gelben Schnäbeln sind stets furchtbar klug." [26]
„Die Freudsche Theorie ist auch solch eine Modenarrheit. Ich bin mißtrauisch gegen die sexuellen Theorien der Artikel, Abhandlungen, Broschüren usw., kurz, gegen die Theorien jener spezifischen Literatur, die auf den Mistbeeten der bürgerlichen Gesellschaft üppig emporwächst.“ [27] Alles, „was richtiges darin steht, haben die Arbeiter schon längst bei Bebel gelesen" [28]. Schon bald wiederholte jeder kleine furchtsame Beamte Lenins berühmten Satz: „Durst will befriedigt sein. Aber wird sich der normale Mensch unter normalen Bedingungen in den Straßenkot legen und aus einer Pfütze trinken? Oder auch nur aus einem Glas, dessen Rand fettig von vielen Lippen ist?“ [29]

Die Weitsichtigeren unter den Revolutionären spürten wohl den Rückschritt. Aber ihre Rezepte waren nur die Rufe nach Industrialisation. Wieder und wieder wurde der Mangel an den einfachsten wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine radikale Veränderung betont. Aber, wie W.Reich hervorhob,

„die Einstellung: 'zuerst die wirtschaftlichen Fragen, dann die des kleinen Lebens' war unrichtig und nur der Ausdruck der Unvorbereitetheit auf die chaotisch scheinenden Formen der Kulturrevolution. Oft war es geradezu eine Ausflucht. Eine Gesellschaft, die tief in der Armut aus allen Wunden des Bürgerkrieges blutet, die keine öffentlichen Küchen, Wäschereien, Kindergärten sofort und zureichend einrichten kann, muß zunächst an die einfachsten wirtschaftlichen Voraussetzungen denken ... Doch es ging nicht allein darum, die Massen auf die Höhe der Kultur in den hochkapitalistischen Ländern zu bringen; das war bloß die allernächste Aufgabe; in weiterer Sicht mußte man beginnen, sich über die Qualität der „neuen Kultur“, der sozialistischen, der kommunistischen, klarzuwerden. ... es zeigt sich heute, daß die kulturelle Revolution unendlich schwierigere Fragen als die politische stellte. Das kann nicht anders sein, denn die politische Revolution erfordert 'nur' eine gestählte, geschulte Führung und das Vertrauen der Masse zu ihr. Die Kulturrevolution erfordert jedoch einen U m b a u d e r M a s s e n s t r u k t u r; sie ist nicht mit Zahlen und Statistiken zu machen und ihre wissenschaftliche Klärung war kaum in Gedanken vorhanden.“ [30]

Man kann vielleicht noch hinzufügen, daß die meisten russischen Führer auch die Verbreitung des Wenigen, was man an Wissen über diese Fragen besaß, aktiv bekämpften, anstatt sie zu fördern. Verschiedene Versuche, ein "Gegenmilieu" - wie

z.B. die Jugendkommunen - aufzubauen, wurden nachdrücklich von den Behörden behindert.



Tatsächlich war es reichlich naiv, anzunehmen, daß eine "progressive" Gesetzgebung plus neue Eigentumsverhältnisse diese fundamentalen Fragen lösen würden. Die Änderung der Eigentumsverhältnisse hätte vielleicht den Boden bereitet für eine neue Gesellschaft, aber aufgebaut werden mußte diese von den Menschen selbst. Für eine solche Aufgabe wäre aber auch eine ganz andere Zielvorstellung nötig gewesen, und gerade die fehlte. Es kamen einfach zu viele Faktoren zusammen, die verhinderten daß die formalen und legalen Veränderungen, die stattgefunden hatten, tatsächlich den Lauf der Dinge änderten.

„Doch wir dürfen einer gesetzlichen oder sonst nur äußerlich formalen Veränderung erst dann gesellschaftliche Bedeutung beimessen, wenn sie auch wirklich 'die Massen ergreift', d.h. ihre psychische Struktur umbaut. Nur auf diese Weise kann eine Ideologie oder ein Programm zu einer historisch umwälzenden Gewalt werden: einzig durch tiefgehende Veränderung im Fühlen und Triebleben der Masse. Denn der vielgenannte und noch so wenig erfaßte 'subjektive Faktor der Geschichte' ist einzig und allein gegeben in der psychischen Struktur der Masse; sie ist maßgebend für die Entwicklung der Gesellschaftt sei es, daß sie Willkür und Unterjochung passiv erduldet, sei es, daß sie sich den von herrschenden Mächten eingeleiteten technischen Entwicklungsprozessen anpaßt, sei es schließlich, daß sie selber aktiv in den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung eingreift, wie etwa in der Revolution. Keine Betrachtung geschichtlicher Entwicklungen darf sich daher revolutionär nennen, wenn sie den psychischen Zustand der Masse bloß als ein Ergebnis wirtschaftlicher Vorgänge nimmt und nicht auch als ihren Motor.“ [31]

In der russischen Revolution wurde die psychische Struktur der Massen nie zu einer „historisch umwälzenden Kraft“ - das hatte man gar nicht erst zugelassen.

Zwischen 1920 und 1930 entwickelten sich die Verhältnisse allmählich bis zu dem Punkt zurück, wo die Sexualideologie der führenden Gruppen der UdSSR nicht mehr länger von der Führungsschicht irgendeines konservativen Landes unterschieden werden konnte. Zusammenfassend schrieb Reich, daß man es den Führern des neuen russischen Staates nicht vorwerfen konnte, daß sie keine Lösung für diese Probleme hatten.

„Aber man muß ihnen zum Vorwurf machen, daß sie den Schwierigkeiten auswichen, auf die Linie des geringsten Widerstandes und des größten Mißerfolgs. Daß sie sich als Revolutionäre die Frage nicht vorgelegt hatten, was denn das alles zu bedeuten habe; daß sie zwar von der Revolution des Lebens sprachen, aber diese Revolution nicht im Leben selbst aufsuchten oder zu bewältigen versuchten; daß sie das Chaos, das wirklich herrschte, als 'sittliches Chaos' im Sinne der politischen Reaktion und nicht als das Chaos einer Übergangszeit zu anderen, kommunistischen Sexualformen betrachteten; und nicht zuletzt ist ihnen zum Vorwurf zu machen, daß sie die Ansätze zu einem Verständnis der Probleme des

Geschlechtslebens, wie sie die deutsche revolutionäre Sexualpolitik eröffnet hatte, zurückwiesen.“ [32]

Im März 1934 wurde in der Sowjetunion das Gesetz, das die Homosexualität bestraft, wieder eingeführt. Im Juni 1935 hieß es in einem Artikel in der Prawda, daß „ein schlechter Familienvater kein guter Sowjetbürger sein könne“ [33]. Zu Beginn des Jahres 1936 konnte eine Gewerkschaftszeitung (Trud vom 17.April 1936) schreiben, daß „Abtreibung, die das Leben zerstört, in jedem Land verboten ist. Die sowjetische Frau hat dieselben Rechte wie der sowjetische Mann, aber das enthebt sie nicht der großen und ehrenvollen Pflicht (!), die die Natur ihr auferlegt hat: sie ist dazu da, Mutter zu sein. Sie soll Leben gebären.“ [34]



"Die sowjetische Familiengesetzgebung ist immer von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus geleitet worden."

Und das ist natürlich keine Privatangelegenheit, sondern von großer gesellschaftlicher Bedeutung [35]. Ein Dekret vom 27. Juni 1936 verbot die Abtreibung. Ein weiteres vom 8.7.1944 besagte, daß nur "eine gesetzlich anerkannte Heirat Rechte und Pflichten für Mann und Frau einschlösse". Mit anderen Worten: "uneheliche" Kinder - oder die aus nichtlegalisierten Verhältnissen stammenden Nachkommen - wurden wieder auf ihre frühere rechtlich benachteiligte Stellung zurückgestoßen. Man drängte Unverheiratete, die zusammenlebten, ihre Verbindung zu legalisieren. Scheidung wurde nur noch „in dringenden Fällen“ erlaubt und „nachdem ein besonderer Gerichtshof alle wichtigen Aspekte geprüft“ hätte. Dem Mutterkult wurde offizieller Segen zuteil. Eine offizielle stalinistische Veröffentlichung (La femme et le Communisme , Edition Sociale. Paris 1951) konnte damit prahlen, daß es „am 1.Juni 1949 in Rußland über 2 Millionen Mütter in Familien mit 5 oder 6 Kindern gab, die den 'Mutterorden' gekriegt hatten; 700.000 Mütter mit 7,8 oder 9 Kindern, die den Orden 'Ruhm der Mutterschaft' gekriegt hatten; und 30.000 mit 10 oder mehr Kindern, die den 'Mutterhelden'-Orden gekriegt hatten." (Das dürfte wohl ausreichen, um das Herz des reaktionärsten Papstes vor Freude hüpfen zu lassen!)

Der Autor des Artikels behauptet, daß die „sowjetische Familiengesetzgebung immer von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus geleitet“ worden sei, und daß „während ihrer über 30-jährigen Entwicklung der Wunsch, die Frau zu verteidigen und zu befreien, ihr Leitgedanke „gewesen sei“. Dieser Hauptgedanke hat den sowjetischen Gesetzgeber von freier zu gesetzlicher Scheidung und von legaler Abtreibung zum Verbot der Abtreibung geführt!“ ++++)

Von der Mitte der 30er Jahre an waren verschiedene Kritiken am Bürokratismus immer lauter geworden. Trotzkis Buch „Die verratene Revolution“, zuerst 1936 veröffentlicht, enthält ein interessantes Kapitel über „Familie, Jugend und Kultur“. Trotzki klagt darin jene an, die behaupten, daß die Frau die "Freuden der Mutterschaft zu akzeptieren habe". Dies sei „die Philosophie eines Priesters, der auch mit den Vollmachten eines Polizisten ausgestattet ist.“ Trotzki hebt richtig hervor, daß „das Problem der Probleme ungelöst" sei: „40 Millionen sowjetischer Familien blieben in ihrer überwältigenden Mehrheit Brutstätten einer mittelalterlichen Daseinsweise, weiblicher Knechtschaft und Hysterie, täglicher Erniedrigung der Kinder, und des weiblichen und kindlichen Aberglaubens.“ „Die am stärksten treibende Kraft des gegenwärtigen Familienkultes (war) zweifelsohne das Bedürfnis

der Bürokratie nach einer stabilen Hierarchie der Verhältnisse und um die Jugend dadurch zu disziplinieren, daß an 40 Millionen Stellen Autorität und Macht unterstützt wurden.“

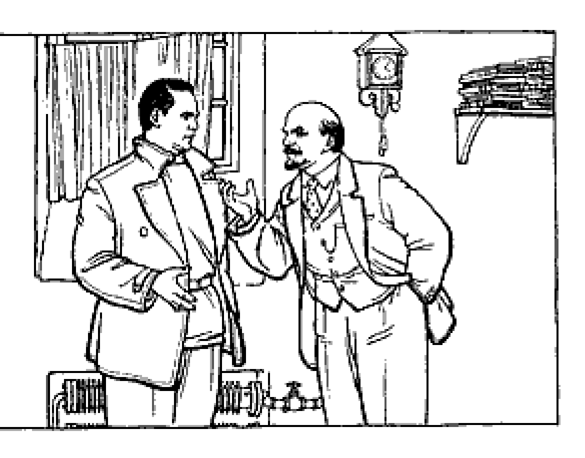
Die Beschreibung ist ausgezeichnet. Was fehlt, ist ein echtes Verständnis der Ursachen, durch die es so weit gekommen war. Wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit werden immer noch als die einzigen Ursachen des Scheiterns betrachtet, Eine ganze Dimension fehlt. Die Rolle, die die Unwissenheit der Bolschewiki - was die Sexualität betrifft - gespielt hat, wird nicht einmal vermutet. Umsonst würde man in Trotzkis umfangreichen Schriften nach irgendeiner noch so leisen Kritik an dem suchen, was Lenin zu dem Thema gesagt hatte.

In den letzten 20 Jahren ist die sexuelle Konterrevolution - trotz der ständigen „Entwicklung der Produktivkräfte“ - noch weiter fortgeschritten. Welche Entfernungen sie dabei zurückgelegt hat, kennzeichnet vielleicht am besten das Buch von T.S. Atarov, einem „emeritierten Arzt der russischen Sowjetrepublik“. Das Buch, das 1959 in Moskau erschienen ist, trägt deia Titel „Probleme der Sexualerziehung“ und enthüllt das ganze Ausmaß dieses sexuellen „Thermidors“ [36]. „Wenn ein junger Mensch an Heirat denkt“, schreibt der Autor, „sollten die Eltern dabei nicht unbeteiligt bleiben. Die sowjetische Eheschließung ist nicht nur eine Privatangelegenheit. Es ist eine Frage, die Gesellschaft und Staat mit angeht.“ Junge Leute werden beschuldigt, "voreheliche Beziehungen ohne das geringste Schuldgefühl" zu haben. Diese „Gesetzesbrecher“ und „unangepaßten Elemente der sowjetischen Gesellschaft“ werden bezichtigt, ihrer Haltung auch noch „philosophisch Ausdruck zu verleihen“ - in anderen Worten, sie versuchen auch noch, sich gegen die repressive Sexualmoral der Parteibonzen aufzulehnen. Atarov beklagt die Tatsache, daß die jungen Leute nicht den „Unterschied zwischen Pubertät und sexueller Reife zu kennen scheinen“ und sagt, daß sie anscheinend glaubten, „daß das bloße Vorhandensein sexueller Begierden auch gleich eine Rechtfertigung für ihre Befriedigung sei“.

Aber es gibt auch Grund zur Hoffnung: „Unter dem sowjetischen System ist die Masturbation nicht mehr ein derartiges Massenphänomen wie in der Vergangenheit.“ Aber „unglücklicherweise kommt sie immer noch vor.“ Nach Atarov gibt es verschiedene Faktoren, die diesen alarmierenden Zustand am Leben erhalten, wie z.B. „enge Bekleidung der unteren Körperpartien, die schlechte Angewohnheit von Jungen, immer ihre Hände in den Hosentaschen (siehe Bild!) oder unter der Bettdecke zu haben, wo sie sie auf den Bauch (!) legten, außerdem Verstopfung, eine volle Blase, das Lesen erotischer Bücher und die Betrachtung sexueller Aktivitäten bei Tieren.“

Wie man dieses Übel in der festgefügten russischen Gesellschaft bekämpfen soll? Hast du's erraten? Richtig! Durch „regelmäßige Mahlzeiten, harte Betten, Leibesübungen, Wandern, Sport, Gymnastik - kurz, alles, was die Aufmerksamkeit des Jugendlichen von sexuellen Beschäftigungen ablenkt.“ [37]

Wo Atarov über die Menstruation schreibt, ist er noch eifriger bei der Sache! „Unter keinen Umständen darf irgendwelche Watte oder Gaze in die Vagina kommen, wie das so viele Frauen machen.“ Vielmehr sollen „die äußeren Teile nur zweimal am Tag mit warmem abgekochtem Wasser gewaschen werden.“



Unsere politische alte Jungfer rät, daß „es jungen Leuten verboten sein sollte, in Cafes, Restaurants oder Bars zu bedienen, weil die Atmosphäre an diesen Orten sie ermutigt, voreheliche Beziehungen anzuknüpfen. Keine Krankheit“, so betont er, „wurde jemals durch Enthaltsamkeit hervorgerufen, die für Jüngere wie Altere gleichermaßen völlig harmlos ist.“

„Enthaltsam Lebende haben keine Beschwerden, sie sind voller Energie und schöpferischer Kraft. Sexuelle Promiskuität führt dagegen zu Impotenz und zu vorzeitigem Altern.“

Über Liebe, die unerwidert bleibt, schreibt Atarov: „Das ist keine große Tragödie. In der sozialistischen Gesellschaft, wo der Dienst am Volke das Hauptziel ist, sollte der unglücklich Liebende schnell darüber hinwegkommen, sofern er genügend Selbstdisziplin hat. Die Zusammenarbeit mit den Genossen sollte ihm alle Hilfe sein, die er braucht.“

In einem erschreckenden Satz faßt Atarov den Geist des Buches zusammen: „Das Gesetz kann sich nicht um jeden Fall unmoralischen Lebenswandels kümmern. Der Druck der öffentlichen Moral muß daher weiterhin die Hauptrolle spielen im Kampf gegen alle Arten von Unmoral.“ Wieder also sind Sittenpolizei und öffentliche Moral die Säulen, auf denen die Sexualunterdrückung ruht.

Die unheimliche Rückschrittlichkeit der Atarov'schen Behauptungen wird erst dann völlig deutlich, wenn man bedenkt, daß die geballte Macht des russischen Erziehungsestablishments dahintersteht: über 100.000 Exemplare der Erstauflage des Buches wurden innerhalb weniger Tage verkauft. Die „öffentliche Moral“, auf die sich Atarov bezieht, ist die, welche für kurze Zeit nach 1917 um Emanzipation kämpfte, die dann aber bald in den Sumpf der Verlogenheit und Unterdrückung zurückgezogen würde. Jetzt kann sie wieder zur Disziplinierung benutzt werden, wie seit Generationen in der Vergangenheit.

Die offizielle russische Sexualmoral - das zeigen auch andere ähnliche Veröffentlichungen zu dem Thema - erinnert heute an die „elterlichen Ratschläge“, die so um 1890 von den bürgerlichen Tugendaposteln aufgetischt wurden [38]. Alle Fetische kleinbürgerlicher Sexualmoral tauchen wieder auf - oder, allgemein ausgedrückt, alle Moraltheorien, die der Ausdruck patriarchalischer Klassengesellschaften sind. Nichts fehlt da: die ganze Rückschrittlichkeit lebensfeindlicher Ideen, protzig verkleidet als "Wissenschaft", alle alten Vorurteile, das heuchlerische Mißtrauen verschrobener unterdrückter Puritaner. Wenn die

Moral ein Überbauphänomen ist, welches von einer bestimmten Struktur der Basis abhängig ist, wie kommt es dann, daß der moralische Überbau einer "sozialistischen" Gesellschaft – und speziell ihre Sexualmoral - identisch ist mit der rigidesten bürgerlichen Sexualmoral, der bürgerlichen Moral des 19. Jahrhunderts?

Aber diese "irrationalen" Ideen haben ja nicht nur gesellschaftliche Ursachen - die wir zu zeigen versucht haben; sie haben auch eine spezielle Bedeutung und besondere Funktion. Darin ähneln sie stark der repressiven Moral, die immer noch (wenn auch an Einfluß langsam abnehmend) in denjenigen westlichen Ländern vorherrscht, die von der katholischen Kirche beherrscht werden.

Im Osten wie im Westen dient diese Ideologie dazu, den Individuen die autonome (d.h. bewußte und selbstbestimmte) Ausübung ihrer Tätigkeiten zu verwehren. Sie zielt darauf ab, die Menschen ihrer Freiheit und Verantwortung in den wichtigsten Bereichen zu berauben und sie dazu zu zwingen, sich lieber fremdbestimmten Normen und dem Druck der „öffentlichen Moral“ zu beugen, als den eigenen Maßstäben, die jede Person entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen und Erfahrungen bestimmen. Ziel dieser repressiven und entfremdenden Moraltheorien ist die Massenfabrikation von Menschen, deren Charakterstruktur sich der hierarchischen Gesellschaftsstruktur anpaßt und diese stützt. Solche Menschen akzeptieren leicht diese irrationalen Normen, weil sie die Befehle einer irrationalen Gesellschaft verinnerlicht haben, die für den Fortbestand dieser Gesellschaft unerläßlich sind. Solche Menschen ziehen sich auf kindliche Verhaltensweisen zurück, wenn sie Leuten begegnen, die Autorität verkörpern, die - auf gesellschaftlicher Ebene - für sie Mutter- oder Vaterbilder sind (d.h. Regierungsmitglieder, Unternehmer, Pfaffen und politische Rattenfänger). Auf Rußland übertragen heißt das, daß sie sich den Anordnungen des Zentralkomitees beugen, dem Zick-Zack-Weg der Parteilinie gehorsam folgen, den "heiligen" Schriften (der Klassiker) gegenüber eine religiöse Haltung einnehmen usw. Solche Menschen werden auch ängstlich auf jede Art von „Abweichung“ reagieren gegenüber jenen, die die Verhältnisse durchschauen, die nicht nur lange Haare haben, sondern die auch ebensolange nachdenken.

Anmerkungen:

+) Der Autor folgt hier konsequent Wilhelm Reich, der uns gerade in diesem Punkt kritikwürdig scheint.

Anm. 1) Siehe: Maurice Brinton: The Bolsheviks and Workers' Control 1917-1921, Solidarity-book, London 1970. Deutsch: Räte in Rußland, Verlagskollektiv Roter Oktober, Berlin 1971 (Das Vorwort erscheint erst jetzt in deutscher Sprache in Revolte, Nr.6 und Nr.7, Hamburg 1973).

Anm. 2) „Was wir also heutzutage vermuten können über die Ordnung der Geschlechtsverhältnisse nach der bevorstehenden Wegfegung der kapitalistischen Produktion ist vorwiegend negativer Art, beschränkt sich meist auf das, was wegfällt. Was aber wird hinzukommen? Das wird sich entscheiden, wenn ein neues Geschlecht herangewachsen sein wird: ein Geschlecht von Männern, die nie in ihrem Leben in den Fall gekommen sind, für Geld oder andere soziale Machtmittel die Preisgebung einer Frau zu erkaufen, und von Frauen, die nie in den Fall gekommen sind, weder aus irgendwelchen andern Rücksichten als wirklicher Liebe sich einem Mann hinzugeben, noch dem Geliebten die Hingabe zu verweigern aus Furcht vor den ökonomischen Folgen. Wenn diese Leute da sind, werden sie sich den Teufel darum scheren, was man heute glaubt, daß sie tun sollen; sie werden sich ihre eigne Praxis und ihre danach abgemeßne öffentliche Meinung über die Praxis jedes einzelnen selbst machen - Punktum.“ (F.Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW Bd. 21, S.83)

Anm. 3) Wenn er z.B. die Auswirkungen der industriellen Revolution beschreibt, die die Frauen aus ihren Heimen entwurzelte und in die Fabriken trieb, sagt Engels (in: Die Lage der arbeitenden Klasse in England 1844) daß manchmal sogar die Frauen zu Brotverdienerinnen würden, während die Ehemänner den Haushalt führten. Nach Engels war dies ein „ungesunder Zustand“, der „den Mann entmannt und die Frau

aller Weiblichkeit beraubt.“ (Die Behauptung, daß der Platz der Frau am Herd sei, hat doch manchmal recht eigenartige Fürsprecher!)

Anm. 4) Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (von 1844) Verlag Reclam jun., Leipzig 1970, S.182.

++) Wir möchten an dieser Stelle bemerken, daß wir Maurice in diesem Punkt nicht zustimmen. Wenn er diese Textstellen aus den Manuskripten als Formulierung einer Alternative bezeichnet, so ist das u.E. falsch. Marx stellt an dieser Stelle in vier Schritten einen möglichen Weg zur Aufhebung des Privateigentums und der Selbstentfremdung dar. Die obigen Zitate stammen aus dem ersten dieser Schritte, den Marx selbst als völlig ungenügend bezeichnet. im Text heißt es im Anschluß an die zitierten Sätze: „Dieser Kommunismus - indem er die Persönlichkeit des Menschen überall negiert, ist eben nur der konsequente Ausdruck des Privateigentums, welches diese Negation ist.“ Maurice schließt sich in seiner Kritik also nur dem an, was Marx selbst schreibt. Inbezug auf Engels hat er allerdings völlig recht. Red. S.P.

Anm. 5) 1916 hatte Lenin den Kapitalismus bezichtigt, „die Frau als Sklave im Haushalt zu halten, gefangen in Schlafzimmer Küche und Kinderzimmer“ (Werke XIX. S.232/33, engl. Ausgabe).

Anm. 6) Prawda vom 8.März 1921.

Anm. 7) W.Reich, „Die sexuelle Revolution“, Frankfurt/M. 1971 (nach der amerikanischen Ausgabe von 1949), S.169.

Anm. 8) a.a.0. S.161

Anm. 9) a.a.0. S.171

Anm. 10) a.a.0. S.172

Anm. 11) a.a.0. S.171

Anm. 12) W.Reich, S.170 (a.a.O.)

Maurice geht nicht über die Position von Reich hinaus. Inwiefern es aber wichtig wäre, diese zu kritisieren, wollen wir hier an einem Beispiel zeigen: „Die Gesellschaft“, die bei Reich alternativ zur Familie Sorge für soziale Sicherheit etc. tragen soll, ist nur ein anderer (komplementärer) „Vertreter der Gesellschaft“: der Staat. Die Sache ist aber die, daß die Gesellschaft heute selbst gerade in der Form der Familie (als Familiengesellschaft, nicht „vertreten durch die Familie“) soziale Sicherheit etc. vermittelt und daß es diese Form selbst zu revolutionieren gilt. Die Vorstellung, daß „die Gesellschaft“ als außerhalb der Familie begriffene Instanz die Sorge für die soziale Sicherheit übernehmen könnte bzw. sollte, führt in der Konsequenz nicht, zur Emanzipation der Individuen von Vaterfiguren und Konkurrenzverhalten um deren Gunst sondern zur Perpetuierung dieses Verhaltens dem anderen zur Familie komplementären) Vater gegenüber, dem Staat. Red. S.P.

Anm. 13) W.Reich, a.a.O., S.163

Anm. 14) W.Reich, a.a.O., S.184

Anm. 15) W.Reich, a.a.O., S.164

Anm. 16) Voprosy byta, Moskau 1923 (englische Ausgabe 1924)

Anm. 17) W.Reich, a.a.0. S.175

Anm. 18) A.Kollontai: Novaya moral i rabochi klass (Die neue Moral und die Arbeiterklasse), Moskau 1919 (zit. nach W.Reich, a.a.O., S.173 ff.)

Anm. 19) W.Reich, a.a.O., S.175/76

Anm. 20) W.Reich, a.a.0. S.176

Anm. 21) W.Reich, a.a.0. S.176

Anm. 22) W.Reich, a.a.0. S.176

+++) „Die Revolution kommt nicht eines Tages; sie ist eine Veränderung, die sofort und in allen Einzelheiten des Lebens einzuführen ist!" zit. nach: Wandparolen des Mai '68 Paris, MAD Falttext Nr. 3, Hamburg, ohne Jahresangabe. Red. S.P.

Anm. 23) W.Reich, a.a.0., S.162

Anm. 24) Clara Zetkin: Erinnerungen an Lenin, Dietz Verlag Berlin DDR 1961, S.69/70. Das Buch wurde 1924/25 geschrieben, kurz nach Lenins Tod. Clara sprach mit Lenin im Herbst 1920 im Kreml.

Anm. 25) C.Zetkin: a.a.O. S.66

Anm. 26) Dies., a.a.O.S.69

Anm. 27) Dies., a.a.O.S.65/66

Anm. 28) Dies. S.65

Anm. 29) Dies. S.73

Lenins Metaphern "Straßenkot" und "Pfütze" entlarven ihn auf zwei Ebenen:

erstens sagt er damit, daß Sex an sich etwas Schmutziges ist, und zweitens zeigen sie seine Auffassung insofern, als für ihn geschlechtliche Beziehungen mehr dem Verhältnis zu einem Ding - Wasser - ähneln, als dem Verhältnis zu einem anderen menschlichen Wesen. Es stimmt schon, daß der zweite Punkt gemildert wird durch Lenins spätere Feststellung "Zur Liebe gehören zwei, und ein drittes, ein neues Leben kann entstehen." (Zetkin, a.a.0..S.74), aber das erste Bild spukte eben auch dann noch in den Köpfen der Leute weiter, als die Erläuterung dazu schon längst vergessen war.

„In der Einrichtung der Ehe hat Gott zwei der größten menschlichen Realitäten weise miteinander vereinigt: die Aufgabe, das Leben weiterzugeben und die Liebe

zwischen Mann und Frau.“ (Papst Paul VI in: Jean Guitton, Dialog mit Paul VI, Molden Verlag Wien / Fischer, Frankfurt/M. 1969) Red. S.P.

Anm. 30) W.Reich, a.a.0. S.178/79

Anm. 31) Ders. ,a.a.0. S.172

Anm. 32) W.Reich, S.192

Anm. 33) zit. nach Reich, S.179

Anm. 34) Das Märchen, daß das Austragen des Kindes und die Geburt für die Frau die Erfüllung ihres Schicksals bedeuten, ist eines der hartnäckigsten und gefährlichsten Märchen, die die Frau gefangenhalten. Es hat sogar auf die Kinder schädliche Auswirkungen. Die Situation wird recht gut durch die folgenden Sätze dargestellt, die aus einem Artikel von Laurel Limpus stammen (Liberation of Women, Sexual Repression and the Family, Agit Prop, 160 North Gower St., London NW 1) :

„Kinder zu haben ist kein Ersatz dafür, ein eigenes Leben zu führen und selbst zu handeln. Da aber so viele Frauen in unserer Zivilisation sich nichts anderem widmen, fallen sie ihren Kindern in unerträglicher Weise zur Last, weil diese Kinder in Wirklichkeit i h r ganzes Leben sind.

Juliet Mitchell (Women: The longest Revolution) trifft die Situation genau: In der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet Arbeit Entfremdung bei der Herstellung eines gesellschaftlichen Produkts, welches sich der Kapitalist aneignet. Aber immer noch kann es manchmal ein echter Schöpfungsakt sein, gewollt und verantwortet, selbst unter den Verhältnissen der schlimmsten Ausbeutung. Mutterschaft ist häufig eine Karikatur dieser Verhältnisse. Das biologische Produkt - das Kind - wird oft behandelt, als sei es ein Arbeitsprodukt. Elternschaft wird zum Ersatz für Arbeit; ein Vorgang, bei dem das Kind als Objekt betrachtet wird, das die Mutter geschaffen hat, genauso wie ein Arbeiter ein Produkt hergestellt hat ... Als autonome Person muß das Kind selbstverständlich jene Haltung infragestellen, die es immer wieder zu einem Eigentum der Eltern machen will. Eigentum wird als Verlängerung des eigenen Selbst angesehen. Als solches Eigentum wird das Kind in erster Linie betrachtet. Alles, was das Kind tut, ist daher eine Bedrohung der Mutter die durch Fehlplanung der reproduktiven Rollen auf ihre Selbständigkeit verzichtet hat.“

Anm. 35) Friedrich Engels hatte in "Grundsätze des Kommunismus" (Dietz Verlag Berlin DDR 1972, S.30) geschrieben, daß „die kommunistische Gesellschaftsordnung ... das Verhältnis der beiden Geschlechter zu einem reinen Privatverhältnis machen (wird), welches nur die beteiligten Personen angeht und worin sich die Gesellschaft nicht zu mischen hat."

++++) Papst Paul VI: „Die Kirche ist stolz darauf, die Würde und Freiheit der Frau gefördert zu haben. Sie ließ - trotz aller natürlichen Verschiedenheit - ihre Gleichheit mit dem Mann im Laufe der Jahrhunderte aufleuchten.“ (in Jean Guitton a.a.O.) Red. S.P.

Anm. 36) siehe: Sexual Thermidor, Solidarity Vol. 4 No.8, Juli 1967.

Anm. 37) Auch Lenin hatte gesagt: "Ein gesunder Sport, Turnen, Schwimmen, Wandern, Leibesübungen jeder Art, Vielseitigkeit der geistigen Interessen! ... Das alles wird der Jugend mehr geben als die ewigen Vorträge und Diskussionen über sexuelle Probleme und das sogenannte Ausleben. Gesunder Körper, gesunder Geist!“ (Zetkin, a.a.O., S.74)

Anm. 38) Ein Großteil der zeitgenössischen russischen Abhandlungen über die Sexualität lesen sich wie die Werke Baden-Powells (General und Leiter der englischen Pfadfinderbewegung), wobei nur ab und zu das Wort "Sozialismus" zwischen Begriffe wie „Pflicht“, „Staatstreue“, „Disziplin“, „Dienst“ und „Vaterlandsliebe“ gestreut ist.

ZUR CHRONIK DES STREIKS AN DER FU: DOKUMENTATION ZUR ENTWICKLUNG AM FB 10

Der Senat von Berlin will das Berliner Universitätsgesetz von 1969 novellieren. Nach dem Referentenentwurf zur Novellierung übernimmt der Senat zusätzlich zur Rechtsaufsicht auch die Fachaufsicht über die Universität. Die Wahl des Präsidenten bedarf der Zustimmung des Senators für Wissenschaft und Kunst (im folgenden kurz: Wiku). Der Wiku hat die Möglichkeit, jederzeit in die Angelegenheiten der Uni einzugreifen. Das Recht auf freie Wahl des Prüfers wird abgeschafft. An die Stelle tritt eine Prüfungskommission, auf deren Zusammensetzung der Examenskandidat keinen Einfluß hat. Das Ordnungsrecht wird verschärft. Zur Aufrechterhaltung des Anspruchs der Autonomie der Universität werden die 1969 eingerichteten Selbstverwaltungsgremien der Uni beibehalten (mit Veränderung der Paritäten zugunsten der Hochschullehrer). Die Gremien sind jedoch praktisch funktionslos, da der Wiku sich vorbehält, alle ihm nicht genehmen Entscheidungen dieser Gremien zu widerrufen und an deren Stelle zu entscheiden.

Gleichzeitig mit der Vorlage dieses Entwurfs veröffentlichte der Senator für Schulwegen einen Plan (Löffler-Plan) zur Reglementierung des Studiums der Lehramtskandidaten. Bisher konnte der Examenskandidat praktisch zwei Dozenten als Vertreter der Hochschule in der Prüfungskommission selbst wählen. Nach dem Löffler-Plan soll das nur noch für einen Dozenten gelten, während der andere Dozent (wegen des Pluralismus) vom Senat bestimmt wird.
Für jede Hausarbeit soll neuerdings ein Zweitgutachten erforderlich sein.

Das ebenfalls in dieser Zeit vorgelegte Studentewerksgesetz ist inzwischen verabschiedet und in Kraft getreten. Danach ist das Studentenwerk (Bafög, Wohnheime, Zimmer- und Arbeitsvermittlung), das bisher von der Uni selbst verwaltet wurde, in die Hände des Senats übergegangen.

In dieser Situation, in der der Staat versucht, die Hochschulen zu formieren, beschloß im November 1972 die PH Berlin den Streik gegen den Löffler-Plan. Die meisten Hochschulen schlossen sich an.

Da von den Formierungsplänen auch die Dozenten und der Mittelbau betroffen werden (nach dem Löffler-Plan sollte nicht jeder Dozent prüfen dürfen, sondern die Prüfungsberechtigung sollte das Landesprüfungsamt an ausgewählte Dozenten verleihen), verhielten sich beide Gruppen wohlwollend gegenüber den studentischen Kampfmaßnahmen bzw. unterstützten sie aktiv.

Nach der Tradition der Studentenbewegung ist das studentische Beschlußorgan an der FU die Vollversammlung (VV) an jedem Fachbereich [+)], ohne indes rechtlich fixiert zu sein. Im Wintersemester 1972/73 wurden nach dem Streikbeschluß auf den Vollversammlungen Streikräte für den jeweiligen Fachbereich gewählt. Diese dezentralen Streikräte (DSR) bestimmten ihre Vertreter für den Zentralen Streikrat (ZSR). Der Zentrale Streikrat entsandte wiederum Vertreter in ein „Regionales Organisationskomitee“ (ROK). Im ROK saßen Vertreter aller am Kampf beteiligten Ausbildungsstätten.

Aber schon die Vertreter im DSR wurden gewählt, ohne daß ihre Aufgaben auf der VV diskutiert worden wären. Der Streikrat erhielt kein Mandat zur Durchführung einer speziellen Aufgabe, sondern allgemeine Vollmachten, auch die der Beschlußfassung. Schon der DSR war so nicht delegiert für eine besondere Tätigkeit, sondern er wurde gewählt als Repräsentant des Willens der VV, als Stellvertreter.

Auch die Mitglieder der anderen Gremien (ZSR, ROK) wurden bestimmt, ohne daß ihre spezifischen Aufgaben Gegenstand der Diskussion der VVs gewesen wären. Damit entfiel die Möglichkeit der unmittelbaren Kontrolle dieser Gremien. Je weiter entfernt ein Gremium von der einzelnen VV, desto umfassender sein Allgemeinheitsanspruch, desto prinzipieller damit seine Beschlüsse und Empfehlungen. Jedes dieser Gremien über der Fachbereichsebene trat der einzelnen VV als Repräsentant des Willens der Allgemeinheit gegenüber, ohne daß die wirkliche Allgemeinheit, die Gesamtheit aller VVs, den Inhalt dieser Gremien bestimmt hätte. Der Rahmen, in dem sich die Beschlüsse der einzelnen VV bewegen konnten, war damit abgesteckt. Ein großer Teil der Aufgaben der VVs bestand in der Akklamation der getroffenen Entscheidungen oder im Räsonieren darüber.

Da jeder Beschluß des jeweils „höheren“ Gremiums jenseits des Horizonts des jeweils „niedrigeren“ Gremiums und deshalb außerhalb dessen Beurteilungskriterien lag, wurden die jeweils „niedrigeren“ Gremien zu Vermittlern der Ansichten, Empfehlungen und Beschlüsse des „höheren“ Gremiums gegenüber den jeweils noch tieferen Instanzen, letztlich der VV.

Die Meinungen über die Kampfziele waren von Anfang an verschieden. Auf der einen Seite wurde der beschlossene Streik lediglich als (von vornherein kurzfristiger) Warnstreik verstanden, während andere in ihm das Kampfmittel gegen den gesamten Löffler-Plan und die Novellierung sahen. Eine dritte Meinung war, es sei nur möglich, Teile der Senatspläne zu bekämpfen, weil eine völlige Zurücknahme illusorisch sei. Die vorherrschende Einstellung zum Kampf drückte sich aus in dem Slogan: „Weg mit (bzw. Kampf) dem Löffler-Plan (bzw. der Novellierung)“.

Das Kampfkonzept war ein „aktiver Streik“. Darunter wurde verstanden, daß während der Zeit des Streiks der Lehrbetrieb ruhte. Stattdessen sollten Arbeitsgruppen zusammentreten, um zu bestimmten Themen (z.B. Was bedeutet die Novellierung) zu arbeiten. Im allgemeinen beteiligte sich jedoch nur ein Bruchteil der Studenten, die auf den VVs für den Streik gestimmt hatten, an diesen Arbeitsgruppen. Zu Streikbruch allerdings kam es nur in wenigen Fällen. Die Studenten hielten sich offensichtlich an ihren Streikbeschluß, sahen aber in den "Aktivitäten" der Arbeitsgruppen keinen Sinn.

Im Verlauf des Streiks kam es zu mehreren Polizeieinsätzen an PH und FU. Nach den Weihnachtsferien wurde der Streik auf Empfehlung des ROK geschlossen beendet, zum einen wegen der mangelnden Aktivität der Studenten, zum anderen, weil einige Fachbereiche ihren Streikbeschluß aufhoben. Das Ergebnis des Streiks waren ein paar windelweiche Zusagen Löfflers. Es war allerdings klar, daß im Sommersemester erneut Kampfmaßnahmen bevorstanden.

Während des Streiks des Wintersemesters zeichnete sich eine Tendenz ab, die sich während des Sommersemesters 1973 verstärkte: derjenige Teil der Studenten, der nicht in den ML-Organisationen einerseits (ADS/SEW, KSV, MLH) oder in den Organisationen der Uni-Leitung (Reformsozialisten) organisiert war, begann seine eigenen Interessen selbst zu artikulieren. Diese Artikulation bewegte sich zunächst noch in der bloßen Ablehnung der Bevormundung durch die „Organisationen“, d.h. sie hatte selbst noch keine neue Position gewonnen. Der Gegensatz „Organisation - Nichtorganisierte“ (s. Schwarze Protokolle Nr. 3 „Fu-Flugblatt: Für eine neue Phase der Studentenbewegung“) ist Ausdruck einer noch unklaren Kritik, die gerade erst gesehen hatte, daß die „Organisationen“ bevormunden, aber noch nicht wußte, daß die Bevormundung Folge des bestimmten Charakters der Organisation mit einem bestimmten Inhalt war, d.h. daß man sich sehr wohl selbst organisieren kann, ohne anderen mit dem Anspruch der besseren höheren Einsicht gegenüberzutreten; d.h. die Kritik blieb noch in den Maßstäben von Organisierung, wie sie von den kritisierten Organisationen gesetzt worden waren, befangen.

Resultat dieses begrenzten Emanzipationsprozesses während des Wintersemesters war lediglich, daß die jeweils am wenigsten dogmatische Resolution - dogmatisch waren sie alle - angenommen wurde und daß das Recht „der Organisationen“, schon von vornherein einen Sitz im Streikrat sicher zu haben, infrage gestellt wurde. An verschiedenen Fachbereichen wurden erstmals mehr „Nichtorganisierte“ als Organisationsvertreter in die Streikräte gewählt. Eine Funktionsänderung der Streikräte ergab sich daraus allerdings nicht, da auch diese Vertreter kein imperatives Mandat erhielten.

+ + +

Bereits während der Semesterferien vor dem Sommersemester 1973 fand sich am Fachbereich 10 der FU (Wirtschaftswissenschaften, ehemals WiSo) eine Gruppe zusammen, die zu einem Teil aus Mitgliedern der MLHÖk [++)] bestand, zum anderen aus ehemaligen Sympathisanten bzw. „Unorganisierten“. Zu diesem Zeitpunkt bestanden in der MLHÖk bereits tiefgehende Differenzen über die Politik dieser Organisation. Diese Auseinandersetzungen waren auch Ausgangspunkt der Diskussionen der neukonstituierten Gruppe. Sehr bald wurde aus der Kritik einzelner Aktionen der MLHÖk und einzelner Verhaltensweisen innerhalb der Organisation (repressives Verhalten einiger „Altgedienter“ mittels einer verpflichtenden

"einheitlichen Linie") eine prinzipielle Kritik an Form und Inhalt von ML-Organisationen. Es war den Mitgliedern der Gruppe nicht länger einsichtig, warum die Vertretung eigener, studentischer Interessen notwendig eine mindere sozialistische Qualität haben sollte und zu ihrer Vollgültigkeit der Vermittlung einer besonderen (und sei es auch nur einer studentischen) Avantgardeorganisation bedürfe, durch deren Tätigkeit allein studentische Kämpfe auf die Ebene der „Bündnisfähigkeit" gehoben werden könnten. Diese Kritik hatte zur Folge, daß die Gruppe ihre Vorstellungen primär aus ihrer eigenen unmittelbaren Situation entwickelte, anstatt sich ihre Handlungen von gesamtgesellschaftlichen Einschätzungen und Klassenanalysen der Studenten vorschreiben zu lassen.

Ostern 1973 wurden die Mitglieder der Gruppe, die noch in der MLHÖk organisiert waren, aus dieser Organisation ausgeschlossen. Eine wesentliche Begründung war, daß sie nicht mehr auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus (also des Marxismus-Leninismus) stünden.

Mit Beginn des Sommersemesters flammte die Diskussion über Sinn und Ziel studentischer Kampfmaßnahmen gegen Löffler-Plan und Novellierung wieder auf. Der Verlauf des letzten Streiks hatte Zweifel daran geweckt, ob es sinnvoll sei, erneut einen Kampf gleicher Form und gleichen Inhalts- aufzunehmen: einen Kampf, in dem lediglich passiv der bürgerliche Lehrbetrieb verweigert würde. In einigen Teilen der Uni wurde versucht, den Mangel an eigenen positiven Forderungen und Zielvorstellungen, die eine Anderung der Kampfformen bedeuten würden, zu umgehen, indem vorgeschlagen wurde, die bisherige Kampfform so lange beizubehalten, bis die Verweigerung des Studiums die Planungen des Senats (Numerus clausus) über den Haufen werfen würde (Semesterstreik).

In der Gruppe an der WiSo (die sich von ihrem ersten Flugblatt an „Ökonomen-Kollektiv" nannte) führte die Diskussion zu einigen prinzipiellen Überlegungen zu verschiedenen Kampfformen.

Diskussionsvorlage ... Diskussionsvorlage ... Diskussionsvorlage... Diskussionsvorlage...

Kampf am Markt, in der Politik oder um die Produktion?

1. Der Streik

ist der Versuch der Arbeiter, die Verhandlungen über den Marktpreis der Ware Arbeitskraft in ihrem Sinne günstig zu beeinflussen. Sie stellen die Lieferung der einzigen Ware, die sie

verkaufen können, so lange ein, bis der Abnehmer bereit ist, einen sie zufriedenstellenden Preis zu zahlen. Marxistisch: sie verweigern dem Kapitalisten den Gebrauchswert der Arbeitskraft, so daß dieser gezwungen ist, den notwendigen Tauschwert zu zahlen. Es ist ein Kampf um den Marktpreis einer Ware am sui generis bürgerlichen Markt. Dieser Kampf birgt umso weniger Möglichkeit in sich, den Anteil der Arbeiter am Gesamtertrag zu vergrößern, und das hieße die Profite schmälern, je mehr die Märkte monopolisiert sind und damit ein Überwälzen der gestiegenen Lohnkosten auf die Preise jederzeit möglich ist.

Der Streik transzendiert das kapitalistische System in keiner Weise, sondern gehört notwendig zu ihm und ist im Grundgesetz verankert (damit soll um Himmels willen einem Arbeiter das Recht abgesprochen werden, für höheren Lohn zu kämpfen). Studenten verkaufen als Studenten ihre Arbeitskraft nicht, daher können sie im obigen Sinne nicht streiken. Würden die Dienstkräfte nicht für höhere Löhne, sondern gegen die Novellierung streiken, wäre das ein politischer Streik.

2. Der politische Streik

geht nicht um den Marktpreis der Arbeitskraft, sondern wendet sich an den politischen Repräsentanten des Allgemeinen, gemeinhin also den Staat, eine bestimmte politische Veränderung zu unternehmen bzw. zu unterlassen (letzteres wohl öfters). Eine entscheidende Frage für die Gewerkschaften der BRD ist, ob der politische Streik legal sei, da er der unabhängigen Volksvertretung Partialinteressen mit „undemokratischen" Mitteln versuche aufzuzwingen. Wesentlich war der Streik gegen die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes, er scheiterte. Im politischen Streik wird zwar eine bestimmte Maßnahme bekämpft bzw. gefordert, er wendet sich jedoch gerade an den Staat, der den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bildet und sie garantiert. Auf eine einzelne Maßnahme hin kann er bei genügendem Druck erfolgreich sein, das System als ganzes stellt er nicht in Frage.

Die studentischen Streiks können am ehesten wohl als politische Streiks begriffen werden, z.B. Forderung nach Drittelparität, nach Berufung eines marxistischen Profs etc. Sie waren umso erfolgreicher, je weniger sie bei der Forderung nach oder gegen etwas stehen geblieben sind, sondern angefangen haben, das selbst zu tun, was sie forderten, z.B. kritische Wissenschaft betrieben und sich selbst bestimmten, also den Kampf um die Produktion aufgenommen haben.

3. Der Kampf um die Produktion,

um die lebendige, aktuelle Produktion, bedeutet die Veränderung der Produktionsweise und ist damit der Gegensatz zum Kampf am Markt. Zumindest die moderne (kapitalistische in jeder Form) Klasserinerrsciiaft besteht darin, daß die Verantwortung für und die Planung und Organisierung der Produktion die ausschließliche Funktion der herrschenden Klasse ist. Der Kampf um die Produktion besteht also darin, d7aß -die Produzenten sich diese Funktion selbst aneignen, d.h. sich nicht mehr von anderen organisieren lassen, (vom Kapitalisten, Bürokraten oder deren Wasserträgern), sondern sich selbst organisieren, natürlich zwecks Produktion, von was auch immer, seien es Autos, Wissenschaft oder tägliches Leben (Wohngemeinschaften), sich nicht mehr von anderen vorschreiben lassen, was zu tun ist, sondern das tun, was sie für richtig halten. Dadurch werden die Funktionen, die bisher die herrschende Klasse als gesonderte innehatte, unmittelbar vergesellschaftet, damit ist die herrschende Klasse ohne Funktion: es gibt sie also nicht mehr. Die bisherigen Revolutionen waren in diesem Sinn keine proletarischen Revolutionen, es gibt kein positives historisches Vorbild, jedoch die fortgeschrittensten Arbeiterkämpfe, z.B. Italien (Pirelli), zeigen die Tendenz an.

Für eine Bewegung an der Hochschule, die sich inhaltlich mit der Arbeiterbewegung eins weiß, heißt das: nicht dumme Kopierung eines Preisstreiks, noch ein politischer Streik, der an den politischen Repräsentanten der Klassengesellschaft (in einer klassenlosen gibt es keinen politischen Repräsentanten) fixiert bleibt, sondern Kampf um die Produktion von Wissen und Wissenschaftlern, Einüben dar Solidarität und

der Verkehrsformen, die für die neue Produktionsweise notwendig sind und aus ihr entstehen. Das heißt an der Uni kritische Wissenschaft (auch eben keine Marx-Dogmatik, sondern radikale Kritik alles Bestehenden) in neuen Verhaltensformen der (bisher geschiedenen) Lehrenden und Lernenden und der (bisher nichtwissenschaftlichen) Dienstkräfte.

Der Kampf um die Produktion beginnt während und innerhalb der bisherigen Produktion, d.h. hier innerhalb des bisherigen Unibetriebs, nur in und gegen diesen können die Fähigkeiten, selbst zu produzieren, entwickelt werden, als praktische Kritik an der entfremdeten Produktion. Wird ein Streik ausgerufen und die Uni lahmgelegt, bevor der Kampf sich so weit entwickelt hat, daß die Produktion von Wissen dann in neuer Form weitergeht, lähmt der Streik eben diesen Kampf und die Entwicklung.

Ist der Kampf um die Produktion in diesem Teilbereich der Gesellschaft (hier Uni) zeitweilig siegreich, kann und wird er zurückfallen in einen politischen Streik, wenn nicht auch in anderen Bereichen der Gesellschaft der Kampf um die Produktion aufgenommen wird. Der politische Streik hat dann aber die größten Chancen, erfolgreich zu sein, weil die Herrschenden schnell werden Frieden stiften wollen, wenn sie sehen, daß die Unterdrückten beginnen, den Kampf um das alles entscheidende, nämlich um die Produktion, aufzunehmen.

Diskussionsvorlage ... Diskussionsvorlage ... Diskussionsvorlage ... Diskussionsvorlage...

Dieses war der Diskussionsstand des Ökonomen-Kollektivs, als die erste VV stattfand, auf der über einen Streik beschlossen werden sollte. Auf der einen Seite sah das Kollektiv also die Notwendigkeit, die bisherige Kampfform Streik zu ändern, auf der anderen Seite war es selbst noch nicht über allgemeine Überlegungen zur Richtung dieser Änderung hinausgelangt. Es bestand also für das Kollektiv ein unmittelbares Interesse, auf der VV mit den anderen Studenten zusammen Alternativen zu diskutieren. Die Form der VV, wie sie seit mehreren Jahren eingefahren war, verhinderte jedoch gerade diese offene Diskussion. Die Tagesordnung war immer schon vor Beginn der VV festgelegt, die Rednerliste wurde nicht jeweils zu einem Punkt der Tagesordnung eröffnet, sondern stand meistens bereits mit Beginn der VV für alle Tagesordnungspunkte fest und war dann so lang, daß innerhalb von 2-3 Stunden niemand weiter zu Wort kam. Der Inhalt der Redebeiträge bestand zu Beginn einer jeden VV aus allgemeinen Einschätzungen der Lage, ging dann über zu gegenseitiger Beschimpfung der Organisationen und endete mit dem Verlesen und Verabschiedenlassen von Resolutionen. Um dem eigenen Bedürfnis nach Diskussion nachzukommen, mußte das Kollektiv also zunächst den bisherigen (und auch für diese VV geplanten) Ablauf der VV infrage stellen.

Durch Geschäftsordnungsanträge und Zwischenrufe gelang es immerhin, sowohl die langweilenden Organisationsbeiträge zur allgemeinen Lage zu verhindern als auch das Aufstellen der Rednerliste erst mit Beginn des jeweiligen Tagesordnungspunktes transparent zu machen. Es gelang jedoch nicht, den erwünschten Diskussionsprozeß zu initiieren, Der wichtigste Grund dafür war wohl, daß die Aussagen des Kollektivs nicht konkret genug waren und daher leicht als allgemeines Lamento denunziert werden konnten. Das Kollektiv handelte sich auf dieser VV wegen seines Vorgehens gegen den Ablauf der VV den Vorwurf ein, es habe

lediglich destruktiv gewirkt und ein Chaos herbeigeführt. „Die Kampffront geschwächt zu haben“, war ein spezieller Vorwurf der ML-Organisationen an das Kollektiv. Die VV beschloß einen Streik nach dem Muster des Wintersemesters.

Konzept eines Redebeitrages des Kollektivs auf der VV

Es soll heute lt. Tagesordnung über einen Streik beschlossen werden. Über die Art des Streiks hören wir bereits seit November letzten Jahres, daß es ein aktiver sein soll. Während des letzten Streiks war das ROK sehr aktiv, doch offenbar können wir mit dieser Art Aktivität wenig anfangen: die Aktivität der nicht gerade in den Streikrat oder ähnliche Gremien gewählten Studenten, also der Mehrheit von uns, bestand darin, zu Hause zu bleiben. Ich glaube, daß unsere Passivität u.a. durch die Aktivität des ROK u.ä. bedingt war.

Eine solche Art von Streik können wir uns schenken. Es bringt uns überhaupt nichts, den Streik zu beschließen, den Streikrat werkeln zu lassen (der Streikrat wurde sinnigerweise bereits eine Woche vor der Streikentscheidung gewählt) und ansonsten den Verlauf des Streiks zu Hause über die Zeitung zu verfolgen. Der Streik kann nicht bloß beschlossen werden, er muß vor allem gemacht werden. D.h. wir müssen uns in die Lage versetzen, während des Streiks bestimmte Aktionen zu beraten und durchzuführen. D.h., daß wir zusammenbleiben in den Arbeitszusammenhängen dort, wo der Kampf stattfindet, nämlich hier am FB. D.h., daß sich Leute, die zu einem bestimmten Problem zusammen arbeiten wollen, hier am FB treffen. D.h. insgesamt, daß wir uns während des Streiks den FB nicht selbst aus der Hand nehmen, indem wir ihn verbarrikadieren.

Es ist klar, daß alle Veranstaltungen als Lehrveranstaltungen ausfallen. Wir gehen beim Offenhalten des FBs für unsere Diskussion und Aktionen das Risiko ein, daß Dozenten sich nicht an den VV-Beschluß halten. Diese Dozenten müssen besucht werden. Das kann nicht ein paar Streikposten alter Tradition überlassen werden, und auch nicht dem Streikrat. Das müssen wir alle tun. Dazu müssen wir einen Zeitplan aufstellen, in dem sichergestellt sein muß, daß zu jeder Zeit des Tages ausreichend Leute am FB sind. Es muß klar sein, daß jeder, der für Streik stimmt, seinen Beschluß auch durchsetzen muß. Ohne das findet kein Streik statt. Der Streik ist lediglich der formale Rahmen, der uns die Möglichkeit gibt, weitere Maßnahmen zu erarbeiten und hier vom FB aus durchzuführen. Genauso wichtig wie das Umfunktionalisieren der Lehrveranstaltungen ist daher, daß sich alle jene, die streiken wollen, die etwas gegen die Novellierung unternehmen wollen, hier am FB einfinden, um gemeinsam herauszufinden, was getan werden kann. Dazu wären hier auf der VV Treffen zu verabreden, bzw. als Anlaufstelle für solche Treffen wäre ein Kommunikationsraum einzurichten. Ein neu zu wählender Streikrat hätte lediglich technische Koordinationsfunktion. Seine Funktionen sind ihm konkret zu benennen, z.B. Raumvergabe, Einberufung einer neuen VV.

In der folgenden Streikwoche stand die Diskussion innerhalb des Kollektivs im Wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten:

1) es mußte eine Kampfform gefunden werden, die es gerade auch im Kampf möglich machte, eine selbstbestimmte sinnvolle Arbeit zu leisten;

2) die bloße Ablehnung der Novellierung des Unigesetzes von 1969 bedeutete implizite die Anerkennung dieses Unigesetzes selbst. Da dieses Gesetz alles andere

als die Erfüllung unserer Interessen ist (z.B. fällt es selbst noch hinter die ehemaligen studentischen Forderung nach Drittelparität zurück), mußte in die Kritik an der Novellierung auch die Kritik am bestehenden Unigesetz einbezogen werden.

Resultat dieser Überlegungen war ein Flugblatt zur nächsten VV, in dem die Form des Kampfes gegen die Novellierung selbst schon als Kampfansage an die bestehende Unistruktur dargestellt ist.

WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt... WiSo-Flugblatt

Was läuft falsch und warum?

Der Streik ist anders verlaufen, als die VV ihn sich vorgestellt hatte. Es sollte ein „aktiver“ Streik sein, doch die Aktivität der meisten Studenten bestand - wie schon im letzten Semester - darin, zu Hause zu bleiben. Diese Form des Kampfes entspricht seinem tatsächlichen Inhalt, der Zielsetzung, unter der der Streik gelaufen ist: "Weg mit...!"

Die bloße Ablehnung des Referentenentwurfs bedeutete positiv nicht mehr als die Forderung nach der Erhaltung des status quo. Hierzu ist folgendes zu sagen:

Zunächst einmal ist die Erhaltung des status quo nicht möglich! Die Unistruktur ist den gesellschaftlichen Bedürfnissen, denen sie gerecht werden soll, längst disfunktional geworden. Eine Sprengung dieser Struktur ist unumgänglich. Die Frage ist nur: wie geschieht sie und von wem bestimmt, bzw. wer artikuliert die gesellschaftlichen Bedürfnisse, die die Uni zu befriedigen hat?

In Löffler-Plan, Referentenentwurf und Hochschulrahmengesetz tritt der Staat der Universität entgegen als Vertreter der allgemeinen Interessen der Gesellschaft. Stein will - allgemein gesprochen - praxisnähere Ausbildung, direkteren Bezug Uni - Gesellschaft, Verringerung der toten Kosten. Auf dieser abstrakten Ebene sind wir mit ihm einig.

Wir sind jedoch der Ansicht, daß konkret Praxisnähe, Bezug Uni - Gesellschaft und Verringerung der toten Kesten von der Staatsbürokratie nicht im wirklichen Interesse der produzierenden Gesellschaft, also auch nicht in unserem Interesse, definiert werden können; die Staatsbürokraten, die Stein und Löffler, gehören selbst zu den toten Kosten. Das heißt, daß die an der Uni Arbeitenden sich selbst unmittelbar mit allen gesellschaftlichen Bereichen, die in Beziehung zu den Studieninhalten stehen, in Verbindung setzen müssen.

Aus einer solchen, nicht über den Staat vermittelten, direkten Kommunikation der "Theorie" mit der "Praxis" ergibt sich natürlich auch eine Veränderung der Theorie. Hier - bei der Neufassung des Lehrstoffs - können wir jetzt schon beginnen.

Aus der positiven Formulierung unserer Ziele folgt zwangsläufig eine Veränderung der Kampfformen.

Es ist sinnlos, neben dem bürgerlichen Lehrbetrieb und der bürgerlichen Unistruktur die Uni auch noch als Gebäude zu bestreiken. In der bisherigen Form ist der Streik bloße Verweigerung. Die bürgerlichen Lehrinhalte und die Arbeitszusammenhänge, in denen sie vermittelt werden, werden für die Dauer des Streiks unverändert auf Eis

gelegt. Das entstehende Vakuum sollte durch AGs gefüllt werden. Die AGs täuschen jedoch lediglich über den passiven Charakter des Streiks hinweg und bleiben reine Beschäftigungstherapie. Dementsprechend gering ist das Engagement und der Arbeitseinsatz der Studenten.

Unser Ziel ist es nicht, die bürgerlichen Lehrformen und -inhalte zeitweilig außer Kraft zu setzen, sondern sie selbst zu verändern.

Unsere Forderung: die VV beschließt nicht die Lahmlegung des herkömmlichen Lehrbetriebs, sondern einen anderen Lehrbetrieb.

Konkret:

Zeit und Ort der Veranstaltungen des bürgerlichen Lehrbetriebs bleiben bestehen. Die Teilnehmer jeder Veranstaltung entscheiden über den zu behandelnden Gegenstand. Der Gegenstand hat sich zu bewegen im Rahmen der von der VV beschlossenen Themenkreise.

Alle Unimitglieder werden von der VV aufgefordert, an den Veranstaltungen teilzunehmen.

Die bestehenden AGs werden aufgelöst. Ihr Inhalt kann Gegenstand von Diskussionen in den Veranstaltungen sein.

Zusammenlegen inhaltlich identischer oder sich ergänzender Veranstaltungen ist möglich, z.B. Propädeutik. Zur Erarbeitung von bestimmten Themenkreisen ist es sinnvoll, die betreffenden Leute aus den entsprechenden Bereichen (z.B. Handelslehrer, Betriebsräte, Wirtschaftsjournalisten etc.) in die Arbeit einzubeziehen.

Zur technischen Koordination des Studien- und Aktionsbetriebes wird ein Koordinationsausschuß gebildet.

In der Anlaufphase dieses von Studenten organisierten Studienbetriebes werden wöchentlich 2 VVs einberufen.

Die VV ist Beschlußorgan aller den gesamten Fachbereich betreffenden Angelegenheiten. Assis, Profs und Dienstkräfte werden aufgefordert, an den VVs gleichberechtigt teilzunehmen.

Eine zeitliche Begrenzung dieses Konzepts erübrigt sich, da seine Durchführung direkt von der Aktivität aller Studenten abhängt.

Vorschläge zu Themenkreisen

I a) Kampfformen der Arbeiterbewegung im historischen Ablauf

b) Kampfformen der Studentenbewegung

c) Vermittlungsprobleme Uni - Gesellschaft Stellung der Uni in der Gesellschaft (Militärakademie, Ausbildungskonzeptionen)

II. Berufsperspektive

a) Schule

b) Betrieb

c) betriebliche wissenschaftliche Ausbildung

III Kritik der politischen Ökonomie, der Formen ihrer Vermittlung (Rolle der Dozenten als Ideologieträger)

IV Fachspezifische Probleme

a) Jura

z.B.: Ist die Novellierung verfassungswidrig? (Interpretation des Art. 5 GG)

z.B.: Beamtenstatus (Löfflerbrief)

b) Propädeutik

z.B.: Rolle der Mathematik für Ausbildung und Beruf

z.B.: Rolle der Propädeutik insgesamt für Ausbildung und Beruf

Kollektiv Ökonomen am FB 10

WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ...

Dieses Konzept wurde auf der VV zur Abstimmung gestellt und abgelehnt. Stattdessen wurde der Streik in der alten Form um 3 Tage verlängert und dann auf Empfehlung des ROK wieder ausgesetzt. Das Ökonomen-Kollektiv kommentierte die Entwicklung mit folgendem Flugblatt:

WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ...

DIE GREMIEN <u>UNSERES</u> KAMPFES ODER DER KAMPF „UNSERER“ GREMIEN ?

Im Gegensatz zum bürgerlichen Parlamentarismus haben wir uns keine Gremien geschaffen, in die wir mehr oder minder qualifizierte Personen schicken, die die Richtlinien der Politik bestimmen und eigene Entschlüsse Fassen können, die über unsere Köpfe hinweg durchgeführt werden – unsere Gremien haben nur unsere Entschlüsse Durchzuführen; informationen zu sammeln und weiterzugeben. Das beinhalten jedenfalls die Ausdrücke „Exekutivorgan“ und „imperatives Mandat“, die auch die ML-Gruppen (d.h. MLHÖk, KSV & ADSÖk) in diesem Zusammenhang benutzen. Die Wirklichkeit jedoch sieht anders aus.

Das ROK z.B. hat:

- Senator Löffler ein Ultimatum gestellt. Wir fragen, welche VV hat das ROK ermächtigt?

- Stadtteilflugblätter (zudem schlechte) erstellt und verteilen lassen. Welche VV gab dazu den Auftrag und wer entschied über den Inhalt?

- Ergebnisse einer dubiosen Untersuchung über die Kampfbereitschaft der Studenten verbreitet (z.B. ROK-Info-7: „Am vergangenen Donnerstag (demonstrierten die) Studenten ihren vorläufigen Sieg im Kampf gegen die Verabschiedung des reaktionären Löfflerplans sowie ihre Bereitschaft, den Streik organisiert wieder aufzunehmen ...“)

- den Streikabbruch empfohlen.

Keine dieser Initiativen wurde von einer VV legitimiert. Daraus ist offensichtlich, daß diese Gremien gerade im Gegensatz zum Anspruch der ML-Orgs keine Exekutivorgane sind. Sie nehmen für sich politische Entscheidungsbefugnis in Anspruch, womit unter "imperativem Mandat" Entscheidungs- und Weisungsbefugnis dieser Gremien gegenüber den Studenten verstanden werden muß. "Exekutivorgan" hieße danach, daß die Studenten die Entscheidungen dieser "Organe" "exekutieren" dürfen. So sieht denn der DSR (dezentraler Streikrat) dieses FB einen Grund für den mangelhaften Streikverlauf darin, daß er selbst nicht genügend leitend und führend in die Kämpfe eingegriffen habe.

Die ML-Orgs sind bereit, der Kritik an ROK und ZSR soweit zu folgen, daß sie diesen Gremien lediglich technische Koordinationsfunktion zubilligen, z.B. das Sammeln und Weitergeben von Informationen. Für den DSR allerdings soll auch weiterhin die Entscheidungsbefugnis gelten, weil "es eben nicht anders geht". Wenn aber der DSR kein Exekutivorgan ist, ZSR und ROK aber hierarchisch auf dem DSR aufbauen, so sind ZSR und ROK keine Exekutivorgane der VV, sondern des DSR.

Allgemeine Entschluß- und Entscheidungskompetenz der "Organe" bedeuten, daß Entscheidungen und Entschlüsse der VVs präjudiziert werden. Die "Empfehlungen", den Streik abzubrechen, gab das ROK mit dem Anspruch, die Allgemeinheit der Berliner Studenten zu vertreten. Die Empfehlung wurde gegeben, noch bevor die einzelnen FBs auf ihren VVs über Weiterführung des Streiks beschlossen hatten. Wollte ein FB nicht das Risiko eines isolierten Streiks eingehen, mußte er sich an die Empfehlung halten. Der Abbruch des Streiks war so vorher bestimmt, solange das ROK nicht infrage gestellt wurde.

Um die Entscheidungskompetenz den VVs zurückzugeben, sind folgende Maßnahmen notwendig:

Wir betrachten alle Empfehlungen und Beschlüsse der "Organe" ROK, ZSR, DSR als für unseren FB nicht bindend.

Wir fordern die Abschaffung dieser Organe in ihrer jetzigen Funktion.

Anstelle des DSR brauchen wir einen streng weisungsgebundenen Informations- und Koordinationsausschuß.

Durch Intensivierung unserer Aktivitäten entziehen wir allen elitären Ansprüchen die Grundlage.

"Die Studenten haben die Notwendigkeit des langfristigen Kampfes gegen den Löffler-Plan und die Novellierung noch nicht erkannt ..." Mit dieser Behauptung erklärten die Vertreter der (ML-) Orgs sich das Fernbleiben der "studentischen Massen" von der gescheiterten VV am letzten Dienstag. Eine Woche zuvor noch hatten dieselben Studenten - so die Orgs auf der VV am Montag, den 21. 5. - "ihre Kampfbereitschaft und den Erfolg des Streiks demonstriert".

Gleichwohl war es von den ML-Orgs beschlossene Sache gewesen, daß der Streik am Donnerstag (24. 5.) ausgesetzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Kampf gegen Löfflerplan und Novellierung (lassen wir die lächerliche Verschiebung der Lesung beiseite) keinen Erfolg.

Der Erfolg, den die Orgs konstatieren, bestand also nur darin, daß die "studentischen Massen" überhaupt Kampfbereitschaft gezeigt haben. Wenn die Orgs dennoch in der bloßen Demonstration von Kampfbereitschaft der Studenten einen Erfolg sehen, dann zeigt sich hierin, daß sie einen anderen Kampf führen als die Studenten, einen Kampf, der das unmittelbare Interesse der Studenten nur zum Vorwand hat, es instrumentalisiert. Nur so ist es zu erklären, daß die Orgs den Abbruch des Streiks propagierten, nachdem es ihnen. gelungen war, eine "machtvolle" Demonstration der Studenten für sich zu verbuchen.

Aus dem Ziel der Orgs, für das der Kampf der Studenten für ihre unmittelbaren Interessen nur ein Mittel ist, erklärt sich auch die Borniertheit der Orgs in Bezug auf die Kampfformen: "aktiver Streik" und Demonstrationen sind alles, was ihnen einfällt. Diese Kampfformen enthalten inhaltlich nur eine proklamatorische Ablehnung der gegenwärtig in den Führungspositionen agierenden „Handlanger der Bourgeoisie“. Sie enthalten nicht als Ziel eine Veränderung der Unistruktur selbst.

Der Streik in der bisherigen Form ließ den herkömmlichen Studienbetrieb unangetastet. Die AGs, die ja nur - und zwar schlecht - funktionierten, solange die Uni den Atem anhielt, beruhen auf der für die ML-Orgs typischen Trennung von politischer und fachlicher Arbeit.

Da nun die Politik der Orgs inhaltlich wesentlich außerhalb des Studienbetriebs angesiedelt ist (die Studenten zu Bündnispartnern der Arbeiterklasse zu machen bzw. den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse voranzutreiben) - und nicht auf die Veränderung der Studieninhalte gerichtet ist, kommen die Studenten, für die mit der

Novellierung zugleich die herrschenden Studienformen und -inhalte infrage stehen, während des Streiks nicht in die Uni.

Konsequenz für die Orgs: sie rotieren für eine Weile um ihre AGs, merken, daß ihr Agitationsobjekt (`die Studenten") sich ihnen entzieht und sind am Ende darauf angewiesen, daß Refos und Kreibich die Studenten durch spektakuläre Aktionen wieder zusammentrommeln, damit die Organisationen die Studenten von neuem einen demonstrativen Höhepunkt zuführen können.

Ökonomen - Kollektiv

WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ... WiSo-Flugblatt ....



+) Fachbereiche lösten nach der Neueinteilung der Universität Im Uni-Gesetz von 1969 die Fakultäten ab.

++) Marxistisch-Leninistische Hochschulgruppe Ökonomie (MLHÖk)

Editorial

Die Zeitschrift POLITIKON hat ihr Erscheinen eingestellt. Am 21.März 73 versandte die Redaktion untenstehenden Brief an die Abonnenten. Wir antworten mit BEMERKUNGEN ..., die auf [S.62] beginnen.

Liebe Genossen Abonennten!

Es ist nötig geworden, dein unten folgenden Brief und der anschließenden Erklärung eine Vorbemerkung vorauszuschicken. Wenn etwas getan werden muß, gibt es viele Meinungen. Die im Brief und in der Erklärung zum Ausdruck kommenden Positionen bedürfen einer Erläuterung was die Geschichte ihrer Entstehung angeht.

Der unten folgende Brief wurde als Entwurf eines Schreibens der Gesamtredaktion an die Abonennten konzipiert und geht davon aus, daß sich die grundsätzliche Entscheidung über

das Weiterbestehen der Zeitung oder die Mitarbeit der Redaktion an anderen Projekten nur in einer anzustrebenden Verständigung zwischen Lesern und Redaktion p o l i t i s c h treffen läßt. Für die mit diesem Brief angestrebte Vorgehensweise ist jedoch in der Redaktion keine Gemeinsamkeit mehr vorhanden.

Einige Genossen, die von der Einschätzung ausgehen, daß der Versuch, mit den Lesern über eine zukünftige Konzeption der Redaktionsarbeit in einen wie immer auch gearteten Diskussionszusammenhang zu kommen, als utopisch im schlechten Sinne zu diskreditieren sei, haben dies in einer dem Brief folgenden Erklärung dargelegt und sich eindeutig für eine Mitarbeit an dem Prokla/Sozialistisches Büro - Projekt entschieden.

Auf eine Entgegnung zu dieser Erklärung, wird hier verzichtet, da den Lesern zugetraut wird, in der Tatsache von Brief und Erklärung, und der in ihnen zum Ausdruck kommenden Divergenzen nicht allein redaktionelle Querelen sondern objektive Schwierigkeiten für die Entfaltung revolutionärer Theorie unter den Bedingungen der Klassenkämpfe in der BRD zu sehen.

Die Redaktion

1. Brief an die Abonennten

Liebe Genossen!

Es wird Euch wohl kaum entgangen sein, daß unsere Zeitungsproduktion ins Wanken gekommen ist. Dabei spielen weniger finanzielle als Probleme der Bestimmung der Zeitung als politisches Mittel der Theoriebildung in der Linken in der BRD eine Rolle.

Im Folgenden wollen wir kurz unsere Probleme darstellen, die uns als Möglichkeit erscheinenden Konsequenzen andeuten und – dies ist uns das Wichtigste - Euch bitten, unsere Einschätzung zu kommentieren, unsere Gedanken, unsere bisherige Praxis des Zeitungsmachens weiter zu entwickeln bzw. zu kritisieren. Mit anderen Worten: wir möchten Euch bitten, mit uns in die Diskussion über eine sinnvolle Konzeption von POLITIKON einzutreten.

In der Nr. 30 vom Februar 1970 deutete sich mit dem Artikel "Von der antiautoritären Bewegung zur antiautoritären Organisation" unsere Position zu den Organisationsansätzen der aus der verfallenden Apo hervorgehenden Parteigründern an, indem wir gegenüber diesen an den Momenten einer autonomen sozialrevolutionären sozialistischen Bewegung, wie sie sich in den aktuellen Basisbewegungen in Westeuropa andeuteten, und wie sie sich zum anderen in der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Sowjetmarxismus herausgebildet hatte, festhielten. Unser Konzept bestand also grob gesagt einerseits in der Veröffentlichung aktueller theoretischer Ansitze rätedemokratischer Basisbewegungen in Westeuropa und der Aufarbeitung ihrer historischen Vorläufer, andererseits in der Kritik der sich zur eigenen Geschichte abstrakt negatorisch bestimmenden Parteigründungseuphorie der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen linken Zirkel. Ein solches Konzept setzte mehr oder weniger voraus, daß die Linke in der BRD in der Lage war, ihre Strategie auf dem Hintergrund der eigenen Geschichte zu diskutieren und in einer ihrer realen Stärke angemessenen Form der Organisation umzusetzen. Die Entwicklung der Linken ist nach unserer Einschätzung in den letzten drei Jahren weitergegangen, sodaß unser Konzept heute im schlechten Sinn abstrakt und abgehoben erscheintnt.

Auf der einen Seite haben sich Gruppen gebildet, deren Strategie gekennzeichnet werden kann als Programm der ideologischen Vereinheitlichung der Köpfe, auf der anderen Seite -

hier einmal repräsentiert durch das Sozialistische Büro Offenbach - als lockere Organisation interessenorientierter autonomer Gruppen an der Basis. Diese Tendenzen stehen in keinem inneren Diskussions- und Praxiszusammenhang mehr. Daraus scheint uns zu folgen, daß unser Konzept, was die Einheit der Linken letztlich noch zur Voraussetzung hatte, nicht mehr länger aufrecht zu erhalten ist. In den letzten Heften manifestierte sich die Borniertheit unserer Konzeption u.E. in einer Form der Theoriebildung, die auf die aktuellen Bedürfnisse der Bewegung zunhmend zugunsten eines unverbindlichen Schreibtischtätertums verzichtete. So ist es uns z.B. im letzten Heft über die Übergangsgesellschaften nicht gelungen, zu einer eindeutigen Bestimmung folgender zentraler Fragen zu kommen: 1. Welchen Stellenwert messen wir einer solchen Diskussion ausgehend von den Bedürfnissen der Linken in der BRD zu? 2. - und dies ist nur die Konsequenz des Verzichtes auf die erste Frage - in welcher Form können aus den Klassenkämpfen in den

europäischen Volksdemokratien Ansätze einer revolutionären Strategie in den westlichen kapitalistischen Ländern gefunden werden?

Auf die Beantwortung dieser Fragen haben wir zugunsten eines unverbindlichen theoretisch selbstgenügsamen „Problematisierens" verzichtet. Wir haben also nicht die Probleme herausgearbeitet und zu ihnen Stellung bezogen von dem politischen Gebrauchswert her, sondern wir haben vor allen Dingen problematisiert. Das ist die Position des praxislosen Theoretikers: er problematisiert, um nicht praktisch werden zu müssen, um nicht beim Wort genommen werden zu können. Theoriebildung als Praxisersatz.

Nicht weiter aufrechtzuerhalten war diese Position in dem Moment, wo wir zu den Problemen innerstaatlicher Repression und damit zur Einschätzung der letzten Wahlen, der SPD, den Jusos, der "Großen Koalition innerstaatlicher Unterdrückung" etc. Stellung beziehen wollten. Dort wurde uns die Abgehobenheit unserer Artikelproduktion endgültig bewußt. Seit dieser Zeit sind wir in einem Diskussionsprozeß über die Neubestimmung der Zeitung als politisches Mittel der Theoriebildung jener Gruppen, die sich praktisch um Ansätze autonomer sozialistischer Politik bemühen. Dabei haben sich folgende alternative Möglichkeiten herausgebildet:

1. POLITIKON geht in den Zusammenhang einer um das Sozialistische Büro gruppierten Zeitschrift von Theoriearbeitern auf. Dies würde den Status unserer Tätigkeit als im klassischen Sinne theoriebildend nur mittelbar tangieren, insofern als diese Theoriebildung weiterhin das Geschäft von Theoretikern bleibt, diese aber in einen lockeren organisatorischen Zusammenhang mit der Praxis der arbeitenden Genossen gestellt wäre.

2. POLITIKON besteht als Zeitschrift weiter, versucht aber den praktisch arbeitenden Genossen als Organ der systematischen Diskussion und Erarbeitung ihrer noch heterogenen und inkonsistenten Vorstellungen, der ihrer Praxis zugrunde liegenden und der aus ihr entstehenden Ideen zu dienen. Dies würde bedeuten, daß die Redaktion versucht, ihre Kenntnisse sowohl hinsichtlich der geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung als auch hinsichtlich der Methoden der theoretischen Reflexion, der wissenschaftlichen Aufarbeitung gesellschaftlicher Realität zu vermitteln. Auf den Begriff gebracht, liegt dieser Vorstellung der Gedanke zugrunde, daß die Erarbeitung der revolutionären Theorie das Geschäft der Militanten selber sein muß und nicht das einer kleinen Schicht von Intellektuellen. Wir sind uns dabei klar darüber, daß ein solches Program nur im Kampf gegen die im Kapitalismus herrschende Praxis der Enteignung des Bewußtseins der Massen und die Existenz einer aparten Schicht von Intellektuellen im Dienste der Herrschenden durchgesetzt werden muß.

Noch einmal bitten wir Euch, unsere Vorstellungen zu kritisieren. Schreibt uns bitte auch, ob und wie ihr organisiert seid, warum ihr POLITIKON bisher gelesen habt etc. Wir sind auf Eure Antwort wirklich angewiesen - also macht Euch Gedanken!

2. Erklärung

Liebe Genossen!

Dem vorstehenden Leseraufruf eines Teils der Redaktion können wir nicht zustimmen. Weder die "Analyse" der bisherigen Redaktionsarbeit, noch die Schlußfolgerungen erscheinen uns diskutabel.

- Die Hauptschwierigkeit der Gruppe bestand in der organisatorischen Isoliertheit sowohl auf lokaler wie überregionaler Ebene. Das brachte weitere Schwierigkeiten mit sich:

- Die publizierten Beiträge blieben verhältnismäßig abstrakt und mangelhaft vermittelt zu den konkreten Problemen der Linken in der BRD.

- Es fehlten breite Diskussionen und damit die Möglichkeit, die Wirksamkeit unserer Zeitschrift bestimmen und konkretisieren zu können.

- Die Arbeitskapazität der Gruppe war im Verhältnis zu den Arbeitszielen recht begrenzt. Im letzten Jahr traten weitere Umstände dazu:

- Fast alle Redaktionsmitglieder beenden derzeit ihr Studium. Es gelang nicht, eine größere Zahl von jüngeren Genossen für die Mitarbeit zu gewinnen.

- Für den Herbst 72 war ein Schwerpunktheft zur politischen Situation der BRD geplant. Die Vorarbeit zu diesem Themenkomplex machte in besonderem Maße bisherige Defizite in der BRD-Analyse deutlich.

- Die Stagnation löste eine selbstkritische Diskussion aus. Darin wurden einseitig subjektive Ursachen verantwortlich gemacht und in gleichem Maße vorher konsistente Unterschiede in den politischen und theoretischen Auffassungen der einzelnen Gruppenmitglieder hervorgehoben.

Wir ziehen aus dieser Lage den Schluß, daß POLITIKON nicht mehr weiterproduziert werden kann. Weder haben wir dazu in Göttingen personell eine ausreichende Basis, noch glauben wir, auf die Dauer die geeignete Vermittlungsstelle sein zu können für die heute notwendige Organisierung überregionaler Arbeitszusammenhänge. Das wäre für eine solche Zeitschrift Voraussetzung, um aus dem Dilemma der Isolation wirksam herauszukommen. Daß es für eine sozialistische Zeitschrift notwendig ist, mit den Lesern in Kommunikation zu treten, steht außer Frage und ist in der Tat ein Versäumnis von uns gewesen. Trotzdem halten wir den Vorschlag eines Teils der Redaktion, POLITIKON weiterzumachen für illusorisch. Statt im Leserbrief eine realistische Bestandsaufnahme zu machen oder zumindest eine konkrete Arbeitsperspektive anzugeben, artikulieren die Genossen lediglich ein höchst verschwommenes, affekthaltiges Ideal vom militanten Theoretiker, für den das Problem der Vermittlung von Theorie und Praxis per definitionem keines mehr sei. Die Überzogenheit der Aversion gegen „Theoriearbeiter" sagt wohl mehr aus über den Stand der Dinge als beabsichtigt war.

Demgegenüber halten wir es für sinnvoll,

1. uns an der Neukonzeption der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs“ zusammen mit anderen Gruppen zu beteiligen.

2. die Initiative des Sozialistischen Büros (Offenbach) zu unterstützen, die sozialistischen Kräfte zu vereinigen – selbstverständlich ohne die Vertreter der diversen Spielarten der „boschewistischen Antike"!

Theorie und Praxis

BEMERKUNGEN ZUM RUNDBRIEF VON POLITIKON

Das Problem, an dem die „Politikon“-Redaktion gescheitert ist, bestand - so sagt sie selbst - in der Bestimmung ihrer Zeitschrift als politisches Mittel der Theoriebildung in der BRDLinken. Die Zeitschrift versagte in den Augen der Verfasser des "Briefes an die Abonnenten", weil sie nicht imstande war, die aktuellen Bedürfnisse der linken Bewegung zu diskutieren und immer hilfloser wurde, je mehr die Bewegung in untereinander unverbundene "Tendenzen" auseinanderfloh. Die Autoren der „Erklärung“ beklagen vornehmlich die Isolation, in der sie gearbeitet hätten und streben vor allem nach einer Aufhebung dieses Zustandes. Aus der Krise entwickelte sich für die Redaktion folgende Alternative:

- Politikon geht in „Prokla“ und dem "Sozialistischen Büro" auf

- Politikon bleibt selbständig, ändert aber seine Konzeption.

Die Verfasser des „Briefes an die Abonennten“ [+)] neigen zum letzteren und begründen dies mit folgenden Zielen, die sie dem Prokla-Projekt also offenbar nicht zubilligen: Das neue Politikon soll den praktisch arbeitenden Genossen als Diskussions- und Programmfindungsorgan dienen. Entgegen der „herrschenden Praxis der Enteignung des Bewußtseins der Massen“ soll Politikon das Postulat verwirklichen, „daß die Erarbeitung der revolutionären Theorie das Geschäft der Militanten selber sein muß und nicht einer kleinen Schicht von Intellektuellen.“ Die Brief-Gruppe steht nun aber nicht einmal in „lockerem organisatorischen Zusammenhang“ mit den in der „Praxis“ arbeitenden Genossen, denen sie dienen will. Dem Prokla-Projekt dagegen spricht sie solchen Zusammenhang durchaus zu. Wenn sie sich dennoch nicht zur Mitarbeit in der Prokla-Redaktion entscheiden will, dann offenbar, weil sie daran zweifelt, ihr Ziel mit dem Konzept von Prokla vereinbaren zu können. D.h. sie vermutet - unausgesprochen - daß die Zeitschrift Prokla die über das Sozialistische Büro hergestellten Kontakte zu den in der "Praxis" arbeitenden Genossen zu anderen Zwecken pflegen und intensivieren will als zum Zweck der tendenziellen Aufhebung der Trennung von Theoretikern und Praktikern.

Die Kritik der Prokla-Gruppe an der Brief-Gruppe bestätigt diese Vermutung: Die Vorstellung der Brief-Gruppe, „die Theorie“ selbst unmittelbar von der Quelle täglicher praktischer Militanz abzuschöpfen und sie gewissermaßen noch frisch von der Straße über die Spalten von „Politikon“ zu breiten - diese Vorstellung zu verspotten findet die Prokla-Gruppe nicht ganz ohne Grund in ihrer knappen "Erklärung" gerade noch Platz.

Die Forderung, daß die "Erarbeitung der revolutionären Theorie das Geschäft der Militanten selber sein muß", ist richtig, und am "Ideal vom militanten Theoretiker" sollte durchaus festgehalten werden. Indessen verstehen die "Brief"-Genossen dieses "Ideal", wie ihre näheren Erläuterungen zeigen, in einer tatsächlich „illusorischen“ Weise.

Zunächst greifen die Genossen auf der Suche nach einem Existenzgrund für Politikon zu der Behauptung, die Militanten an der Basis blickten nicht richtig durch und bräuchten angesichts ihrer „noch heterogenen und inkonsistenten Vorstellungen“ ein bißchen Systematik von der Redaktion. Kurz bevor sie ihr Monopol auf die „Erarbeitung der revolutionären Theorie“ aufgibt, sichert sich die Gruppe rasch noch eine Provision als Makler von "Kenntnissen", „Methoden“ etc. Das ist natürlich unehrlich und gibt der "Prokla“-Gruppe, die zu ihrer "Exklusivität" als Theoriemacher steht und das Beste draus machen will, ein Recht zur Kritik. Der Wunsch der Brief-Genossen, „Abgehobenheit“ und „Exklusivität“ loszuwerden und als Kämpfer unter Kämpfern in die Bewegung einzutauchen, wäre nur glaubwürdig, wenn sich die Genossen der <u>Grenzen</u> der Theorie-Arbeit und ihrer Methoden besser bewußt wären. Zwar verschafft ihnen die Arbeit an der linken Theorie, so wie sie sie bisher betrieben haben, keine Befriedigung - gleichwohl bilden sie sich ein, sie verfügten über allgemein gültige Kenntnisse und Methoden. Die Kenntnisse und Methoden des Politikon-Redakteurs sind indessen für z.B. die mietstreikende Hausfrau nur sehr vermittelt interessant. Diese Vermittlung, der Prozeß der <u>Verständigung</u> des Redakteurs mit der Mietstreikerin z.B. bedeutet immer für beide Seiten Kritik und Veränderung; der Redakteur - will der sich tatsächlich mit der Mietstreikerin <u>verständigen,</u> anstatt sie zu indoktrinieren, wozu allerdings auch immer zwei gehören - läßt ihr keineswegs ein Paket mit unanfechtbaren Kenntnissen und Methoden zum Konsum zurück, sondern er gewinnt selbst neue Erkenntnisse und ändert womöglich seine Methoden, ganz wie die Hausfrau auch.

Die Aufklärer-Pose der Brief-Gruppe hat eine lange Tradition. Der Theorie-Arbeiter, der ständig fürchtet, die sozialen Kämpfe stagnierten, weil die Massen noch nicht weit genug zur Wissenschaft erzogen seien, denkt noch ganz in den Bahnen der altsozialdemokratischen oder bolschewistischen Parteiorthodoxie, die jede Massenaktion über den "Wissenschaftlichen Sozialismus" peilte, um sie gegebenenfalls als mit dem Marxismus unvereinbar zu desavouieren. Für Politikon-Redakteure ist ein solches Theorie-Verständnis eher untypisch. Es sollte klar sein, daß die kritische Tätigkeit der "praktisch arbeitenden Genossen" <u>selbst</u> eine Analyse der Realität darstellt, und daß diese Genossen selbstverständlich ihre eigenen „Kenntnisse und Methoden“ entwickeln und anwenden, wobei diese gewiß, wie oben angedeutet, auch in der Kommunikation mit Zeitschriftenmachern sich verbessern mögen. Es ist aber völlig absurd, den "praktisch arbeitenden Genossen" „heterogene und inkonsistente Vorstellungen“ vorzuwerfen, nur weil sie neben ihrer Arbeit nicht auch noch eine konsistente "BRD-Analyse" zu Papier bringen oder eine homogene Kenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung im Kopf haben. In der Darstellung ihres bisherigen Konzeptes geben die „Brief“-Genossen selbst ein Beispiel für die Fragwürdigkeit ihrer jetzigen Konzeption: obwohl sie bereits 1970 den Verfall der APO in autonome sozialistische Gruppen und Parteiansätze festgestellt hatten, hielten sie „in den letzten drei Jahren“ an der „Einheit der Linken“ fest und sahen in ihr die Grundlage ihres Konzeptes. Da diese Einheit von Anfang an nie praktisch existierte, muß sie, soll sie nicht als bloße Proklamation verstanden werden, in einer alle diese Gruppen umfassenden einheitlichen Theorie vermutet werden. Die Reflexion über das Scheitern des alten

Politikon - Konzeptes muß also auch dessen Prämissen miteinbeziehen, so daß die Konsequenz nicht sein dürfte, in Variation des alten Konzepts nunmehr zunächst die Einheit der militanten „Praktiker" auf dem Gebiet der Theorie herzustellen. Die „Brief"-Gruppe sollte begreifen, daß auch eine theoretische Fraktionierung stattgefunden hat, und daß die theoretische Parteinahme und der Kampf gegen die alten Dogmen, die oft genug gerade die sogenannten Praktiker verwirren, eine eigenständige Aufgabe darstellt.

Mit der Vorstellung von der Theorie als dem nur Allgemeinen korrespondiert die Vorstellung von der Praxis, gar von der militanten Praxis, als etwas nur Besonderem.

Die Erarbeitung der revolutionären Theorie soll, sagen die Genossen, das "Geschäft" der Militanten selber sein. Aber Politikon soll noch als "Organ" diesen Militanten hingereicht werden, ist nicht selber ihr Produkt. Wenn die Genossen, die Politikon weitermachen möchten, sich selbst als Zeitschriftenmacher nicht als Militante begreifen können, als eine "autonome Gruppe" unter anderen, wenn sie glauben, daß sie "militant" nur sein können außerhalb des Zeitschriftenmachens, dann sollten Sie ganz aufhören, Zeitschrift zu machen und lieber das werden, was sie als "Militante" schätzen. Mag sein, daß sich von dort aus irgendwann wieder die Notwendigkeit theoretischer Arbeit ergibt, aber diese Notwendigkeit entspränge dann aus ihrem (der jetzigen Redakteure) eigenen Militantentum. Widersprüchlich und halbherzig wäre es, selbst nicht militant zu sein und nur das „0rgan" für „die Militanten", verstanden als „die anderen", bereithalten zu wollen. Diese Art, „den Militanten zu dienen" enthält den Keim eines Herrschaftsanspruchs über sie.

Im Angesicht des hohen Werts, den „die Praxis" für die Revolution besitzt, erscheint der mit Theorie sich beschäftigende Redakteur - obwohl im Besitz angeblich überall gültiger „Kenntnisse und Methoden" - schließlich in einem ganz und gar trüben Licht:

„... wir haben vor allen Dingen problematisiert. Das ist die Position des praxislosen Theoretikers: er problematisiert, um nicht praktisch werden zu müssen, um nicht beim Wort genommen werden zu können. Theoriebildung als Praxisersatz."

Es ist ein dickes Ei, wenn die Brief-Autoren annehmen, daß „Praxisersatz", also Nicht-Praxis, überhaupt zu der Bildung von etwas führen könne. Der „Gegensatz von Theorie und Praxis", von dem in der hiesigen Linken so gern geredet wird, ist nichts als ein Spuk. Es gibt da keinen Gegensatz. Der Begriff "Theoretiker" ist insofern irreführend, als er gemeinhin gebraucht wird im Gegensatz zu „Praktiker", so daß übersehen wird, daß es sich bei der Theorieproduktion, bzw. -vermittlung um bestimmte Arten gesellschaftlicher Praxis handelt. Jede menschliche Handlung hat zur Bedingung eine bestimmte Anschauung des Objekts der Handlung wie auch eine bestimmte Anschauung, ein bestimmtes Verständnis des Subjekts von sich selbst. Der Klassenkämpfer sieht seinen Gegner in einem bestimmten Licht, hat also eine Theorie des Gegners, und er hat in Einheit damit ein bestimmtes Verständnis - eine Theorie - von sich selbst, seiner Situation, etc. Es gibt also keine Praxis ohne Theorie.

(Wenn Lenin meinte: „Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Praxis geben", anstatt zu sehen, daß jede revolutionäre Praxis ohnehin mit einer revolutionären Theorie einhergeht, wenn er also revolutionäre Theorie fordert als Voraussetzung für revolutionäre Praxis, als etwas, das gesondert von revolutionärer Praxis produziert werden könne, dann zeigt er damit sein Verständnis von Theorie

als einem Dogma und entsprechend sein Verständnis von Revolution als arbeitsteiligem Prozeß derart, daß Planung und Ausführung getrennt bleiben).

Das marxistische Postulat von der „Einheit von Theorie und Praxis“ kann sinnvoll nur so interpretiert werden, daß diese Einheit immer besteht, daß es also jeweils nur darauf ankommt, die spezifische Einheit von Theorie und Praxis eines bestimmten Subjekts (Klasse, Schicht, Individuum) zu begreifen und zu verändern. Die meisten Marxisten fassen ein solches methodologisches Postulat als ein moralisches Postulat auf und fordern die Herstellung der Einheit von Theorie und Praxis. Sie stülpen damit das materialistische Postulat, welches besagt, daß jede Theorie auf eine bestimmte Praxis zurückführbar ist, um in ein idealistisches: denn die Forderung, Theorie und Praxis zu vereinigen setzt ja voraus, daß beide wirklich getrennt seien, setzt also neben einer möglichen theorielosen Praxis eine Theorie voraus, die absolut als solche existiert, die nicht schon selbstverständlich mit einer bestimmten Praxis eine Einheit bildet. (siehe Anhang)

Wir sagten, der "Gegensatz von Theorie und Praxis" sei ein Spuk. Das heißt nicht, daß dieser Erscheinung nicht ein tatsächlicher Gegensatz zugrundeliegt, ein praktischer Gegensatz bzw. zwei gegensätzliche Arten von Praxis. Jede Klassengesellschaft beruht darauf, daß ein besonderer Teil der Gesellschaft (eine Klasse) die Sorge für die (erweiterte) Reproduktion der Gesellschaft trägt. D.h. darauf, daß eine Gesellschaftsklasse für die Planung verantwortlich ist, während der oder den anderen die bloße Ausführung zudiktiert ist. Planung und Ausführung sind zwei - in Klassengesellschaften getrennte und gegensätzliche - Formen gesellschaftlicher Praxis. Die Planung wird vorwiegend mit dem Kopf vollzogen, ist großenteils Kopfarbeit, aber deswegen nicht minder Praxis als die ihrem Diktat folgende Handarbeit. Natürlich geschieht diese Planungspraxis unter dem Zeichen einer bestimmten Anschauung von der Gesellschaft, und mit zunehmender Differenzierung der Produktion differenziert sich auch die Theorie der Planer: es bilden sich Berufszweige heraus, die mit nichts anderem befaßt sind, als den gesonderten Planern (die sich immer mit „der Gesellschaft“ gleichsetzen) ein solches Verständnis der Gesellschaft zu vermitteln, das ihnen hilft, ihrer Funktion gerecht zu werden. Wesentlicher Inhalt eines solchen Verständnisses ist natürlich immer, daß die unmittelbaren Produzenten als von vornherein den Planungs- und Entscheidungsprozessen nicht gewachsen, als verplanbar dargestellt werden. Es bildet sich also in der Tat eine Schicht von reinen Theorie-Produzenten heraus. Aber produzieren diese die Theorie und nicht nur eine bestimmte, wenn auch die herrschende?

Auch die Ausführenden haben eine bestimmte Sicht der Dinge, ein Verständnis ihrer Lage, eine Theorie. Wo diese ihre Anschauung nicht übereinstimmt mit der Theorie der Planer oder wo sie sogar im offenen Gegensatz zu dieser steht, da wird sie nach Kräften ignoriert, unterschlagen, unterdrückt. Theorie steht also gegen Theorie, wie Praxis gegen Praxis. Die Vereinigung, um die es beim Ruf nach „Einheit von Theorie und Praxis“ wirklich gehen kann, ist also die Vereinigung zweier durch und durch praktischer Funktionen: Vereinigung von Planung und Ausführung, d.h. daß die Leute, die ackern, auch bestimmen wofür, wieviel, mit welcher Qualität etc., weil die Ausführung ihre Zeit, also ihr Leben kostet. Eine solche Praxis würde eine neue Anschauung, eine neue Theorie bedingen: eine Theorie, die weder aus der Vogelperspektive Menschen nach objektiven, d.h. nach sachlichen Kriterien zur besseren Verplanung zu erfassen sucht, noch eine Theorie, die aus der Froschperspektive nach neuen, besseren Planern, mit neuen „objektiven“ Gesetzen

verlangt; sondern eine Theorie subjektiv gesellschaftlicher Individuen, die gemeinsam planen, anstatt andere zu verplanen oder sich selbst verplanen zu lassen.

Den „praxislosen Theoretiker“ also gibt es nicht. Niemand ist „praxislos“. Es gibt Theorie-Produzenten, die sich im Einklang befinden mit der Praxis der gesonderten Planer und die bloße Theorieproduzenten sein können, weil sie Anschauungen produzieren, die dazu dienen, andere ins Kalkül der herrschenden Planer zu pressen. Wer in seiner Anschauung, in seiner Theorie davon ausgeht, daß er nicht über andere zu verfügen hat, sondern selbst seine eigenen Aktionen plant und durchführt, der ist, auch wenn er sich des Schreibens als Mittel bedient nicht (im revolutionären Sinne) „praxislos“.

Es ist also nicht eine Frage der Mittel, Schreiben, Zeitschrift machen etc., ob einer im Hinblick auf die Praxis der Revolution „praxislos“ ist oder nicht. Es ist nicht eine Frage der Mittel, ob einer der schreibt, im Widerspruch steht zur „Praxis“, d.h. zu denen, die zum bloßen Ausführen fremder Pläne angehalten werden.

Es ist eine Frage des Inhalts der dargelegten Auffassung selbst. Das Kriterium ist: (re-) produziert einer eine Anschauung, die die Produzenten berechenbar zu den Herrschenden dazu dient, machen und zu verplanen oder zeigt seine Theorie, daß er daran interessiert ist, den Gegensatz von Planung und Ausführung zu beseitigen?

Die Brief-Gruppe stellt sich ihr „Praktisch-werden“ so vor, daß sie sich so eng wie möglich mit der „Praktikern“ vermählt, ihnen während des Barrikadenbaus die Feder in die Hand drückt oder sie zumindest unmittelbar nach der Schlacht zum literarischen Verarbeiten ihres Tuns bewegt. Im Grunde ist das die gar nicht so neue Vorstellung des Reporter-Pioniers, der überall am Ort ist, wo es knallt und möglichst authentisch, durchsetzt mit Zeugnissen der Beteiligten selbst, die Szenerie in Wort und Bild faßt. So ein Konzept führt vielleicht zu einer getreuen Darstellung dessen, was die Brief-Gruppe für Praxis hält, aber bestimmt nicht zu einer Theorie, die revolutionäre Praxis impliziert. Unserer Meinung nach liegt die Möglichkeit der Theorie und damit auch des Theorie-Produzenten, revolutionär zu wirken, nur in der Theorie selbst. Wie "praktisch" eine Theorie ist, bemißt sich einzig an ihrem Inhalt, an den Schlußfolgerungen, zu denen sie zwingt, den Zusammenhängen, die sie aufzeigt, - nicht daran, ob ihr Verfasser von der Schreibmaschine zur Barrikade und von der Barrikade zur Schreibmaschine zu eilen pflegt. Praktisch im revolutionären Sinne wird Theorie, wenn sie kritisch ist, d.h. über existierende Anschauungen hinausführt, Tabus bricht, Dogmen als solche entlarvt, ein neues Verständnis der Dinge vermittelt. Dadurch, daß einer politisch-praktisch tätig wird, ist das, was er an Theorie äußert,noch nicht unbedingt im obigen Sinne praktisch. Umgekehrt kann derjenige, der sich auf „Erarbeitung der revolutionären Theorie“ konzentriert, - dessen Forschung ihn in unserem Milieu ohnehin nie weit von dem Feld entfernt hält, auf dem die Barrikaden gebaut werden - durchaus praktisch-kritisch sein, ohne unmittelbar außerhalb z.B. des Zeitschriftenmachens „in der Politik“ oder der praktischen Militanz („im nackten Heugabelsinne“ würde Rosa sagen), wie sie die Brief-Gruppe begreift, zu stehen.

Der Argwohn der Brief-Autoren gegen den Zeitschriften-Redakteur als Parasiten, ihre spontane Unfähigkeit, den Redakteur als solchen zu den Militanten hinzuzudenken und sein „Geschäft“ als nicht minder der subjektiven Konzentration und Gefahr des revolutionären Engagements unterworfen zu sehen wie das etwa

des streikenden Lehrlings, den die Brief-Gruppe vermutlich für einen praktischen Militanten halten wird - dieser Mißmut gegenüber dem Schreiberling, den die Politikon-Genossen an sich selbst empfinden, hat einen Grund nicht zuletzt in der theoretischen Tradition des Marxismus.

Nachdem die antiautoritären Rebellen zur „Vernunft" gekommen waren und man sowohl anfing, die leninistischen Vaterunser einzuüben als auch BRD-Analysen zu erstellen, ist diese Tradition auch in der neuen Linken kräftig wiederaufgeblüht. In dieser Tradition ist die Theorie affirmativ und empiristisch. Die Marx'sche Analyse war gut zur Verunsicherung der Bourgeoisie; die Marxisten brauchten sie zur Versicherung des Proletariats und ihrer selbst. Marxistische Theoretiker sind seither selten etwas anderes als spezifische Versicherungsfachleute. Kritisch werden sie nur, um Ketzer zu verdammen, d.h. um zu beweisen, daß ihre besondere Schule, die natürlich auf Marx selbst zurückgeht, gegenüber anderen im Recht ist. Die Kritik spielt dabei auf dem Hintergrund einer überwältigenden Affirmation, kann also der revolutionären Theorie selbst keine Impulse geben. Dem Dogmatismus wohnt immer ein Rechtfertigungszwang-inne. Die Marxisten-konnten sich nicht damit begnügen, auf Marx zu verweisen und sich in die Brust zu werfen - sie mußten empirisch nachweisen, daß der Meister in ihrer Interpretation im Recht sei, indem sie sein Werk, „die materialistische Analyse der Wirklichkeit", fortsetzten, seine Methoden „auf die neue Wirklichkeit anwendeten" und in seinem Namen immer neue Phasen des kapitalistischen Verfalls und der revolutionären Möglichkeiten des Proletariats ausriefen. Hier und heute ist die „BRD-Analyse" an der Reihe. Materialistisch ist eine solche Analyse in den Augen vieler marxistischer Verfasser dann, wenn sie mit Statistiken über Produktionstechnik, Lohnniveau und Investitionszuwachsraten anhebt. Das methodische und begriffliche Rüstzeug zur Verarbeitung dieses materialistischen Materials wird kaum geprüft, es stammt meist aus dem Zeughaus des Bolschewismus oder alten Sozialdemokratismus, wo es zu seiner Zeit schon quietschte. Die Ergebnisse der Analyse entsprechen denn auch meist einem mehr oder minder explizit vorausgesetzten Dogma. Vielleicht fürchten die Genossen von der Brief-Gruppe, daß eine solide linke Theorie außerhalb dieser marxistischen Tradition nicht stattfindet. Sie langweilen sich verständlicherweise angesichts der Vorstellung einer solchen Art BRD-Analyse und sehnen sich nach ein bißchen Pulverdampf. Bevor sie ihr "Geschäft" dem kleinen praktischen Militanten von der Straße vererben, der sich zweifellos mit vollem Recht weigern wird, es fortzuführen, sollten sie sich noch einmal überlegen, daß Theorie jenseits von „BRD-Analyse" und Marx-Exegese auch - oder vielleicht nur - unter den Händen von Leuten, die sich voll auf sie konzentrieren, Explosivkraft entfalten kann, die nicht weniger bewirken mag, als ein praktischer Molly.

Zu der Gruppe, die die "Erklärung" abgegeben hat, möchten wir kurz folgendes sagen: Die Genossen sprechen von der "organisatorischen Isoliertheit sowohl auf lokaler wie überregionaler Ebene" als Hauptschwierigkeit. (Die Brief-Genossen bezeichnen ihre Isoliertheit nirgends durch einen Mangel an organisatorischer Verbindung). Die Prokla-Fraktion betrachtet es als Voraussetzung für den Weg aus der Isolation, "die geeignete Vermittlungsstelle" zu sein „für die heute notwendige Organisierung überregionaler Arbeitszusammenhänge". Ihr Ziel ist, mit dem Sozialistischen Büro die „sozialistischen Kräfte zu vereinigen". Die Prokla-Genossen sehen ihre Isolierung aufgehoben nur, wenn sie zur Vermittlungsstelle avancieren. Sie avancieren zur Vermittlungsstelle nur, wenn die anderen Gruppen untereinander isoliert bleiben. Dieses Problem des Klassenkampfes scheint ihnen noch nicht bewußt.

ANHANG

DOGMATISMUS BEI MARX UND ENGELS

In seiner 1847 erschienenen Streitschrift „Die Kommunisten und Karl Heinzen“ schreibt Friedrich Engels:

„Herr Heinzen bildet sich ein, der Kommunismus sei eine gewisse D o k t r i n, die von einem bestimmten theoretischen Prinzip als K e r n ausgehe und daraus weitere Konsequenzen ziehe. Herr Heinzen irrt sich sehr. Der Kommunismus ist keine Doktrin, sondern eine B e w e g u n g ; er geht nicht von Prinzipien, sondern von T a t s a c h e n aus. Die Kommunisten haben nicht diese oder jene Philosophie, sondern die ganze bisherige Geschichte und speziell ihre gegenwärtigen tatsächlichen Resultate in den zivilisierten Ländern zur Voraussetzung. Der Kommunismus ist hervorgegangen aus der großen Industrie ... , aus dem daraus folgenden Klassenkampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Der Kommunismus, soweit er theoretisch ist, ist der theoretische Ausdruck der Stellung des Proletariats in diesem Kampfe und die theoretische Zusammenfassung der Bedingungen der Befreiung des Proletariats."(MEW 4. S.321/322)

Ganz gewiß jedoch hat auch „diese oder jene Philosophie“ die ganze bisherige Geschichte und deren gegenwärtige tatsächliche Resultate zur Voraussetzung.

Es gilt hier allerdings zu unterscheiden zwischen einer expliziten und einer impliziten Voraussetzung. Die Kommunisten Marx & Engels sprechen es aus, daß die „tatsächlichen Verhältnisse“ ihre Voraussetzung sind, sie selbst nehmen bewußt empirische Tatsachen zum Ausgangspunkt ihrer theoretischen Sätze und „nicht diese oder jene Philosophie“. Vorausgegangen war aber dieser Position, die den Boden der Tatsachen keinen Augenblick verläßt, eine Kritik des Idealismus Hegels und Proudhons, die darin bestand, daß sie deren explizit aus der ewigen Idee oder den Prinzipien der Vernunft entwickelten theoretischen Sätze auf, den geschichtlich bedingten materiellen Grund verwies, der ihnen implizit zugrunde lag. Die „Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus“ haben mit dieser Kritik den Beweis geliefert, daß jede Theorie, jede Philosophie Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse ist. So revolutionär es nun aber war, z.B. Hegel „vom Kopf auf die Füße zu stellen“, so banal ist die Verkündigung des Kritikers er selbst stünde auf realen Füßen. Sie ist sogar falsch in der oben von Engels gemachten absoluten Entgegensetzung von Tatsachen und Prinzipien, von Philosophie und Geschichte. Alle Philosophie basiert notwendig auf bestimmten historischen Verhältnissen, ist selbst ein bestimmter Ausdruck dieser Verhältnisse. Tatsachen wiederum finden in der Theorie keinen prinzipienlosen Ausdruck, sie erscheinen immer eingeordnet in den speziellen Zusammenhang, der für den Theoretiker Anlaß ist, sie anzuführen. In abgewandelter Form erscheint die obige Passage wieder im Kommunistischen Manifest:

„Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden

Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“ (MEW 4, S.474/475)

„Ideen, ... Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind“, ohne zugleich „Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes“ zu sein, gibt es nicht.

Der Verweis auf die besondere historische Wurzel aller „Ideen ...“ hat eine kritische und revolutionäre Funktion im Kampf gegen alle Weltverbesserer, die ebenso ihre eigene geschichtliche Bedingtheit leugnen wie die jeweils besonderen geschichtlichen Bedingungen der Emanzipation der arbeitenden Klassen. Im Kommunistischen Manifest aber schreiben Marx & Engels diese allgemein, für alle Theorie geltende Erkenntnis den besonderen theoretischen Sätzen der Kommunisten als Besonderheit zu. Hier wird die gegen Proudhon und Hegel revolutionäre Wahrheit falsch. Indem hervorgehoben wird, daß die „theoretischen Sätze der Kommunisten“ sich dadurch von anderen unterscheiden, daß sie nicht auf Ideen beruhen, wird unversehens wieder vorrausgesetzt, daß es derart luftige Sätze wirklich gäbe. Was Marx & Engels im Manifest speziell für die theoretischen Sätze der Kommunisten in Anspruch nehmen, schreibt Marx an anderer Stelle ebenso den Schriftstellern der Bourgeoisie zu:

„Die Abschaffung der feudalen Eigentumsverhältnisse und die Stiftung der modernen bürgerlichen Gesellschaft war also keineswegs das Resultat einer gewissen Doktrin, die von einem bestimmten theoretischen Prinzip als K e rn ausging und daraus weitere Konsequenzen zog. Vielmehr waren die Prinzipien und Theorien, welche die Schriftsteller der Bourgeoisie während ihres Kampfes mit dem Feudalismus aufstellten, nichts als der theoretische Ausdruck der praktischen Bewegung und zwar kann man genau verfolgen, wie dieser Ausdruck mehr oder minder utopisch, dogmatisch, doktrinär war, je nachdem er einer weniger oder mehr entwickelten Phase der wirklichen Bewegung angehörte.“ ("Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral“, MEW 4, S.357)

Es ist in der Tat zweierlei, zu sagen, eine Theorie sei "nichts als der theoretische Ausdruck der praktischen Bewegung" oder aber sie sei "nur allgemeiner Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse“. Dieses "nur" heißt soviel wie:

„Einer geschichtlichen Bewegung kann der Schriftsteller wohl als Organ dienen, aber er kann sie natürlich nicht machen." (a.a.0.)

Dagegen aber steht: „Die Menschen machen ihre Geschichte selbst“. (Marx).

Die „Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus“ haben in dem Bemühen, die scheinbar freischwebende Theorie wieder auf ihre materiellen Wurzeln zu verweisen, den Theoretiker entwurzelt. Die Kämpfer gegen die dogmatische Theorie dogmatisierten den Theoretiker. Der Schriftsteller „macht“ nicht allein „die geschichtliche Bewegung“, deren Subjekt gesellschaftliche Klassen sind, aber er macht sie mit. Insofern ist er nicht bloßes „Organ“, sondern zugleich aktiv kämpfendes gesellschaftliches Individuum, das die Bewegung ausdrückt, indem es an ihr teilnimmt.

Jeder besondere Ausdruck einer historischen Bewegung ist auch Ausdruck dieser Bewegung im allgemeinen. Das Allgemeine erscheint immer im Besonderen. Ein nur

allgemeiner Ausdruck, ein Ausdruck der nicht zugleich auch besonderer Ausdruck wäre, ist eine Fiktion. Der Kampf von Marx gegen Hegel z.B. kann begriffen werden als Teil des Klassenkampfes von Proletariat und Bourgeoisie, aber er ist ein besonderer Ausdruck dieses Kampfes. Es ist daher keineswegs nötig, daß jeder proletarische Klassenkämpfer sich mit Hegel herumschlägt. Nötig ist lediglich die Kritik der Bourgeoisideologie, aber Hegel war nicht der Bourgeoisideologe im allgemeinen, sondern nur ein besonderer. Mit ihrer Behauptung, „nur" den allgemeinen Ausdruck der unter ihren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung zu liefern, leiteten die wissenschaftlichen Sozialisten eine Entwicklung ein, die darin gipfelte, den Arbeitern zur Vollendung ihres "Klassenbewußtseins" das Studium der "Dialektik Hegels" zu empfehlen.

Wir fassen zusammen: Der wissenschaftliche Sozialismus von Marx & Engels ist nicht die allgemeine Theorie der proletarischen Klassenbewegung, sondern ein besonderer theoretischer Ausdruck dieser Bewegung, und als solcher der Kritik des Fortgangs dieser Bewegung ausgesetzt. Die in den oben zitierten Sätzen von Marx & Engels zum Ausdruck kommende Haltung lieferte selbst einen Ausgangspunkt für die Dogmatisierung des wissenschaftlichen Sozialismus, die dann von der Sozialdemokratie, der II. Internationale und schließlich vom Bolschewismus in der rigidesten Form vollzogen wurde.

+) Wir nennen sie im folgenden „Brief-Gruppe".